DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

178/179 | 16. JAHRGANG | Juli/August '99 | 8,00 DM

FREIBURGER WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFTEN

Vielfalt in der Gleichheit

Gesichter einer zukunftsfähigen Unternehmensform

»Wohnen bei Genossenschaften hat schon immer mehr bedeutet, als ein Dach über dem Kopf«. Dies betont der Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen (GdW) zurecht in seiner »Gebrauchsanweisung« mit dem Titel »Wohnen bei Genossenschaften«. In jeder Stadt findet dieses »mehr« seine eigenständige Ausdrucksform. Gleichzeitig läßt sich fast jede größere Stadt in Deutschland als Spiegel und Ausdruck dieser Vielfalt nutzen. Das Beispiel Freiburg veranschaulicht bestens die spannende Unterschiedlichkeit und Kreativität, die in dieser Form der gemeinschaftlichen Selbsthilfe steckt.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Von anderen Bauträgern unterscheiden sich Genossenschaften nicht nur durch ihre Geschichte als Solidargemeinschaft. Sie sind gewachsen aus der Grunderkenntnis, daß eine Gruppe von Menschen ein Ziel erreichen kann, für dessen Verwirklichung der einzelne oft zu schwach ist. Sie zeichnen sich deshalb in der überwiegenden Mehrzahl dadurch aus, daß sie die Mitglieder ihrer Gemeinschaft nicht nur respektieren, sondern bei dem Gut Wohnen besonders fördern wollen. Hohe Gewinnerzielung und Spekulation mit Eigentum bleiben so als Ziele ausgeschlossen.

Die meisten traditionellen Wohnungsbaugenossenschaften entstanden im Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung oder anderen gesellschaftspolitisch motivierten Bewegungen. Besonders deutlich wird dies bei zwei der drei dargestellten älteren genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen. Der *Bauverein Breisgau* gehört zu den zahlreichen Wohnungsbaugenossenschaften in Deutschland, die dieses Jahr ihr Hundertjähriges feiern. »Besitzlose Arbeiter« waren die vorrangige Zielgruppe, so daß preisgünstiges Bauen immer im Vordergrund stand und auch heute noch steht.

Das trifft ebenfalls zu für die Baugenossenschaft *»Familienheim«*. Vor 60 Jahren gegründet gilt sie als Keimzelle der katholischen Baugenossenschaften. Christliches Gedankengut motiviert sie dazu, vor allem preisgünstige Wohnungen für einkommensschwache kinderreiche Familien zu erstellen. Dagegen verfolgt die seit nun 80 Jahren bestehende *Heimbau* das Ziel, »ein gepflegtes bezahlbares Wohnen oberhalb der Mitte.«

Noch erheblich differenzierter entwickeln die neuen Freiburger Wohnungsbaugenossenschaften ihre jeweils eigenständige Identität: Die *Thomas-Armbruster-Mietergenossenschaft* versucht sich an der Selbstverwaltung eines Hochhauses in einem Stadtteil mit schwieriger Sozialstruktur. *Stadt und Frau* legt ihren Schwerpunkt auf architektonische Lösungen für frauengerechtes Wohnen. Sie betritt damit Neuland in einer Zeit, in der sozialen Innovationen eher zurückhaltend begegnet wird. Im Unterschied dazu ist der Ansatz der Wohnungsbaugenossenschaft *GENOVA* breiter angelegt, auch wenn ökologisches Bauen eindeutig ein Schwergewicht darstellt. Gemeinsam ist ihnen allen das Ringen um neue wohnreformerische Qualitäten. Ein Überblick zu den wohnungsgenossenschaftlichen Entwicklungen in Deutschland rundet den Schwerpunkt ab.●

Der älteste Bestand des Bauverein Breisgau: Mit dem Bau dieses Hauses in der Emmendinger Straße in Freiburg wurde bereits 1903 begonnen.

SCHWERPUNKTTHEMA

Bauverein Breisgau e.G.
Familienheim e.G. Seite 6
Heimbau e.G.
Stadt und Frau e.G. Seite 7
Mietergenossenschaft e.G.
VAUBAN e.G. Seite 8
Wohnungsbaugenossenshaften in Deutschland Seite 9

AUS DEM INHALT:

»REISEN NACH UTOPIA«

So warb der »Verein Industrielles Gartenreich e.V.« mit Sitz in Lutherstadt Wittenberg für drei 6-tägige Reisen zu ökologischen und sozialen Zukunftsprojekten u.a. auch in CONTRASTE. Das eine der Reisen auch den Besuch vom ZEGG in Belzig vorsah, wurde von der Redaktion schon mit einer Anmerkung kritisiert. In seinem Beitrag setzt sich Andreas Hechler mit den für die Rundreisen vorgesehenen illustren Projekten auseinander. Seite 2

P.M. IN BERLIN

Am 11./12. Juni präsentierte CONTRASTE in Kooperation mit anderen Projekten drei Veranstaltungen mit p.m.. Bericht hierzu, ein Diskussionsbeitrag zur Notwendigkeit von Kontakten zwischen Wohnprojekten und neues zum Züricher Projekt »Kraftwerk 1« auf Seite 4/5.

WOHNPROJEKT GEFÄHRDET

Das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen hat dem selbstorganisierten Freiburger Wohn- und Bauprojekt Grether Ost die Annahme von Direktkrediten untersagt und damit die Weiterarbeit des Projekts gefährdet. Ein neues Finanzierungsprojekt soll dem Projekt über die Runden helfen. Seite 5

WEIBERWIRTSCHAFT

1992 erwarb die WeiberWirtschaft e.G. einen großen Gebäudekomplex in Berlin. Das Gebäude wurde vollständig modernisiert und zu günstigen Konditionen an Existenzgründerinnen vermietet. In eine wirtschaftliche Krise geriet die Frauengenossenschaft als sich Ende 1998 herausstellte, daß Teile des Gebäudes Altlasten aus einem Baustoff der Vorkriegszeit enthalten. Seite 5

BEWEGUNGSARCHIVE

Unter dem Titel »Die Gedächtnisse der Bewegung« stellt Bernd Hüttner Bewegungsarchive, Institutionalisierte Archive, Bibliotheken, Antiquariate und Verzeichnisse vor. Seite 10

JUGOSLAWIEN

Kommt es zu einer Anklage gegen die politische Nato-Spitze vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag? Kanadische Professoren trafen mit der Chefanklägerin Louise Arbour zusammen, um zu erreichen, daß neben dem serbischen Präsidenten auch gegen 67 Verantwortliche aus den Nato-Staaten ermittelt wird. Unabhängig von den offiziellen Ermittlungen sind Tribunale zur öffentlichen Verurteilung der Kriegsschuldigen in Vorbereitung.
Zusätzlich gibt es eine Nachlese zum Krieg mit Blick auf die Umweltverbände von Andreas Hechler. Seite 10/11/12

www.nadir.org/nadir/periodika/contraste

D 8006
00.1371 362 001
Ute Barwig
Gabelsberger Str. 3
D-63225 Langen

MENSCHENRECHTE / TÜRKEI / KURDISTAN:

Notizen zur Lage der Menschenrechte in der Türkei

In dem Bermudadreieck von Politik, Verbrechen und Militär haben die Menschenrechte in der Türkei schlechte Karten. Umgekehrt dokumentiert das gewaltsame Vorgehen des türkischen Staates aber auch, daß viele mit seiner Politik nicht einverstanden sind und sich beharrlich widersetzen. Eine vorläufige Bestandsaufnahme:

Von Gertrud Selzer, Red. Saarland ● Am 31.5. begann die Hauptverhandlung gegen Abdullah Öcalan vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara und endete am 29.6.99 wie erwartet mit der Verkündung des Todesurteils. Die Staatssicherheitsgerichte in der Türkei, vor denen alle politischen Verfahren stattfinden, sind selbst nach Meinung des Europäischen Parlamentes nicht unabhängig, da jahrelang einer der Richter vom Militär eingesetzt wurde. Auch wenn dies kurz vor Ende des Verfahrens gegen Abdullah Öcalan aufgrund internationaler Proteste geändert wurde, kann es nicht über die Dominanz des Militärs über die Justiz hinwegtäuschen. Die Haftbedingungen von Abdullah Öcalan, der seit seiner Entführung aus Kenia im Februar '99 in Isolationshaft auf der Insel Imrali festgehalten wird, Folter und Bedrohung seiner AnwältInnen, lassen befürchten, daß die vom türkischen Staatsanwalt geforderte und vom Gericht ausgesprochene Todesstrafe auch vollstreckt wird. Zumindest muß aber davon ausgegangen werden, daß der türkische Staat Abdullah Öcalan als politische Geisel in seinen Händen behält, um damit Druck auf die verschiedenen Strömungen der PKK sowie den von ihr repräsentierten KurdInnen auszuüben.

Die AnwältInnen wurden am 30. April bei der vorbereitenden Gerichtsanhörung für den Prozeß von Polizisten und ZuschauerInnen geschlagen und getreten. Alle RechtsanwältInnen wurden dabei verletzt, 5 von ihnen schwerer. Einschüchterung und Verhinderung der Verteidigergespräche sind an der Tagesordnung. Die Aufrufe der AnwältInnen werden von den europäischen Regierungen genauso ignoriert wie die ungeheure Zahl der Menschenrechtsverletzungen in den letzten Jahren in der Türkei. Über 3.500 zerstörte Dörfer, 2 Millionen KurdInnen auf der Flucht, über 600 Verschwundene, ermordete JournalistInnen um nur einige der Zahlen in ihrer zynischen Nüchternheit zu nennen. In einem Ad-Hoc-Bericht des Auswärtigen Amtes zur aktuellen Lageentwicklung in der Türkei nach der Festnahme Öcalans vom 25.2.1999 heißt es, bisher ohne Konsequenzen für die bundesdeutsche Abschiebepolitik *»die innenpolitische Lage in der Türkei (ist) nicht einfacher geworden«*. Eine mehr als sanfte Umschreibung für die tatsächlichen Zustände in der Türkei.

Herrschaft des Revolvers

Akin Birdal, der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins (IHD) sagte kurz nach dem Mordanschlag, den er nur knapp überlebte, im Mai 1998: *»Die Gewalt ist zu einer dominierenden Erscheinung in der türkischen Gesellschaft geworden. Die Herrschaft der Demokratie und des Gesetzes ist durch die Herrschaft des Revolvers und der rohen Gewalt ersetzt.«* Schon damals gab es in den türkischen staatsnahen Medien eine Hetzkampagne gegen demokratische Organisationen und MenschenrechtlerInnen, die sich für ein Ende des Krieges und für eine friedliche, politische Lösung des Kurdistankonfliktes einsetzen, wie den Menschenrechtsverein IHD, die prokurdische Partei HADEP oder auch die Samstagsmütter in Istanbul.

Fortsetzung auf Seite 3

INTERNET:

CONTRASTE-Homepage wird erweitert

Unsere Internetseiten werden ständig erweitert. So wurde anläßlich des Berliner Kongresses »anders abeiten – oder garnicht?!« eine Kongreß-Homepage in Zusammenarbeit mit dem Berliner Netzwerk Selbsthilfe eingerichtet, auf der alle Beiträge zum Kongreß und die Ergebnisse eingespielt wurden. Projekte und Betriebe mit Einträgen in den BUNTEN SEITEN haben eigene Seiten angehängt, wie z.B. das »Beratungsbüro Südschiene« oder der Heidelberger »KRRIM-Verlag«. Im Laufe des Monats August 1999 wird auch der Vernetzungszusammenhang der Kommunen mit eigenen Seiten zu finden sein.

Von Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Die Idee zur Einrichtung der Kommune-Homepage entstand auf dem Kommunetreffen 1999 auf dem Olgashof. Anlaß war die Überlegung, wie nach dem »Los-gehts«-Pfingsttreffen in der Kommune Niederkaufungen eine Informations- und Vernetzungsmöglichkeit für die vielen Kommune-Suchenden geschaffen werden könnte.

Die Kommune-Homepage wird technisch von CONTRASTE betreut. Anfragen können nur direkt von den einzelnen Gruppen oder Suchenden beantwortet werden, nicht von der CONTRASTE-Redaktion.

Auf der Startseite soll es grundsätzliche Informationen zur Homepage geben. Vorgesehen sind die Unterverzeichnisse »Aktuelles« mit aktuellen Terminen, Veröffentlichungen und Infos, »Kommunen« mit einer Liste von Adressen der Kommunen des Vernetzungszusammenhangs und weiteren Hinweisen zu den einzelnen Gruppen, »Suche« mit der Möglichkeit für Suchende, sich und ihre Wünsche direkt online einzugeben.

Zu finden ist die Kommune-Homepage direkt unter der Anschrift:
www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/kommunen

Archiv im Internet

Neben der schon im Netz befindlichen CONTRASTE-Ausgabe Nr. 1 vom Oktober 1984 ist derzeit die Ausgabe vom November 1984 mit den Schwerpunktthemen »Frauen in selbstverwalteten Betrieben« und »Kollektivbetriebe und soziale Absicherung« in Vorbereitung. Nach und nach sollen weitere ältere Ausgaben reingestellt werden. CONTRASTE hofft auf die Bewilligung einer ABM-Stelle, die die nicht in digitalisierter Form vorliegenden Ausgaben (bis ca. Nr. 100) scannt und bearbeitet.

Diskussionsforum

Ab Herbst 1999 wird es auch ein Diskussionsforum geben, daß es den NutzerInnen erlaubt, direkt online ihre Diskussionsbeiträge und LeserInnenbriefe einzugeben.

Schon seit März 1999 bietet contraste-list auf dem studentischen machno-Server der HBI in Stuttgart (http://machno.hbi-stuttgart.de) die Möglichkeit der Information und Diskussion zu CONTRASTE-relevanten Themen. Die contraste-list ist offen und unmoderiert. Eintragen könnt Ihr euch in die Liste per EMail an:
majordomo@machno.hbi-stuttgart.de
Betreff: beliebig.
Text: subscribe contraste-list
Die contraste-list ist über das machno-LWgate auch im Internet zu lesen. Die Adresse lautet:
http://listserv.hbi-stuttgart.de/contraste-list

CONTRASTE im Internet:
www.nadir.org/nadir/peiodika/contraste●

SPENDEN- UND MITGLIEDSWERBUNG

Der aktuelle Stand

10.000 Mark – das war in den vergangenen Jahren unser jährlicher Zuwachs an Schulden. Ende 1998 hatten wir unsere LeserInnen dazu aufgerufen, den weiteren Schuldenzuwachs für 1999 durch Spenden und Eintritte in den CONTRASTE e.V. zu verhindern. Nachfolgend der aktuelle Stand der Kampagne:

Auch in diesem Monat können wir neue Mitglieder im CONTRASTE e.V. begrüßen. Vier Abos wurden in Mitgliedschaften umgewandelt:
- Wolfgang Weber, Zürich (150 DM)
- Kommune Niederkaufungen (500 DM)
- Matthias Bitterlich, Waren (120 DM)
- Netzwerk Selbsthilfe Aachen (300 DM)

Auch ein neues Mitglied können wir begrüßen:
- Sonia J. Fath, Mannheim (120 DM)

Vielen Dank, die neuen Mitgliedsbeiträge ergeben in diesem Jahr 788 DM an Mehreinnahmen.
Auf unserem Spendenkonto sind eingegangen:
- Netzwerk Selbsthilfe Aachen (500 DM)
- Martin Weicker, Bayreuth (150 DM)
- Jutta Hansen, Kassel (100 DM)
- KRRIM-Verlag, Heidelberg (50 DM)
- Roby Leemann, Basel (8 DM)
- Peter Walpurgis, Flensburg (20 DM)
- Johannes Fichter, München (10 DM)
- Andrea Müller, Schlangenbad (11 DM)
- Urs Weber, Basel (28,01 DM)

Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 480 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 2.116,01 DM.

Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus. Sechs Abos wurden gekündigt, ein Stuttgarter Fahrradladen gibt auf. Das ergibt Mindereinnahmen von 480 DM und bereinigt einen Mehrerlös von 1.636,01 DM. Bis zum Erreichen unseres Zieles, zumindest zukünftig die jährlich auftretende Deckungslücke von 10.000 DM zu schließen, fehlen uns noch 1.024,99 DM. Wir hoffen auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe wieder über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.!●

dp

LEIH- & SCHENKUNGSGEMEINSCHAFT

Mit der bisher erfolgreichen Spenden- und Mitgliederwerbung zeichnet sich ab, daß in diesem Jahr eine erneute Verschuldung des Projekts CONTRASTE verhindert werden kann. Mit einer ersten Leih- und Schenkungsgemeinschaft, die sich im Frühjahr 1999 aus dem Redaktionsumfeld gegründet hatte, konnte der bisherige Schuldenstand aus den letzten Jahren um 20.000 DM gesenkt werden. Übrig bleiben jedoch noch 20.000 DM, die dringend getilgt werden müssen.

Gesucht werden noch Projekte, Betriebe, Netzwerke oder Einzelpersonen, die sich an einer solchen Leih- und Schenkungsgemeinschaft beteiligen wollen. Möglich sind Beträge zwischen 1.000 und 4.000 DM, die mit einer monatlichen Belastung von ca. 20 bis 80 DM über vier Jahre Laufzeit abgetragen werden. CONTRASTE bekommt das Geld zur Entschuldung sofort geliehen (deshalb Leihgemeinschaft) und nach Ablauf geschenkt (deshalb Schenkungsgemeinschaft). Eine Spendenquittung wird an alle Beteiligten nach Ablauf ausgestellt.

Vorbereitete Unterlagen können bei der Heidelberger Redaktionsanschrift angefordert werden.

KURZ BELICHTET

Aktionen und Alternativen zu Weltwirtschaft & Globalisierung »Wi(e)der die Klobrillisierungsfalle«

Auf 70 Seiten soll das Heft interessierten Menschen das Thema Weltwirtschaft und Globalisierung ein bisschen näher bringen. Es zeigt Wege durch den Abkürzungsdschungel (G8, WTO, NAFTA, EU, IWF, SAPs...) und die Konsequenzen der heutigen Wirtschaftspolitik. Garantiert keine trockene Lektüre!

Menschen, die Widerstand leisten, Organisationen, die gegen die Allmacht der Konzerne arbeiten, Möglichkeiten, selbst etwas zu tun – für die praktische Widerstandsarbeit sind viele spannende Seiten zusammengekommen.

Die Broschüre kostet nur 5 DM (incl. Porto) und kann bestellt werden bei der Verdener Umweltwerkstatt, c/o Ökozentrum, Friedensallee 6, D-27283 Verden/Aller, Fon (0 42 31) 95 75 71●

Jutta Sundermann

Neue Zeitschrift

Seit Mai 1999 erscheint eine neue entwicklungspolitische Zeitschrift: »SüdZeit – Eine-Welt-Journal Baden-Württemberg«. Mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren informiert sie vierteljährlich über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen zum Thema Nord-Süd mit landespolitischer Bedeutung. Herausgeber ist der Dachverband Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg (DEAB), der über 60 Eine-Welt-Gruppen, Einrichtungen und Weltläden aus allen Regionen des Landes vertritt.

Die Zeitung möchte einen umfassenden Überblick über die Süd-Nord-Aktivitäten im Land bieten und berichtet über die gesamte Bandbreite internationalistisch orientierter Gruppen, Einrichtungen und Organisationen im Land. Sie beinhaltet aktuelle Themen wie Alternativer Handel, Entschuldung armer Länder, Lokale Agenda 21 etc. und nimmt Stellung zur Landespolitik. »SüdZeit« möchte die Kommunikation entwicklungspolitisch interessierter Menschen fördern sowie Anreize und Handlungsansätze für sozialpolitisches Engagement aufzeigen. Interviews, Personenportraits und Veranstaltungshinweise runden das pfiffige Erscheinungsbild dieser unabhängigen Zeitung ab.

Die Zeitung kann bezogen werden über den DEAB, Blumenstr. 15, D-70182 Stuttgart, Tel. (07 11) 24 32 35, Fax 236 61 23.●

Matthias Weiß

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Tut mit leid, aber ich bleibe weiterhin AbonnentIn...
- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

REISEN NACH UTOPIA '99

Sozial? Ökologisch? Klar, und die Erde ist eine Scheibe...

Die Grüne Liga Berlin warb in einem Rundfax Mitte April für drei 6-tägige Reisen unter dem Motto: »Reisen nach Utopia 99. Besuch von ökologischen und sozialen Zukunftsprojekten«.

von Andreas Hechler (JungdemokratInnen/Junge Linke) ● Die erste Reise Mitte April führt zu so illustren Orten wie der Obstbausiedlung Eden in Oranienburg und Wulkow bei Frankfurt/Oder. Die Lebensgemeinschaft *Oranienburg-Eden* wurde 1893 gegründet und steht in einer völkischen Tradition. 1916 wurde anläßlich der ersten Feier des Freiland-Tages in Eden verkündet: »Zu solchem Siedeln ist die deutsch-völkische Gesinnung Voraussetzung. Und dazu befähigt nur deutsches Ariertum.« Die Siedlung Eden war bedeutend für den völkischen Strang zum Nationalsozialismus. Von dort gingen die Gründungen anderer Siedlungen aus, die den »geistigen Adel deutschen Bluts« fördern sollten. Zudem verbrachte *Silvio Gesell*, Verfechter rassistischer Theorien und der neoliberalen Freiwirtschaftslehre, in Eden seinen Lebensabend.

1992 war *Wulkow* »Modellgemeinde für ökologische Dorfentwicklung« des Landes Brandenburg, und nicht nur das: Wulkow ist auch Expo 2000 Projekt in Brandenburg! Ökologische Dorfentwicklung und Expo-Projekt, beworben von der Grünen Liga, das harmoniert!

Zum Abschluß der Reise geht es noch zum *LebensGut Pommritz* in Sachsen, ebenfalls ein Projekt der EXPO 2000. Gegründet wurde das LebensGut Pommritz mit Unterstützung vom sächsischen Ministerpräsidenten *Kurt Biedenkopf* (CDU) und *Rudolf Bahro* 1993. Letzterer wünschte sich nichts sehnlicher als einen »grünen Adolf« und trug zu Lebzeiten massiv dazu bei, die Ursachen von Umweltzerstörung zu verklären und Menschen zu verblöden, indem er als Antwort auf Umweltzerstörung nicht etwa auf Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse und Vergesellschaftung von Produktionsmitteln gesetzt hat, sondern – wie das LebensGut Pommritz – auf eine »geistig-spirituelle Grundhaltung« (Das Werk Bahros setzt jetzt *Marko Ferst* erfolgreich bei der Ökologischen Plattform der PDS fort.). Die »kommunitäre Lebens- und Arbeitsweise« des *LebensGut Pommritz* ist das Resultat des Versuches, gesellschaftliche Verhältnisse zu ignorieren und die daraus entstehenden Probleme abzufedern. Es wird sich nicht gegen den Abbau des Sozialstaats gewehrt, sondern die daraus entstehende Armut soll durch ein mehr an Solidarität untereinander abgeschwächt werden. Die Kommunitarismusdebatte, die sich in der BRD durchgesetzt hat, ist nicht an Demokratisierung gekoppelt. Inhaltlich sagt die NPD das gleiche, wenn es bei ihr heißt: »Soziale Gerechtigkeit braucht nationale Solidarität«.

Die zweite Reise Mitte Mai ist noch besser: Es geht unter anderem wieder mal nach Eden, aber auch zum *ZEGG* in Belzig und zur *Lebensgemeinschaft Seewalde*. Letztere arbeitet »auf der Grundlage der anthroposophischen Heilpädagogik und der Sozialtherapie« des (Wurzel)Rassentheoretikers *Rudolf Steiner*. Daß dort »behinderte« und »nichtbehinderte« Menschen zusammen leben und arbeiten ist grundsätzlich zu begrüßen, aber wieso dieser positive Bezug auf die Anthroposophie und dessen Begründer Steiner?

Daß das *Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung* (ZEGG) im Programm der Anders-Leben-TräumerInnen nicht fehlen darf, war klar. Der mittlerweile riesige und in der Umweltbewegung sehr einflußreiche »Konzern« stilisiert die sexuelle Verklemmung – vor allem von Frauen – zur Ursache allen gesellschaftlichen Übels. Tatsächlich findet sich im ZEGG eine stark männerdominierte Sexualität, die Frauen zum allzeit bereiten Sexualobjekt degradiert. Geleitet wird diese und auch die dritte Reise von *Thomas Beutler* aus dem ZEGG.

Die dritte Reise Anfang September führt u.a. zum *Ökodorfprojektzentrum in Groß Chüden*, der *ökumenischen Aktions- und Lebensgemeinschaft in Güstritz* und der *»anthroposophischen Bildungseinrichtung Freie Akademie«* in Sammatz.

In Groß Chüden – InitiatorInnen der ZEGG-Solierklärung vor einigen Jahren und Beispielprojekt einer EXPO-Präsentation – soll ein »Beitrag auf der Suche nach einer nachhaltigen Lebensweise« geleistet werden (viel Spaß beim Suchen!) – als Agenda-21-Modellprojekt der rotgrünen Regierung Sachsen-Anhalts bleibt so etwas wohl nicht aus. In Güstritz sollen »Spiritualität und politisches Engagement auf dem Hintergrund eines einfachen Lebensstils« zusammengebracht werden. Bisher sind emanzipatorische spirituelle Projekte nicht bekannt, und wenn es dann weiter heißt, daß als Ziel das »Leben in Einklang mit allem Lebendigen« gebracht werden soll, so schimmert hier nicht nur ein Biologismus durch, sondern auch ein Leben in Armut.

Veranstalter dieser Reisen ist der *Verein Industrielles Gartenreich e.V.* mit Sitz in Lutherstadt Wittenberg. Dieser will in völkischer Tradition »regionale Identität« fördern und setzt auf eine »eigenständige Regionalentwicklung«. Regionalisierungsbestrebungen werden so rassistisch modernisiert – nachhaltig, versteht sich. Bei den angebotenen Reisen dürften die Ziele des Vereins in Erfüllung gehen.●

Nachtrag: Der Macher des Vereins Industrielles Gartenreich e.V. Falk (Digdedoupl@aol.com) hat in einer widerwärtigen Art eine Umweltschützerin aus Berlin, die sein Programm kritisiert hat, angegriffen. Das ganze gipfelt in dem Vorschlag, sie solle doch mal im ZEGG anrufen, »aber Vorsicht, sie ficken auch durchs Telefon!«.

Diskussion zu Perspektiven emanzipatorischer Umweltschutzarbeit unter: www.thur.de/philo/uvu.html

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Notizen zur Lage der Menschenrechte in der Türkei

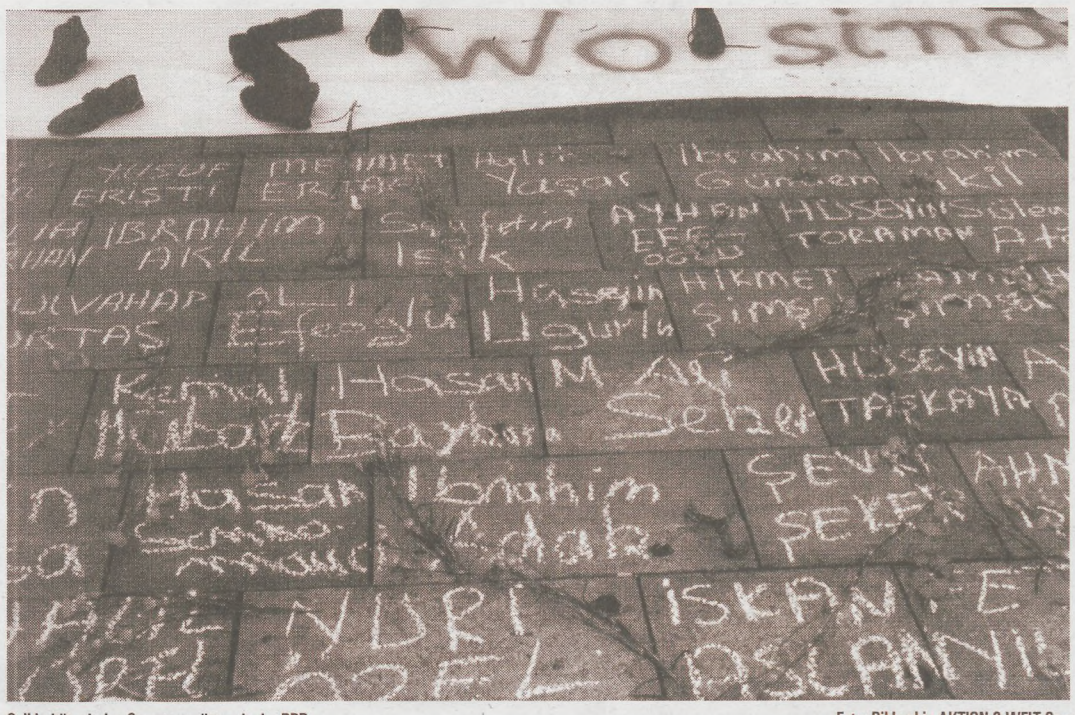
Mord im Staatsauftrag

Diese Hetzkampagne hat nichts von ihrer Schärfe verloren. Im Gegenteil noch weiter angeheizt durch staatliche Stellen und durch die Wahlergebnisse vom 18.April, mit der nationalen Volkspartei MHP, den türkischen Faschisten als zweitstärkster Partei (18% der Stimmen), die sich zukünftig auch an der Regierung beteiligen wird. Die Grauen Wölfe (MHP), die auch zu Teilen der sog. Konterguerilla angehören, sind für eine Vielzahl von Morden an SozialistInnen, GewerkschafterInnen, StudentInnen und KurdInnen verantwortlich. Akin Birdal tritt am 6. Juni eine einjährige Haftstrafe an, zu der er im Juli 1998 wegen »Separatismus« nach Artikel 312 Abs. 2 des türkischen Strafgesetzbuches verurteilt wurde. Unter den Verdacht des »Separatismus« gerät, wer in der Türkei über eine Kurdistanfrage spricht (offiziell wird nur von einem Terrorismusproblem gesprochen) und für eine politische Lösung statt einer militärischen plädiert. Birdal ist einer von vielen unliebsamen MenschenrechtlerInnen und JournalistInnen, die in der Türkei wegen »Separatismus« verurteilt in den Gefängnissen sitzen. Deshalb startet der IHD im Juni dieses Jahres eine Kampagne für die Meinungsfreiheit und eine weitere Kampagne zur Abschaffung der Todesstrafe.

»Die Herrschaft der Demokratie und des Gesetzes ist durch die Herrschaft des Revolvers und der rohen Gewalt ersetzt.«
Akin Birdal
(Vorsitzender des Menschenrechtsvereins, IHD)

Ihr stiller Protest ist dem türkischen Staat zu laut: Die Samstagsmütter

Die Samstagsmütter, die seit Mai 1995 jeden Samstag regelmäßig gegen das »Verschwindenlassen« ihrer Angehörigen demonstrierten, mußten ihre Aktionen im März dieses Jahres vorläufig einstellen. Immer wieder wurden ihre Demonstrationen von Polizei und Sicherheitskräften auseinandergetrieben, die Frauen geschlagen und festgenommen. Inzwischen ist die Bedrohung so massiv, daß die Frauen nicht mehr auf die Straße gehen können. Die Frauen, die 1996 den Menschenrechtspreis der Internationalen Liga für Menschenrechte erhielten, sagen ähnlich wie die Madres der Plaza de Mayo in Argentinien im Hinblick auf ihre verschwundenen Angehörigen: *»Lebend habt ihr sie uns genommen – lebend wollen wir sie zurück«*. Seit 1980 sind in der Türkei über 600 Personen in Polizeigewahrsam ums Leben gekommen oder einfach verschwunden. Fast nie kommt es dabei zu Strafverfahren gegen die Sicherheitskräfte. Zum Beispiel wurde Hasan Ocak am 21.3.1995 festgenommen. 55 Tage später ist er auf einem Friedhof für Unbekannte gefunden worden. Nach seinem Auffinden, begann am 25. 5. 1995 die erste Aktion der Samstagsmütter.



Solidarität mit den Samstagsmüttern in der BRD
Die Namen auf dem Straßenpflaster gelten in der Türkei als »verschwunden«

Foto: Bildarchiv AKTION 3.WELT Saar

»... nicht ganz frei, aber auch nicht völlig manipuliert«: Graue Wölfe an der Macht

Linke oppositionelle Parteien sind in der Türkei unerwünscht, das läßt sich gut am Vorgehen des Staates gegen die prokurdische Partei HADEP erkennen. Zwischen Februar und April 1999 wurden 5 Mitglieder des Hauptvorstandes, 30 Provinzvorsitzende und Funktionäre, 35 Bezirksvorsitzende und 4031 Mitglieder der Demokratischen Volkspartei HADEP verhaftet. Darüber hinaus noch zahlreiche KandidatInnen für die Parlaments- und Kommunalwahl. Cafer Demir, Vorsitzender des Menschenrechtsvereins in der Provinz Elazig bezeichnete die Wahlen als *»nicht ganz frei, aber auch nicht völlig manipuliert«*. Viele Kundgebungen und Demonstrationen der HADEP wurden verboten, alle ausländischen WahlbeobachterInnen wurden behindert, es gab Wahlmanipulationen, Vertriebene sind in der Regel nicht in Wählerverzeichnisse eingetragen, viele Stimmen mußten offen abgegeben werden. Trotzdem hatte die HADEP in den kurdischen Gebieten große Wahlerfolge und stellt die Bürgermeister der Städte Batman, Bingöl, Hakkari, Siirt, Sirnak und der Regionalhauptstadt Diyarbakir. Gegen sie läuft aber noch ein Verbotsverfahren. Die HADEP wäre nicht die erste kurdische Partei, die verboten würde, auch hier dient als Begründung: Separatismus.

Die BRD-Türkei-Connection

Die Lage der Inlandsflüchtlinge, die im Westen der Türkei in provisorischen Zeltstädten und »Über-Nacht-gebauten-Häusern« (Geçekondus) überleben versuchen, läßt einen Begriff, wie »inländische Fluchtalternative« nur noch zynisch erscheinen. Sicherheitskräfte und Graue Wölfe überfallen die Siedlungen und zerschlagen das Wenige, was sich die Menschen wieder aufbauen konnten. Etwa 10 Millionen Menschen leben in der Türkei an der Grenze zum Verhungern. Die Fotos von den kurdischen Elendsvierteln, den Geçekondus, sprechen für sich.

Der Krieg in Kurdistan hat an seiner Brutalität nichts verloren und die türkische Armee ist mehrfach weit nach Irakisch-Kurdistan einmarschiert. Nach einer Erklärung der ARGK (militärischer Arm der PKK) von Mitte Mai 1999, setzte die türkische Armee Raketen mit chemischen Sprengköpfen gegen die Guerilla ein. Eine Aussage die zum einen von Vertriebenen ebenfalls erhoben wird und zum anderen durch Beobachtungen vor Ort und Photos aus dem Kriegsgebiet neue Nahrung erhält. Man braucht jedoch nicht nach Kurdistan zu fahren, um die Verfolgung der KurdInnen in der Türkei zu sehen. Ein Besuch in Ankara oder Istanbul reicht vollkommen. Der Krieg selbst wird zwar im Osten des Landes geführt hat aber enorme Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Lebensbedingungen im Westen der Türkei.

Und hier korrespondiert die Politik der europäischen Staaten und der rot/grünen Bundesregierung mit den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei: Kurz vor den Wahlen in der Türkei wurde der kurdische Sender MED-TV, der mit einer britischen Lizenz aus Brüssel sendete, auf Druck der türkischen Regierung verboten. Dem NATO-Staat Türkei konnte man während der Luftangriffe auf Jugoslawien nur schwierig seine Wünsche abschlagen bzw. ihn öffentlich kritisieren. So gibt es in der Bundesrepublik keinen Abschiebestopp für KurdInnen, keinen Stopp der Waffenlieferungen, kein Recht auf Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Gefolterte.

Während die Grünen in ihrer Oppositionszeit regelmäßig gut recherchierte Berichte über Folterungen abgeschobener KurdInnen veröffentlichten, betreiben sie heute keine grüne, sondern deutsche Außenpolitik (O-Ton Josef Fischer) und liefern KurdInnen ihren Folterern aus.

Ausblick – Kern des Konfliktes ist die Beteiligung am Reichtum Kurdistans

Eine politische Lösung der Kurdistanfrage wird es nur geben, wenn es Antworten auf die Kernfragen des Konfliktes gibt. Entgegen der veröffentlichten Meinung der westlichen Wertegemeinschaft, die auch von kurdischer Seite manchmal kolportiert werden, geht es dabei nicht um einen kulturellen oder gar folkloristischen Konflikt. Kurdische Tänze könnte der türkische Staat jederzeit zulassen; die kurdische Sprache im begrenzten Rahmen auch. Im Kern geht es um die Beteiligung an den politischen und materiellen Ressourcen des Landes. Mit seinen Öl- und Wasservorkommen ist Kurdistan reich. Ein Reichtum allerdings, der bisher seinen BewohnerInnen wenig gebracht hat und eher Begehrlichkeiten in Ankara weckte. Mit den beiden Flüssen Euphrat und Tigris verfügt Kurdistan in einer insgesamt wasserarmen Region über einen begehrten und konfliktträchtigen Rohstoff.●

Die Autorin ist Mitarbeiterin der AKTION 3.WELT Saar und des BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Hamburg) und hielt sich in den vergangenen Jahren mehrfach in der Türkei sowie im kurdischen Gebiet auf; zum Beispiel zu Gesprächen mit den Samstagsmüttern in Istanbul. Für beide Organisationen arbeitet sie mit im Rechtshilfeverein AZADI (deutsch.: Freiheit) für kurdische politische Gefangene in der BRD. Auf Anfrage referiert sie auch zu dem Thema »Der Kurdistankonflikt & Möglichkeiten einer politischen Lösung«. Terminabsprachen und weitere Informationen: AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchener Str. 24, 66679 Losheim, Tel. 06872/9930-56, Fax-57, e-mail: a3wsaar@t-online.de

Pressefreiheit auf türkisch: 1994 wurde das Verlagsgebäude der pro-kurdischen Tageszeitung ÖZGÜR GÜNDEM (Freie Tagesordnung) in Istanbul zerbombt; von »Unbekannt«.

Foto: Bildarchiv AKTION 3. WELT Saar

MENSCHENRECHTSTRIBUNAL ZUR TÜRKEI GEFORDERT

Die Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international, Frankfurt, die seit über 12 Jahren in den verschiedenen Gebieten Kurdistans eine intensive Hilfs-, Entwicklungs- und Menschenrechtstätigkeit entfaltet hat, erklärt zum Ausgang des Verfahrens gegen den Kurdenführer Abdullah Öcalan: »Nichts an dem verkündeten Urteil kann überraschen, dessen Ergebnis längst beschlossene Sache war: Der Delinquent war bereits vorverurteilt durch die eigentliche Machtinstanz der Türkei: dem außerparlamentarischen Gremium des Nationalen Sicherheitsrates und seiner Militärs.

Nichts an dem Verfahren auf der Insel Imrali entsprach rechtsstaatlichem Vorbild: Unter flagranter Verletzung völkerrechtlicher Bestimmungen geriet der Vorsitzende der Kurdischen Arbeiterpartei durch einen Akt der Gewalt und durch illegales Kidnapping in die Hände der türkischen Machthaber, dessen Choreographie mit Sicherheit auf die Federführung großer westlicher Geheimdienste schließen läßt.

Die ganze Unwahrhaftigkeit des Verfahrens von Imrali kulminiert allerdings darin, daß die ungeheuren Leiden der Menschen Kurdistans von der Verhandlung ausgeschlossen waren.

Der Enttäuschung der Opfer durch das Establishment der Türkei und auch der Enttäuschung über das Schweigen der Europäer, die durch vorherige Waffenlieferungen der Beihilfe bei der Vernichtung von kurdischen 4.000 Dörfern zu beschuldigen sind, muß nun durch eine Wiedergutmachung von Seiten aller schuldhaft Beteiligten begegnet werden.

Eine langfristig orientierte demokratische Reaktion auf das einseitige und unfaire Verfahren von Imrali bestünde darin, für die Menschen Kurdistans eine Wahrheitskommission in der Türkei zu etablieren, die nach südafrikanischem Vorbild durch eine gründliche Bestandsaufnahme allen erlittenen Unrechts, den Opfern Genugtuung zu verschaffen versucht.

Der erste und naheliegendste Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel sollte die baldige Eröffnung der Arbeit für ein INTERNATIONALES MENSCHENRECHTSTRIBUNAL TÜRKEI in Europa sein.

Heute, in Anbetracht des traurigen Ergebnisses von Imrali, fordert medico international zur Vorbereitung eines Internationalen Menschenrechtstribunals auf und richtet den Appell um breite demokratische Zusammenarbeit an die relevanten Menschenrechtsorganisation in allen Ländern.

Medico international begrüßt den aktuellen Beschluß der deutschen Bundesregierung, auf die Auslieferung von 120 Spürpanzern vom Fuchs an die Türkei zu verzichten – was medico seit langem entschieden fordert. Medico international erwartet die konsequente Einstellung jeglicher Waffenlieferung an die Türkei solange die Menschenrechte in Anatolien eklatant verletzt werden.

Wir fordern die generelle Aufhebung der Todesstrafe in der Türkei gemäß den Prinzipien des Europarates und die Nichtvollstreckung aller verkündeten Todesurteile.●

Hans Branscheidt

Anzeige

AZADI
RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

AZADI unterstützt die Menschen, die aufgrund ihrer Arbeit für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes in Deutschland der politischen Verfolgung ausgesetzt sind.

AZADI ist auf Ihre Solidarität, Spenden und Mitarbeit angewiesen.

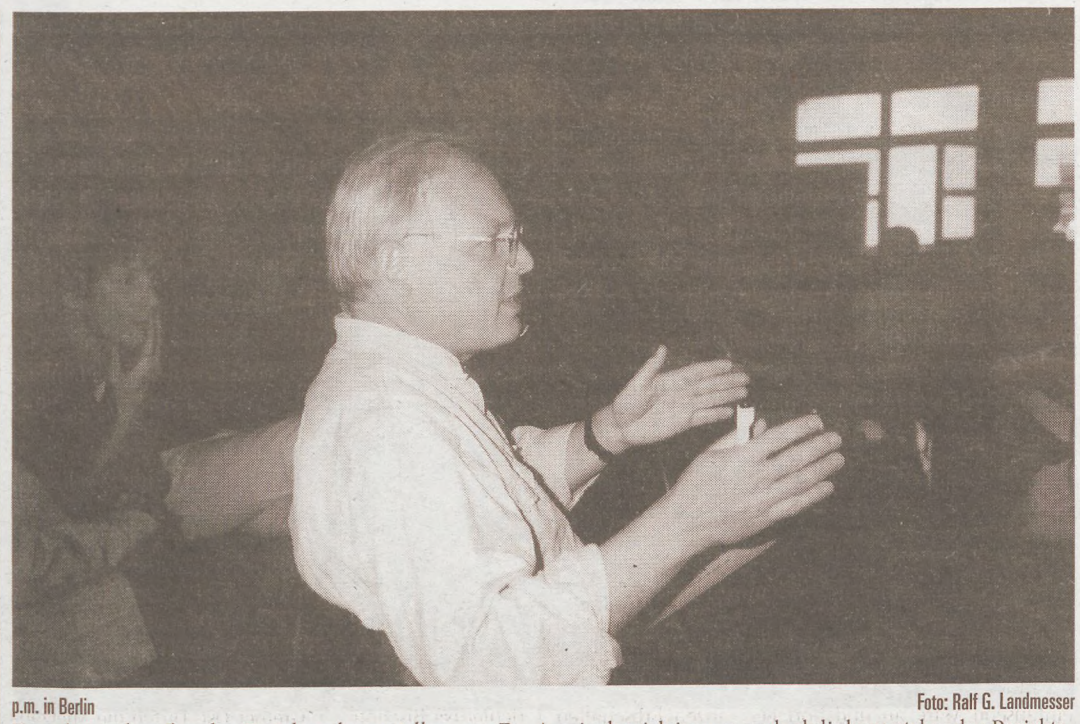
AZADI
Koelnhoffstraße 10
50676 Köln

Spendenkonto:
Ökobank Frankfurt/M
Blz.: 500 901 00
Kto.: 54 00 279

CONTRASTE PRÄSENTIERTE IN BERLIN LESUNG MIT P.M. (2)

Wohnprojekte in Berlin und Umland

Der Schweizer Autor p.m. war am 11. und 12. Juni in Berlin für drei Veranstaltungen, die von CONTRASTE in Kooperation mit NETZWERK SELBSTHILFE Berlin, dem ARCHIV DER JUGENDKULTUREN Berlin, der Zeitschrift ESPERO, dem UMBRUCH BILDARCHIV und anderen durchgeführt wurden. Ein Beitrag zu p.m. und seinen Veröffentlichungen erschien in CONTRASTE 176 im Mai 1999. Am Freitag- und Samstagabend las p.m. aus seinem dreibändigen phantastisch-utopischen Ritterepos »Die Schrecken des Jahres 1000«. Am Samstag tagsüber stellte er im Rahmen eines Wohnprojekte-Treffens das in Zürich geplante Projekt Kraftwerk 1 vor.



p.m. in Berlin — Foto: Ralf G. Landmesser

Elisabeth Voß, Berlin ● Während der Freitagabend mit etwa 50 Menschen relativ gut besucht war, kamen zu dem Wohnprojektetreffen am Samstag nur knapp 30 Personen, davon doppelt so viele Männer wie Frauen. Obwohl wir gezielt Wohngruppen in Berlin und Brandenburg angeschrieben hatten, kamen kaum Leute aus bestehenden Gruppen, sondern überwiegend Suchende.

In der Diskussion ging es neben Berichten aus konkreten Projekten immer wieder um die Frage, was neue Gruppen brauchen, um den Sprung von der Planung zur konkreten Umsetzung eines Wohnprojekts zu schaffen. In einzelnen Beiträgen wurde versucht, zusammenfassend einige notwendige Punkte zu formulieren, zum Beispiel: es genügen ein paar Menschen (vielleicht drei bis vier), die feste Vorstellungen und ein klares Konzept zur Umsetzung haben. Die Projektplanung sollte möglichst professionell und mit zeitlicher Begrenzung erfolgen. Wichtig sei es, daß weitere Menschen nach und nach verbindlich eingebunden würden. Für Landprojekte sei eine Anbindung an die Stadt und Unterstützung durch soziale Biotope notwendig. Als Probleme wurden benannt, daß es den Beteiligten an Gründungsgruppen häufig an Eigenverantwortlichkeit mangele, und daß bestehende Gruppen durch den Projektetourismus der Suchenden überfordert werden könnten.

Kurz angesprochen wurde auch die Frage der politischen Relevanz solcher Wohnprojekte, wenn zum Beispiel eine kleine Gruppe sich ein günstiges Haus auf dem Land besorgt. Ist der (teilweise) Ausstieg aus herkömmlichen Lebensformen schon an sich politisch, oder eher ein gruppenindividualistischer Rückzug ohne weitere Folgen? p.m. betonte die Notwendigkeit, sich nicht von der Gesellschaft abzukoppeln, sondern in einen kritischen Dialog zu treten, zum Beispiel mit Parteien und Gewerkschaften, und Widersprüche im System auszunutzen. Die Wanderung zwischen Anpassung und Widerstand ist für ihn notwendig, damit endlich gesamtgesellschaftlich etwas passiert.

Für Wohngruppen wurde als wichtig angesehen, das Eigentum an gemeinsam bewohnten Immobilien zu neutralisieren und damit einer eventuellen späteren Privatisierung zu entziehen. Nicht weiter diskutiert wurde der Einwand, daß auch eine formale Neutralisierung nicht automatisch eine Demokratisierung bedeute, weil Geld immer auch Macht beinhalte, und die Macht über neutralisiertes Eigentum bei denen läge, die über die Nutzung dieses Eigentums entscheiden, was meistens Männer seien. Weitgehend ausgespart wurde auch die Frage der kollektiven Erwerbsmöglichkeiten im Rahmen von Wohngruppen.

Im Laufe der Diskussion und der Darstellung von Kraftwerk 1 in Zürich entstand der Eindruck, daß es im Schweizer Projekt relativ wenig Gruppenstreß gibt, im Verhältnis zu dem, was wir aus der BRD kennen. Das wurde darauf zurückgeführt, daß sich die KraftwerkerInnen nach Aussage von p.m. sehr bewußt um einen republikanisch-sachlichen Umgang miteinander bemühen. Aus unserer Szene hieß es, daß die Gemeinschaftsklammer oft eine zerstörerische Wirkung hätte.

Entstehende Projekte in Berlin

Es wurden zwei entstehende Gruppen kurz vorgestellt. Das Projekt Stadt-Land-Fluß plant schon seit mehreren Jahren ein Landprojekt für etwa 100 Menschen in der Nähe von Berlin, in dem verschiedene Wohn- und Lebensformen möglich sein sollen, und wo unter anderem auch Landwirtschaft betrieben werden soll. In enger Verbindung damit soll in Berlin ein Stadthaus für 60 bis 80 Menschen entstehen.

Die neue Initiative Agua Calientes will ein Gelände direkt hinter der südöstlichen Grenze von Berlin kaufen, um dort ein politisches Wohn- und Arbeitsprojekt aufzubauen. Auf dem 45 Hektar große Waldgrundstück stehen mehrere, zum Teil ökologisch sanierte Gebäude, es gibt eine eigene Wasserversorgung und Pflanzenkläranlage, und Solar- und Windanlagen für Strom und Warmwasser.

Vernetzung und Informationen

Für Suchende und auch für neue Gruppen ist es wichtig, Kontakte zu bestehenden Projekten herzustellen, um Erfahrungen auszutauschen, vielleicht zusammenzuarbeiten oder selbst dort einzusteigen. Neben dem Eurotopia-Projekteführer, der in enger Anbindung an die jährlichen Gemeinschaftstreffen Come Together entstanden ist, also eine sehr breite und esoteriklastige Ausrichtung hat, gibt es in der sich immer noch als links verstehenden Projekteszene bislang kein adäquates Pendant.

Nach dem großen Erfolg des Kommunegründungstreffens *Los Geht's* in der Kommune Niederkaufungen an Pfingsten 1999 mit 250 TeilnehmerInnen wird CONTRASTE für den bestehenden Vernetzungszusammenhang von Kommunen eine Homepage im Internet einrichten, mit Adressen und Informationen von bestehenden Gruppen und der Möglichkeit für Suchende, dort selbst zu inserieren (siehe Seite 2.

Für die regionale Szene in Berlin und Umland gibt es erste Überlegungen bei Netzwerk Selbsthilfe, eine Art Kontaktstelle für Projekte in Stadt und Land einzurichten.

Wie weiter?

Trotz der geringen Resonanz aus bestehenden Häusern war die Veranstaltung für die Beteiligten interessant, und es wurde mehrfach der Wunsch geäußert, ein solches Treffen öfter zu organisieren. Es gab den Vorschlag, neben bestehenden Wohnprojekten, die wieder angesprochen werden sollten, auch Kollektive einzuladen, um sich über die beiden existentiellen Lebensbereiche Wohnen und Arbeiten auszutauschen.

Nach meiner persönlichen Einschätzung wird es mindestens ebenso schwer sein, Betriebe zu einer Teilnahme zu motivieren, wie Wohnprojekte. Nicht umsonst wurde der RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, ein Betriebezusammenschluß in Berlin, über den CONTRASTE mehrfach berichtete) im Frühjahr 1998 formal aufgelöst, nachdem zu den monatlichen KollektivistInnentreffen einfach niemensch mehr kam. Dabei gab es gerade zu diesem Zeitpunkt fast eine Aufbruchstimmung, weil viele neue Projekte im Rahmen der sozialen Szene des RGW am Entstehen waren. Die Kooperationen ergaben sich aber eher aus persönlichen Kontakten und eindeutig projektbezogen, und ließen sich nicht in die Form regelmäßiger Treffen bringen. Trotzdem werden wir sicher weiterhin versuchen, die verschiedenen AkteurInnen anderer Lebensformen hin und wieder an einen Tisch zu bringen.●

ZUR NOTWENDIGKEIT VON KONTAKTEN ZWISCHEN WOHNPROJEKTEN

Wissen wir voneinander?

Der folgende Beitrag wurde auf dem Treffen am Samstag verlesen, weil der Autor, der für das Umbruch-Bildarchiv das p.m.-Wochenende mit vorbereitet hatte, leider erkrankt war.

Leh von den Zorrows (Wohnprojekt in Berlin) ● Warum war uns die Verbindung zu diesem Treffen wichtig? Der Besuch von p.m. war der entscheidende Kick, um aktiv zu werden. Das heißt die Gelegenheit, daß uns Einblick in das Projekt Kraftwerk 1 in Zürich gegeben wird, konfrontierte mich mit der Frage, inwieweit ich Einblick in die Situation in Berlin habe. Diese Frage ist nicht privat-individualistisch zu verstehen, sondern politisch.

Wissen die Leute in den Projekten, die aus der 81er Häuserkampfbewegung hervorgegangen sind, von den Gruppen, ihren Fragen und Themen der – größtenteils in Ost-Berlin angesiedelten – 89er/90er Häuserbewegung? Oder umgekehrt: welche Häuser der 89er würden gerne mehr Kontakte zu länger bestehenden Gruppen haben, wissen jedoch gar nicht, daß solche Gruppen noch existieren, oder sie meinen, aus dieser Zeit sind eh alle abgetaucht, haben sich etabliert, oder sind nur mit der Aufzucht von Kids beschäftigt? Wer von den Älteren weiß beispielsweise, wo es in Berlin und Brandenburg noch Wagenplätze gibt, und was für Leute dort leben (und arbeiten) und was sie beschäftigt?

Ich will jetzt nicht alle Unterschiede platt reden oder leugnen, sondern ist, daß Gruppen mit gleichen Interessen oder in einer vergleichbaren Situation – bei Räumungsgefahr, aus Anlaß von Spekulation oder Verkauf des Objektes, wie zuletzt in der Köpenicker Straße 136, Brunnenstraße 6 oder der Yorckstraße 59 – sich am ehesten gemeinsam organisieren, und das ist gut so. Genauso sicher ist aber auch, daß im unabhängigen linken oder auch autonomen oder anarchistischen Spektrum scheinbar jede politische Generation wieder von vorne anfängt. Und das ist nicht gut so. Der Zusammenhalt zwischen länger bestehenden Gruppen und jüngeren Projekten bis hin zu sich gründenden Initiativen könnte entwickelter sein. Von gemeinsamer politischer Handlungsperspektive noch nicht zu reden.

Mein Eindruck ist, daß sich gerade in letzter Zeit einiges tut, sichtbar an der Köpenicker und Brunnenstraße. Und es entstehen neue Gruppen: auch in Berlin gab es Echo auf das Los-gehts-Treffen in der Kommune Niederkaufungen zu Pfingsten, die Initiative Stadt-Land-Fluß entwickelt Ausstrahlungskraft, und das Projekt Agua Calientes bei Berlin ist im Entstehen. Das alles war im letzten halben Jahr nicht nur meine private Einschätzung der Situation, sondern es gibt einige andere, die zu ähnlichen Einschätzungen kommen. Auf dieser Basis haben Elisabeth und ich den heutigen Tag vorbereitet und wir sind gespannt, welche Einschätzungen jetzt in diesem Kreis zusammengetragen werden können.

Wenn wir einen Wunsch frei haben, dann wünschen wir uns, daß es zu einem regen Austausch am heutigen Tage kommt, und vielleicht auch die eine oder der andere überlegt, wie wir an diesem Anstoß weiterarbeiten können.●

WOHNPROJEKT FÜR 400 LEUTE GEPLANT

Kraftwerk 1 in Zürich

Dies ist eine Darstellung des Projekts anhand der Ausführungen von p.m. auf dem Häusertreffen in Berlin, ergänzt durch Informationen aus der alten Kraftwerk 1-Broschüre. Für den Herbst ist eine Veröffentlichung der Gruppe geplant. Wir werden die LeserInnen auf dem Laufenden halten.

Elisabeth Voß, Berlin ● Am 4. Juli 1999 soll die Grundsteinlegung für das Wohnprojekt Kraftwerk 1 in Zürich stattfinden. In dem geplanten achtstöckigen Neubau können 400 Menschen mit mehr oder weniger ausgeprägter Einbindung in gemeinschaftliche Strukturen leben.

Die Grundlagen von Kraftwerk 1

Es gibt drei Grundideen, die das Projekt tragen:

● Subsistenz: Die Menschen sollen sich die Macht über ihre Lebensgrundlagen in Stadt und Land zurückerobern, indem sie in eigenen Häusern leben und ihre eigenen Lebensmittel produzieren.

● Neue Gemeinschaft: In neuen Formen von Gemeinschaft soll der homo oeconomicus, also der einseitig auf kapitalistische Ökonomie und ihre Verwertungszwänge bezogene Mensch, überwunden werden.

● Antipatriarchale Strukturen: Aus der Einsicht, daß patriarchale Strukturen Gemeinschaften sprengen, wenn sie nicht praktisch überwunden werden, sollen Konsequenzen für den gemeinsamen Alltag gezogen werden, z.B. indem auch Männer die Kinder betreuen müssen.

Die Vorgeschichte

In den 80er Jahren ging aus den Hausbesetzungen das Projekt Karthago am Stauffacher hervor. Es verstand sich als ein Bolo, also als autonomes Lebens- und Arbeitsprojekt, wie sie in p.m.'s bekanntestem Buch »bolo'bolo« beschrieben wurden. Mitte der 80er wurde es geräumt, und es gab eine Volksabstimmung darüber, ob die Stadt ein Ersatzgebäude für 100 Personen zur Verfügung stellen solle. Diese Abstimmung wurde mit 50,2 Prozent sehr knapp gegen Karthago entschieden – das bedeutete aber, daß immerhin 49,8 Prozent für das Projekt gestimmt hatten. Als »Mini-Happy-End« fand die Gruppe schließlich selbst ein ehemaliges Bürohaus, in dem ein Großhaushalt für 60 Menschen gegründet wurde.

Für einen Teil der Karthago-Gruppe, zu dem auch p.m. gehörte, war dies zu klein, sie wollten ein Wohnprojekt mit mehreren 100 Personen realisieren. Sie fanden mit dem Sulzer-Escher Wyss Areal in Zürich eine Industriebrache, auf der sie das Projekt Kraftwerk 1 planten. Eine überwiegend aus Männern bestehende Gruppe entwickelte den Plan, mit dem know how der Tourismusbranche Wohnmöglichkeiten mit Pauschalarrangements für Verpflegung und Haushalt aufzubauen. Je nach Einkommen der BewohnerInnen sollten bei festen Zimmerpreisen verschiedene Wohnformen in Einzel- oder 2-Bett-Zimmern möglich sein, und die Gemeinschaftsräume sollten aus einer einkommensabhängigen Kraftwerk 1-Steuer finanziert werden. Dieses Modell wurde in der Form nie realisiert, und p.m. bezeichnet es heute als Kopfgeburt.

Es wurde eine intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben, in deren Verlauf sich die Zusammenarbeit mit einer Hochschule entwickelte, es entstanden Kontakte zu Banken, und internationale Veranstaltungen wurden durchgeführt. Das geplante Projekt erweckte auch das wohlwollende Interesse älterer, sozialdemokratischer Genossenschaften, die keine eigenen Ideen mehr zustande brachten. Schließlich gründeten die AktivistInnen eine eigene Genossenschaft.

Es stellte sich heraus, daß die Sanierungskosten für das Sulzer-Escher Wyss Areal so hoch sein würden, daß der Anspruch eines sozialen Wohnprojekts bei gleichzeitiger Einhaltung ökologischer Standards nicht möglich sein würde. Nur mit einem Neubau schien dies realisierbar. Im letzten Jahr fand die Gruppe dann ein anderes Gelände, das den Vorteil hatte, daß dort schon eine Baugenehmigung vorlag. Der Bauplatz ist umgeben von einem sicherheitsrelevanten Regierungsgebäude, das mit Nato-Draht vom Projekt getrennt wird, einer noch bestehenden Owen-Siedlung und einer alten Genossenschaft.

Wie soll das Zusammenleben aussehen?

Es wurde sich für einen achtstöckigen Neubau entschieden, weil diese kompakte Bauform die billigste und ökologischste Variante war.

Fortsetzung nächste Seite

ANNAHME VON DIREKTKREDITEN UNTERSAGT – NEUER DIREKTKREDITFONDS SOLL PROJEKTFINANZIERUNG RETTEN

Wohnprojekt existenziell gefährdet

Das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen in Berlin hat dem selbstorganisierten Freiburger Wohn- und Bauprojekt Grether Ost die Annahme von Direktkrediten untersagt. Das laufende Verfahren wurde durch eine Anzeige der Freiburger Polizei in Gang gebracht. Sollte sich dieses Verbot durchsetzen, wäre der Fortbestand des Projekts existentiell gefährdet. Jedoch – Rettung ist in Sicht: ein neuer Fonds, der die Direktkredite bündelt, soll das alternative Bauprojekt über die Runden bringen. Wie das geht, steht weiter unten. Zunächst einmal die Schilderung des Projekts vom Juni 1999.

Grether Fabrik (Alte Eisengisserei)

von Birgit Huber, Freiburg / Dieter Poschen, Heidelberg ● Die Grether-Fabrik im Bahnhofsviertel ist Freiburgs ältestes selbstorganisiertes Wohn- und Lebensprojekt. Auf dem Gelände einer ehemaligen Eisengießerei baut und renoviert die Grether Ost GmbH dauerhaft preisgebundene Wohn- und Gewerberäume: bezahlbare Wohnungen, Platz für soziale, politische und kulturelle Initiativen. Das Projekt finanziert sich durch Darlehen aus dem sozialen Wohnungsbau und durch Direktkredite von Menschen, die das Projekt unterstützen wollen und deshalb ihr Geld zinsgünstig zur Verfügung stellen. Das fängt bei eintausend Mark an und hört bei ganzen Erbschaften auf. »Derzeit haben wir etwa 150 Direktkredite in der Gesamthöhe von drei Millionen Mark angenommen«, berichtet Isa Bischoff von Grether Ost. Durch die Mietzahlungen der BewohnerInnen und auf dem Gelände ansässigen Projekte werden die Kredite nach und nach zurückgezahlt.

An diesem so simplen wie einleuchtenden System hat das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen (BAK) nun einen Haken gefunden. Es wittert illegale Bankgeschäfte. Mit Schreiben vom ersten Juni verlangte es die »unverzügliche Abwicklung des von Grether Ost betriebenen Einlagengeschäftes.« In der Praxis würde das die Rückzahlung aller bisher angenommenen Direktkredite bedeuten und damit schlimmstenfalls, sollte das Bundesamt auf stur stellen, die Zwangsversteigerung der Immobilie.

Die Alternativlösung, die das Amt Grether Ost anbietet, läßt ebenfalls Zweifel aufkommen, ob die Bürokraten in Berlin Interesse am Fortbestehen selbstverwalteter Wohnprojekte aufbringen: Für die KreditgeberInnen sollen »bankübliche Sicherheiten« eingerichtet werden. »Bisher sind alle Darlehen per Eintrag ins Grundbuch durch eine Sammelgrundschuld abgesichert«, erläutert Isa Bischoff. Im Konkursfall würden die Kredite aus dem Erlös des Grundstückverkaufs an die UnterstützerInnen zurückgezahlt werden. Eine Regelung, mit der bisher alle zufrieden waren. Den gesetzlichen Anforderungen genügt sie offenbar nicht.

Die Einrichtung »banküblicher Sicherheiten« würde dem Projekt allerdings so hohe Kosten verursachen, daß es statt dessen auch gleich teure Bankkredite aufnehmen könnte. »Mit seinem Vorgehen schützt das Bundesaufsichtsamt nicht die Interessen der GeldanlegerInnen, sondern vielmehr die Interessen der Banken«, kritisieren UnterstützerInnen und DirektkreditgeberInnen von Grether Ost in einer Presseerklärung.

Die Interessen der GeldanlegerInnen, die das Bundesamt einerseits zu wahren vorgibt, sind andererseits erklärtermaßen unwichtig. So erlaubt sich das Amt bezüglich der sozialen Zielsetzung der Direktkredite den Hinweis, »daß jede Form von subjektiver Zwecksetzung, auch wenn sie auf übereinstimmendem Parteiwillen beruht, irrelevant ist,...«. Auf diese Weise werden Menschen vor ihrem eigenen Willen geschützt, mit ihrem Geld Projekte mit sozialen und politischen Zielen zu unterstützen.

Bis zum 22. Juni will das Bundesamt Nachweise über Rückzahlung oder Umwandlung der Darlehen vorliegen haben. Während Anwalt Christian Kuhn-Régnier über eine Fristverlängerung verhandelt und nach einer Einigung auf juristischem Weg sucht, gehen die Projektmitglieder von Grether Ost in die (Medien)-Offensive. Das ARD-Magazin »Monitor« griff den Skandal auf – die Ausstrahlung am zehnten Juni wurde allerdings zugunsten einer Kosovo-Sondersendung verschoben. Durch ihren Sprung in die Öffentlichkeit erhoffen sich die FreundInnen und Direktkreditgeberinnen der GmbH bundesweite Unterstützung – für sie steht die Abwicklung von Grether Ost nicht zur Debatte. Vielmehr empfehlen sie die Überprüfung des Kreditwesengesetzes, da dieses Gesetz keine Formen der unabhängigen Finanzierung für Projekte wie Grether Ost erlaubt.

Die »Peanuts Company«

Mit der Gründung des Grether Ost Direktkreditfonds GbRmbH, genannt »Peanuts Company«, will das Projekt den Fortgang der geplanten Maßnahmen absichern. »Die Peanuts Company wird ab jetzt viele einzelne Privatdarlehen annehmen und gebündelt als einzelnen Direktkredit an das Projekt weiterleiten«, erläuterte Annette Haubner von Grether Ost das neue Finanzierungsinstrument, das im ökologischen Wirtschaftssektor häufig angewendet wird. Das Kreditwesengesetz erlaube eine Finanzierung, die nicht mehr als fünf Privatdarlehen einbeziehe, wobei die Höhe der Einzelkredite unerheblich sei. »Der neue Direktkreditfonds ist wasserdicht und entspricht den Gesetzesvorschriften«, ist Haubner optimistisch.

Voraussetzung ist, daß die GeldgeberInnen GesellschafterInnen des Fonds mit einem Geschäftsanteil von 100 DM werden und an den Gewinnen und Verlusten desselben beteiligt sind. Die Darlehen der GesellschafterInnen gelten in diesem Fall nicht als »Einlagen« sondern als »eigene Gelder«.

Gesucht werden jetzt neue DarlehensgeberInnen für den neuen Fonds, um den Ausbau einer Kindertagesstätte und der Gießereihalle zu Sozialwohnungen fortsetzen zu können bis eine einvernehmliche Lösung mit dem BAK über die bisher eingezahlten Direktkredite in Höhe von drei Millionen Mark gefunden wird. Das sich eine solche abzeichne, verriet Behördensprecherin des BAK, Sabine Lautenschläger bereits auf Nachfrage. »Wir hängen in der Luft und müssen abwarten«, beschreibt Jürgen Fürmeier von Grether Ost die Stimmung.

Die Entscheidung findet mittlerweile bundesweite Beachtung, Grether Ost ist ein Präzedenzfall für viele alternative Wohn- und Kulturprojekte, die sich ähnlich finanzieren.

Welcome to the Peanuts Company!

Die Grether Ost GbRmbH freut sich über neue DirektkreditgeberInnen. Bitte wendet Euch an die »peanuts company«, Adlerstr. 12, D-79098 Freiburg, Tel. (07 61) 2 48 87, Fax 2 24 07, E-Mail: peanuts-company@syndikat.org●

BERLIN:

2.000 Anteile für die WeiberWirtschaft eG

Die WeiberWirtschaft eG ist seit ihrer Gründung 1989 weit über Berlin hinaus zu einem Begriff für Unternehmens-Lust von Frauen geworden. Wenn Weiber gemeinsam in die Wirtschaft gehen, sind sie nicht aufzuhalten. Mehr als 1.200 Genossenschafterinnen sind Eigentümerinnen der WeiberWirtschaft und schaffen sich und anderen einzigartige Voraussetzungen: Die erste Frauengenossenschaft seit der Weimarer Republik, die wirtschaftliche Potentiale und Initiativen von Frauen fördert und bündelt. In der noch rar besiedelten Landschaft sozialer Ökonomie stellt sie damit eine wichtige politische Adresse dar.

Foto: WeiberWirtschaft

Die WeiberWirtschaft hat 1992 einen 5.500 qm Nutzfläche großen Gebäudekomplex aus der Gründerzeit in Berlin-Mitte erworben und seither vollständig modernisiert, um- und ausgebaut und beispielhaft ökologisch saniert. Die entstandenen Gewerberäume werden zu günstigen Konditionen an Existenzgründerinnen vermietet. Inzwischen ballen sich hier Dienstleistung, Gastronomie, Handwerk, Produktion, Kultur, Weiterbildung, Sozial-Einrichtungen, Projekte, ein Tagungsbereich, eine Kindertagesstätte und sozialer Wohnungsbau mit rd. 160 Arbeitsplätzen.

Ende 1998 wurden in Teilen des Gründerinnenzentrums Altlasten aus einem Baustoff der Vorkriegszeit gefunden, die eine erneute Sanierung notwendig machen. Die betroffenen Gebäudeteile können derzeit nicht vermietet werden, und durch die fehlenden Mieterträge ist die Genossenschaft in eine wirtschaftliche Krise geraten.

Beim Land Berlin wurde ein Antrag auf Bezuschussung der Altlastensanierung gestellt. Voraussetzung einer öffentlichen Förderung ist eine Erhöhung des Eigenkapitals der Genossenschaft um 400.000 DM durch 2.000 Genossenschaftsanteile á 200 DM. Sollte der Genossenschaft diese Erhöhung nicht bis Ende Juli 1999 gelingen, ist ihre Existenz ernsthaft gefährdet. Auch die ansässigen ca. 45 Existenzgründerinnen sind auf eine Sicherung des Standortes und eine rasche Entscheidung angewiesen.

Die Genossenschaft hat ein Treuhandkonto einrichten lassen, auf dem zukünftige Genossenschaftsanteile von einer Rechtsanwaltskanzlei treuhänderisch verwaltet werden, bis die Sanierung sichergestellt ist. Im Falle einer Sanierung werden Sie Anteilseignerin der Genossenschaft! Im Falle einer vorherigen Insolvenz der WeiberWirtschaft eG bekommen Sie Ihr Geld zurück.

Schon mit einem Mindestanteil von 200 DM sind Sie dabei und werden Miteigentümerin eines der ambitioniertesten Unternehmen in Frauenhand europaweit. Weitere Informationen und einen Treuhandvertrag für die Vereinbarung mit der Anwaltskanzlei sendet Ihnen das Team der WeiberWirtschaft eG gerne zu:
WeiberWirtschaft eG, Anklamer Straße 38, D-10115 Berlin
Fon: (0 30) 440 223-0, Fax -44
eMail: infos@weiberwirtschaft.de
Internet: www.weiberwirtschaft.de

FORTSETZUNG VON SEITE 4

Das Haus ist für 400 Menschen geplant, und es ist ganz wichtig, daß in diesem Modellprojekt, das von universitärer Forschung begleitet wird, nicht nur Leute aus der politischen Szene leben sollen, sondern auch »NormalbürgerInnen«. In einer regelmäßigen Sprechstunde können sich Interessierte über Einstiegsmöglichkeiten beraten lassen. Es gibt auch ein Baubüro für Selbstbau, von dem ökologische Standards festgelegt werden, die von allen eingehalten werden müssen, auch wenn sie ihre Räume selbst ausbauen oder renovieren. Damit die Menschen nicht, wie in normalen Mietshäusern üblich, mehr oder weniger beziehungslos nebeneinander her leben, werden die BewohnerInnen in Sub-Gruppen gebündelt, die bestimmte Gebäudeteile bewohnen. Diese Einteilung erfolgt zum Beispiel nach Interessen, aber auch nach den Wohnungspreisen.

Es wurde die Erfahrung gemacht, daß es schwer war, in der Vorbereitungsphase genug Leute zu finden, die sich verbindlich beteiligten, auch wenn mehrere 100 Interessierte mit diskutiert haben. Als das Projekt aber geplant war, gab es so großen Zulauf, daß jetzt schon 60 Prozent des entstehenden Wohnraums vermietet ist. Den ersten Spatenstich am 4. Juli wird der Bürgermeister von Zürich machen.

p.m. hat die Hoffnung, daß sich der alte Pullover Kapitalismus durch solche Projekte wie Kraftwerk 1, in denen die Menschen ihr Leben in die eigenen Hände nehmen, langsam auflöst.

Antipatriarchale Strukturen

Im Vorstand und in allen anderen Gremien von Kraftwerk 1 ist eine Frauenquote von 50 Prozent vorgeschrieben. Entscheidungen werden mit Mehrheit getroffen, es ist aber ein »einbindender Umgang« mit Minderheiten geplant.

Im Moment steigen viele alleinerziehende Frauen in das Projekt ein, auch Migrantinnen, um die sich besonders bemüht wurde, indem z.B. Flugblätter zur Werbung für Kraftwerk 1 in andere Sprachen übersetzt wurden.

Neue Gemeinschaft

Um in Kraftwerk 1 leben zu können, muß ein Genossenschaftsanteil von 10.000 Franken erworben werden. Damit auch Arme dort wohnen können, gibt es für Menschen, die dieses Geld nicht allein aufbringen können Unterstützungsmöglichkeiten, auch aus einem Fonds älterer Wohngenossenschaften.

Die Miete wird nicht nach Einkommen berechnet, weil die Ermittlung und Kontrolle (z.B. über die jährliche Vorlage der individuellen Steuererklärungen) bei der geplanten Struktur der BewohnerInnen als nicht sinnvoll und kaum durchführbar erscheint. Es wird aber von allen Mitgliedern ein Soli-Beitrag von 12 Franken pro Monat erhoben. Damit können 20 Prozent der Wohnungen für Menschen mit weniger Geld um 20 Prozent billiger werden. Ein Teil der Wohnungen wird behindertengerecht gebaut.

Es gibt drei Mietstandards, die je nach Einkommen und Wohnansprüchen gewählt werden können. Bei der Planung des Hauses wurde von einem Raumbedarf von durchschnittlich 35 qm pro Person ausgegangen, einschließlich der Gemeinschaftsräume.

Das Zusammenleben soll auf der Basis von Freiwilligkeit geregelt werden. Die BewohnerInnen müssen sich um ihr Einkommen selbst kümmern, und an die Stelle des Bolo als autonome Einheit treten MiMös = Mitmachmöglichkeiten. So kann jedeR selbst entscheiden, wie weit sie/er sich auf die Gemeinschaft einlassen möchte.

Die Gemeinschaftseinrichtungen, wie z.B. die MiMös Verpflegung (Essen und der Betrieb eines Cafes) oder Textil (Nähen und Waschen) und eine Kindertagesstätte, werden teilweise aus den Mieteinnahmen finanziert und teilweise von den NutzerInnen. Zum Beispiel können die Räume eines MiMö von der Genossenschaft subventioniert werden, und die NutzerInnen gründen einen Verein, der aus seinem Jahresbeitrag und einer Nutzungsgebühr die im MiMö Beschäftigten bezahlt. Oder über die Anbindung an ein sozial-ökonomisches MiMö werden die Leistungen gegen andere verrechnet.

Subsistenz

Eine direkte Selbstversorgung mit Lebensmitteln ist in einem städtischen Wohnprojekt nicht möglich. Es wird aber angestrebt, vorrangig Lebensmittel von ökologischen Bauernhöfen in der Umgebung von Zürich zu beziehen, auf denen als MiMö auch eine saisonale Mitarbeit möglich ist. Die Bezahlung kann geregelt werden über Geld, Naturalien oder einen projektinternen Tauschring.

Ebenfalls im Rahmen der Subsistenz soll eine eigene Volkshochschulbildung organisiert werden.●

BAUVEREIN BREISGAU E.G.

Vielfalt in der Gleichheit

»Möglichst billig und solide...«

Älteste Freiburger Wohnungsbaugenossenschaft feiert ihr Hundertjähriges

In den Büros des »Bauvereins« herrschte Anfang dieses Jahres reges Treiben. Die 42 Mitarbeiter organisierten die Jubiläumsfeier: Vor hundert Jahren, am 18. Februar 1899, wurde die Gründungsurkunde des Vorgängervereins »Bauverein Freiburg« im Gasthaus »Zum Storchen« unterschrieben. Das Jubiläum wurde gebührend gefeiert: mit Festakt und Festschrift, Imagebroschüre und Pressekonferenz.

Sylvia Schmieder, Red. Genossenschaften ● Das unendlich geräumige Haus glänzt mit ausgesuchtem Mobiliar auf edlem Parkett, durch dessen Riesenglasfronten exotische Pflanzen grüßen... Dieses Traumdomizil findet sich in einer der Wohnzeitschriften, die auf dem Tisch im Eingangsbereich des *»Bauverein Breisgau«* ausliegen. Doch die Realität der meisten Mitglieder der Wohnungsbaugenossenschaft sieht anders aus: Sie haben mittlere bis kleine Einkommen und müssen sehen, wo sie bleiben. Zum Beispiel hinter einem der uniformen Balkone im mehrgeschossigen Wohnblock. Oder, mit Kind und Kegel, im Reihenmittelhaus eines Neubaugebietes.

Menschenunwürdige Wohnverhältnisse

»Die Genossenschaftsidee ist im letzten Jahrhundert entstanden, als sich die Schattenseiten der Industrialisierung bemerkbar machten,« erläutert *Klaus Grathwohl*, ehemaliger Geschäftsführer der Genossenschaft, die geschichtlichen Wurzeln des Bauvereins. Denn mit dem Wandel vom traditionellen Handwerk zur industriellen Produktion entstand die Klasse der besitzlosen Arbeiter, die sich keine eigenen Häuser leisten konnten. Gleichzeitig gerieten auch andere Bevölkerungsschichten in gefährliche Abhängigkeiten, Händler und andere mittelständische Unternehmer waren auf »Geldverleiher« angewiesen, die ihnen ihre Bedingungen diktieren konnten.

In vielen großen Industriestädten entstanden Wohnviertel, die ihren Bewohnern menschenunwürdige Verhältnisse zumuteten. Kommunistische Ideen fielen hier auf fruchtbaren Boden. Besorgte Bürger begannen deshalb darüber nachzudenken, wie man den Besitzlosen helfen könnte, um den drohenden Unruhen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Idee war so einfach wie folgenreich: »Die Genossenschaft strebt dahin, den einzelnen kleinen Kräften durch Vereinigung so viel als möglich die Vorteile eine Großkraft zu Gebote zu stellen«, schrieb um 1850 der sächsische Kreisrichter *Hermann Schulze-Delitzsch*, der »Vater der deutschen Genossenschaften«. Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung sah er als die wichtigsten Prinzipien der Genossenschaft.

Dreifacher Monatslohn als Einlage

Die erste Baugenossenschaft Deutschlands entstand 1873 in Pforzheim. Erst 26 Jahre später war es in Freiburg soweit. Klaus Grathwohl nennt den Versicherungsagenten *Carl Sieder* und Professor *Dr. Fuchs*, Nationalökonom an der Universität Freiburg, als die wichtigsten Initiatoren. Das Gründungsprotokoll formuliert den Auftrag des »Bauverein Freiburg«: »...gesunde Wohnungen, vorzüglich für die Arbeiterklasse, Kleinhandwerker und niedere Beamte möglichst billig und solide zu erbauen oder entsprechende Gebäude zu erwerben, um sie an die Mitglieder unter Ausschluß des Wuchers zu vermieten.«

Zur Finanzierung dieses Vorhabens mußten alle Mitglieder bald schon einen Geschäftsanteil von zweihundert Goldmark einbringen – dreimal soviel, wie ein Arbeiter damals als Monatslohn verdiente. »Heute wäre sicher kaum jemand bereit, eine entsprechende Summe zu zahlen!« meint Grathwohl. Doch trotz der Opferbereitschaft seiner Gründungsmitglieder hatte der Bauverein in den ersten Jahren zu kämpfen. Erst 1903 gelang der Kauf eines Baugeländes an der Emmendinger Straße, auf dem ein Wohnblock errichtet wurde, der heute noch existiert – der älteste Bestand des Bauvereins.

Wachstum durch Zusammenschlüsse

1920 vereinigte sich der *»Bauverein Freiburg«* mit der *»Gemeinnützigen Baugenossenschaft Gartenvorstadt Freiburg«*, die sich den Bau von preiswerten Einfamilienhäusern auf die Fahnen geschrieben hatte. Gerade in Hungerszeiten sollten möglichst viele Stadtbewohner einen kleinen Garten für Nutzpflanzen und Kleintiere für die Selbstversorgung zur Verfügung haben. Schon 1914 hatte man deshalb mit dem Bau der »Gartenvorstadt« in Haslach begonnen, der in den Zwanziger Jahren vom Bauverein fortgesetzt wurde.

Während des Nationalsozialismus ließ sich der Bauverein praktisch widerstandslos gleichschalten. Noch im Juni 1944 endete eine Generalversammlung mit einem »Sieg Heil auf den Führer« – ein gutes Jahr später zeigte man sich gewendet und begann, demokratisch erneuert, mit dem Wiederaufbau der zerstörten Häuser. In den fünfziger und sechziger Jahren schnellte die Zahl der Neubauten in die Höhe. Der Bauverein schuf etwa doppelt so viel neuen Wohnraum wie in den 50 Jahren davor.

Der älteste Bestand des Bauverein Breisgau: Mit dem Bau dieses Hauses in der Emmendinger Straße in Freiburg wurde bereits 1903 begonnen (Das Haus aus einem anderen Blickwinkel siehe Titelseite).

Die Fusion mit der seit 1950 bestehenden *»Baugenossenschaft Breisgau«* weitete den Geschäftsbereich 1996 erheblich aus. Denn auch im Umland Freiburgs waren die Bau- und Bodenpreise seit den achtziger Jahren so schnell gestiegen, daß die Mieten für viele unerschwinglich wurden – ein lohnendes Betätigungsfeld für die Genossenschaft, die sich jetzt »Bauverein Breisgau« nennt.

Stabilität durch Familien

Heute steht der Verein offensichtlich auf einer gesunden geschäftlichen Basis. Nach Angaben des amtierenden Geschäftsführers *Reinhard Disch* zählt er etwa 11.500 Mitglieder. Allein 1998 wurde der Rekordbetrag von 16 Millionen nur für die Instandhaltung und Modernisierung der bestehenden Häuser ausgegeben. In Planung ist der Bau von Mietwohnhäusern unter anderem im Freiburger Stadtteil Vauban, in Gundelfingen und, seniorengerecht, in Buchenbach.

»Bei uns gibt es viele Familien, die schon seit Generationen Mitglied sind«, ergänzt Klaus Grathwohl. »Die sind unser wichtigstes Potential – denn die neuen Mitglieder zum Genossenschaftsgedanken zu erziehen, ist in der heutigen Zeit oft schwierig.« Und was meint ein alter Genossenschaftler, wenn er vom »Genossenschaftsgedanken« spricht? Klaus Grathwohl zögert nur kurz. Dann weiß er die Antwort: »Einer für alle, alle für einen.«●

BAUGENOSSENSCHAFT FAMILIENHEIM E.G.

Rettung der christlichen Familie

Preiswerte Wohnungen aus ethischer Verantwortung

Das Ziel, preiswerte Wohnungen bereitzustellen, hat bei der Baugenossenschaft »Familienheim« Freiburg e.G. seit den Gründungsjahren Gültigkeit behalten. Deren Geschichte fing auf dem in Freiburg im Breisgau vor rund 60 Jahren abgehaltenen Katholikentag an. Weitere katholische Baugenossenschaften der Erzdiözese Freiburg entstanden nach 1945. Sie schlossen sich 1947 zum Siedlungswerk Baden mit Sitz in Karlsruhe zusammen. Die Freiburger Familienheim Baugenossenschaft gilt als Keimzelle dieses Zusammenschlusses.

Beate Förster, Red. Genossenschaften ● Der 1929 in Freiburg im Breisgau abgehaltene Katholikentag stand unter dem Motto, die christliche Familie zu retten. In der Phase des großen Aufbruchs nach dem ersten Weltkrieg galt es, die Konzepte der katholischen Soziallehre zu verwirklichen. Besonders wirtschaftlich schwachen und kinderreichen Familien sollte zu einer billigen Wohnung verholfen werden. Der Katholikentag gab für die Gründung der katholischen Baugenossenschaft den entscheidenden Anstoß: Die gemeinnützige Baugenossenschaft »Familienheim« wurde 1930 in Freiburg ins Leben gerufen. Maßgeblicher Initiator war der Domkapitular und Prälat *Thomas Aschenbrenner*, der jahrzehntelang als Vorstandsmitglied wirkte.

Kein Verkauf aus dem Bestand

Die St.-Josefs-Siedlung im Stadtteil Mooswald ist eines der ersten Projekte der Freiburger Familienheim Baugenossenschaft. Mit je 60 Quadratmeter Wohnfläche und 10 Ar Gartenland je Haus war sie an die Vorgaben ihrer Zeit gebunden, die nicht überschritten werden durften. Große Teile dieser Siedlung wurden zerstört im Zweiten Weltkrieg, so daß gegenwärtig nur noch einzelne Häuser aus dieser Anfangszeit stammen. Mittlerweile sind Wohnungen in den Freiburger Stadtteilen Landwasser, Bischofslinde, Wiehre, Stadtmitte, Zähringen, aber auch in Breisach und Kollnau dazugekommen.

In Freiburg und Umgebung werden über 2.700 Mietwohnungen und 1.536 Eigenheime und Eigentumswohnungen von der Genossenschaft verwaltet. »Aus dem Wohnungsbestand verkaufen wir nichts«, erklärt der Vorstandsvorsitzende *Hans Dangelmaier*. Der Baugenossenschaft geht es nicht um Gewinnmaximierung, sondern darum, preiswerte Wohnungen anzubieten. Zudem

Geschäftssitz der Familienheim Baugenossenschaft in Freiburg — Foto: Beate Förster

wurden Sanierungen durchgeführt, um die Wohnungen in ihrer Qualität heutigen Standards anzupassen.

Dazu paßt, daß sich verschiedene Soziale Einrichtungen im Besitz der Freiburger Familienheim Baugenossenschaft befinden. Dangelmaier erzählt: »Anfang der 50er Jahre war das Haus St.-Luitgard in der Quäkerstraße in Freiburg ein Heim für Mädchen in Berufsausbildung, die nicht jeden Tag nach Hause in den Schwarzwald fahren konnten. Und mit dem Bruder-Klaus-Heim wurde eine Altenwohnanlage erstellt.« Heute gibt es weitere Altenwohnungen in Kollnau. Ladengeschäfte sind dort im Haus integriert. Außerdem gehören Praxen, Werkstätten und Garagen mit zum Unternehmen.

Siedlungswerk als Dachorganisation

Nach dem zweiten Weltkrieg entstanden im Einzugsgebiet der Erzdiözese Freiburg eine Reihe weiterer katholischer Baugenossenschaften. Sie schlossen sich bereits 1947 zum Siedlungswerk Baden mit Sitz in Karlsruhe zusammen. Einige der christlichen Baugenossenschaften, die nach 1945 entstanden waren trugen den Namen »Neue Heimat«. Dieser erschien ihnen in den siebziger Jahren nicht mehr zeitgemäß. Zudem war das gleichnamige Gewerkschaftsunternehmen negativ in die Schlagzeilen geraten. Seitdem heißen die katholischen Baugenossenschaften »Familienheim«.

Unter der Dachorganisation des Siedlungswerks sind mittlerweile 27 selbständige Mitgliedsunternehmen vereint. Das Verbreitungsgebiet reicht in Baden von Heidelberg, Mannheim, Tauberbischofsheim bis ins südliche Lörrach. Seine von Beginn an kleingliedrige Struktur behielt das Siedlungswerk Baden bis heute bei. So können sich Mieter und Eigenheimbewohner als Mitglieder direkt vor Ort, beispielsweise bei Reklamationen, an die zuständigen Personen wenden.

Wandel der Mitgliederstruktur

Familien werden heutzutage immer kleiner. Entsprechend erwerben mittlerweile auch viele Einzelpersonen, sogenannte Singles, eine Mitgliedschaft bei der Baugenossenschaft. Außerdem gehören Aussiedler und Ausländer zunehmend zur Kundschaft der Baugenossenschaft.

Wer in Freiburg eine Wohnung will und die Mitgliedschaft bei der Freiburger Familienheim Baugenossenschaft erworben hat, kann mit Wartezeiten von einem halben bis zu einem Jahr rechnen. Dangelmaier berichtet, daß sich manche Bewerber auch »parken« lassen. Ein Anwärter, der auf der Warteliste steht und eine Wohnung angeboten bekommt, läßt sich dann zurückstellen. Gründe dafür sind oftmals flexiblere Lebensplanungen. Die Folge: eine neue Wohnung bei der Genossenschaft »paßt« zu einem späteren Zeitpunkt besser, zum Beispiel, wenn es sich um eine Altenwohnung handelt.●

HEIMBAU E.G.

Vielfalt in der Gleichheit

Achtzig Jahre und kein bißchen Müde

»Gepflegtes Wohnen« steht im Vordergrund

Das Hauptgeschäft der traditionellen Wohnungsbaugenossenschaft Heimbau e.G. ist die Wohnungsbewirtschaftung. Im letzten Jahr wurde die Zahl von 1.000 Mietwohnungen im eigenen Bestand überschritten. Damit ist die Heimbau eine typische mittelgroße Genossenschaft. Weitere externe Aufgaben sind inzwischen die Verwaltungstätigkeit für andere kleinere Genossenschaften, aber auch für mehrere Eigentümergemeinschaften.

Rüdiger Kopf, Red. Genossenschaften ● Beim Durchschreiten des Torbogens, der die gewaltige Häuserfront unterteilt, erwartet den Besucher ein Innenhof, der dank seiner friedfertigen Ruhe den Betrachter in die Zeiten der Nachkriegsjahre versetzt. Die denkmalgeschützten Häuserfassaden erwecken nicht den Eindruck, daß sich ausgerechnet hier der Sitz einer der aktiven Baugenossenschaften Freiburgs mit hochmodernen Büroräumen befindet.

Orientierung an der Mittelschicht

Seit nun 80 Jahren verfolgen die Mitglieder der Genossenschaft das Ziel, »ein gepflegtes bezahlbares Wohnen oberhalb der Mitte«, erläutert *Hans Keller**, Vorstandsmitglied und Geschäftsführer der Heimbau Freiburg e.G. die Grundsätze des Unternehmens. Dies wurde von Beginn an verfolgt und sprach überwiegend Menschen aus der Mittelschicht an: Angestellte, Beamte und Arbeiter im gehobeneren Dienst. »Wir verlangen lieber 50 Mark mehr Miete und können dafür unseren Mitgliedern ein gepflegtes Wohnen und Umfeld bieten«, begründet der Geschäftsführer die Genossenschaftspolitik.

Die Wohnungen sollen dem Standard der Zeit entsprechen. Daher wurden bereits in den siebziger Jahren die Wohnungen mit Bad und Zentralheizung ausgestattet. »Zu den heutigen Wohnbedürfnissen gehört, daß jede Wohnung einen Balkon hat«, betont Keller. Konsequent werden deshalb bestehende Wohnungen mit Balkonen erweitert. Zudem handelt es sich bei der Heimbau auch um eine Baugenossenschaft im engeren Sinne des Wortes: Die Genossenschaft erstellt Immobilien in Eigenregie. Dabei werden auch für Außenstehende Baumaßnahmen übernommen. Mit dem hier erwirtschafteten Gewinn ist es möglich, gezielt die Mieten der eigenen Häuser zu »subventionieren«.

Einfamilienhäuser als Besonderheit

Überschüsse aus Wohnungsverwaltung für Dritte ermöglichen zusätzlich, die Mieten etwas niedriger zu halten. Der Mittelpreis des Mietspiegel ist dabei der Orientierungshorizont für die Vermietung. Allerdings gibt es Objekte, die bewußt etwas preiswerter gehalten werden. Darunter fallen insbesondere Einfamilienhäuser, die sich nicht immer im Repertoire einer Genossenschaft finden. Diese werden nur an Ehepaare mit mindestens zwei Kindern vergeben, so die vom Vorstand gesteckte Voraussetzung.

Einer der häufigsten Gründe, Mitglied einer Genossenschaft zu werden, ist die Wohnungsnot. Margit Werle, jahrelang schon Bewohnerin eines Einfamilienhauses der Heimbau e.G., betont zusätzlich das bessere Wohnen: »Wo findet man das schon, daß man mit Kindern in der Stadt wohnt und einen eigenen Garten hat.« Allerdings stellen die Einfamilienhäuser gerade mal acht Prozent des Gesamtbestandes. Fast zwei Drittel aller Wohnungen der Heimbau sind Zwei- bis Dreizimmerwohnungen, eine für die heutigen Verhältnisse oft gesuchte Wohngröße.

Wachsende Zahl der Mitglieder

Derzeit ist die Nachfrage nach Wohnungen bei der Genossenschaft nicht unbedingt groß. In Freiburg sorgt das neue Baugebiet »Rieselfeld« für eine bemerkbare Entspannung auf dem Wohnungsmarkt. Dennoch wird von der Heimbau der Bestand kontinuierlich erweitert. Neben der günstigen Situation am Immobilienmarkt, sind gegenwärtig auch die Zinsen sehr niedrig. Gemäß dem Sprichwort: »Spare in der Zeit, dann hast du in der Not«, legt sich die Heimbau e.G. ein »Polster« an: Bei Wohnungen muß über einen langen Zeitraum geplant werden. Schließlich sollen diese einige Jahrzehnte genutzt werden.

Die Idee von Genossenschaften – die ersten wurden um die Jahrhundertwende gegründet – bezeichnet Keller als eine alte Form. Die Grundidee der Interessengemeinschaft, die sich Wohnraum schafft, ist seiner Einschätzung nach aber absolut aktuell. Er sieht hierin für jeden die Möglichkeit, langfristig gut zu wohnen und unabhängig vom Markt zu sein. Indikator für das bestehende Interesse an Genossenschaftswohnungen der Heimbau ist der nach wie vor anhaltende Trend steigender Mitgliederzahlen. Um diesen Trend weiter zu verstärken, will Keller die Idee der Interessengemeinschaft intensiver in die Öffentlichkeit bringen.●

* Hans Keller ist kurze Zeit nach dem Interview als Geschäftsführender Vorstand aus der Genossenschaft ausgeschieden. Seine Vorstellungen die Genossenschaft für die Zukunft auszurichten, harmonierten nicht mit dem Aufsichtsrat und den übrigen Vorstandsmitgliedern.

WOHNUNGSGENOSSENSCHAFT STADT UND FRAU

Haus-Frauen

Wohnqualität für Kinder, Küche und Gemeinschaft

Die Wohnungsgenossenschaft Stadt und Frau in Freiburg verwaltet ein Haus, das nach ihren Plänen gebaut wurde. Sie gehört zu den wenigen Pionierprojekten in der Bundesrepublik, in denen nach architektonische Lösungen für frauengerechtes Wohnen gesucht wird.

Birgit Huber, Red. Genossenschaften ● *Ottilie Hezel-Goldenberg* klopft die Wand ab. »Hier irgendwo muß es sein, ich hab's gleich...« Sie sucht eine hohlklingende Stelle an der Zimmerwand – ein Markenzeichen des von der Wohnungsgenossenschaft *Stadt und Frau* verwalteten Hauses in der Adelheid Steinmann Straße in Freiburg. In dem mehrgeschossigen Wohnkomplex muß nicht alles so bleiben, wie es schon immer war.

Ein Laubengang verbindet die verschiedenen Wohnungen)

Wird eine Wohnung zu klein, zum Beispiel weil eine WG gegründet oder ein Kind geboren wird, kann ein Zimmer von der Nachbarwohnung »zugeschaltet« werden. Wird eine Wohnung zu groß, zum Beispiel weil die herangewachsenen Kinder ihre eigenen Wege gehen, kann ein Zimmer an Nachbars abgegeben werden. Die flexiblen Zimmer unterscheiden sich von anderen nur durch jene hohlklingende Stelle, bauliche Voraussetzung für einen problemlosen Türdurchbruch.

Flexible Wohnstrukturen

»Frauengerechte Wohnungen«, erzählt *Cordula Grafahrend*, wie Ottilie Hezel-Goldenberg Hausverwalterin bei der Frauengenossenschaft, »waren von Anfang an das Ziel des 1990 gegründeten Arbeitskreises *Stadt und Frau*.« Dazu gehören große Wohnküchen, die die Hausarbeit, die noch immer überwiegend von Frauen erledigt wird, durch räumliche Attraktivität aufwertet. Sie sollen diese eben nicht unsichtbar machen, wie das in den üblichen Minikochzellen der Fall ist. Ein Zimmer für sich allein, wie es *Virginia Woolf* einst forderte, ist für jede Frau und jeden Mann vorgesehen. Dadurch können auch Hausfrauen oder -männer nach getaner Arbeit den Aufenthaltsort wechseln.

Außer Haus Erwerbstätige wiederum – noch immer überwiegend Männer – kommen oft heim und entspannen sich vor dem Fernseher. Dafür braucht es nicht den größten und schönsten Raum, beschlossen die Planerinnen von *Stadt und Frau* und strichen das klassische Wohnzimmer kurzerhand aus dem Konzept. Statt dessen gibt es Gemeinschaftsräume, die vom ganzen Haus genutzt werden können. Für Gymnastik, Tanz und Kindergeburtstage, für Arbeitsgruppen und Hausversammlungen, eben für alles, wozu die meisten Wohnungen zu klein sind.

Bauunternehmer als Projektpartner

Gemeinsam werden große Räume bezahlbar. Dachte sich der Arbeitskreis »Stadt und Frau« und ging an die Umsetzung. Dafür bot sich der neue Freiburger Stadtteil »Rieselfeld« an, der sich Anfang der neunziger Jahre noch im Planungsstadium befand. Die Frauen brachten ihre Vorschläge ein und stießen auf Interesse. Ein geeignetes Bauprojekt mit 68 geplanten Wohnungen wurde gefunden, die Wohnungsgenossenschaft *Stadt und Frau* gegründet. Vorerst geschah dies mit wenig Eigenkapital. Deshalb mußte ein Bauunternehmen gesucht werden, um das Projekt zu verwirklichen.

Nach den Entwürfen verschiedener Architektinnen wurden und werden die 68 Wohnungen im Rieselfeld gebaut – mitfinanziert durch diverse Fördertöpfe des sozialen Wohnungsbaus. Der erste Bauabschnitt ist bereits fertig und bewohnt, der zweite wird gerade bezogen und der dritte verbreitet soviel Lärm und Staub, daß an seinem Vorankommen kein Zweifel bestehen kann. 1997 hatte *Stadt und Frau* einen kurzen und entschlossenen Anlauf gestartet, diesen dritten Bauabschnitt selbst zu erwerben und in Eigenregie zu erbauen. Das scheiterte am Kapital, das selten in Händen der Frauen liegt, wie auch in diesem Fall.

Gemeinschaftsflächen innen und außen verbinden das Private mit dem Öffentlichen

Abhängigkeit von Eigentümern

So kommt es, daß die Wohnungsgenossenschaft *Stadt und Frau* auch heute noch ihr Dasein ohne Wohnungseigentum fristet. Ein Umstand, der dazu führt, wie Ottilie Hezel-Goldenberg und Cordula Grafahrend bedauernd feststellen, »daß bei vielen die Luft erst mal raus ist.« Die erste Crew, die überwiegend aus Architektinnen und anderen Fachfrauen bestand, wurde, so scheint es, von den »Realas« abgelöst. Und die haben, nicht ohne den dafür unentbehrlichen Idealismus, im Juli 1998 die Haus- und Mietverwaltung für den bereits bewohnten Teilabschnitt übernommen.

Leichtes Spiel, sollte man denken. Denn diese ersten 20 Wohnungen, werden überwiegend von Genossinnen und Sympathisanten bewohnt, die die Projektidee mittragen und eine Hausgemeinschaft anstreben. Alleinerziehende Frauen, Singles, Familien mit bis zu vier Kindern – die meisten wohnen zur Miete. Die Wohnungen gehören verschiedenen Eigentümern. Und denen wurde vor dem Wohnungskauf von dem Bauunternehmen nur unzureichend vermittelt, daß sie sich hier mitten ins Nest einer Frauengenossenschaft setzen.

Die Mühen der Verwaltung

Wieviele von ihnen so flexibel sein werden, zu ertragen, daß einige Quadratmeter ihres Eigentums aufgrund der Schaltzimmer mal zu dieser, mal zu jener Wohnung gehören, muß sich noch zeigen. Klar ist, daß die frauenorientierten und kollektiven Wohnumtriebe nur solange akzeptiert werden, wie die Rendite stimmt. Das bringt die Hausverwalterinnen von *Stadt und Frau* in die unangenehme Lage, zum Beispiel Mieterhöhungen oder Kündigungen aussprechen zu müssen – Rollen, die ihnen nicht gerade auf den Leib geschrieben sind.

Bei Ottilie Hezel-Goldenberg und Cordula Grafahrend klingen vereinzelt Zweifel an, wieviel ihre derzeitige Tätigkeit noch mit den ursprünglichen Utopien frauengenossenschaftlichen Wohnens zu tun hat. Zumal erste Mängel an der baulichen Umsetzung auftreten, beispielsweise Fenster, die frau nicht putzen kann. Auch gibt es Widersprüche zwischen Theorie und Praxis: Die Aufhebung zwischen Öffentlichem und Privaten, frauenbewegte Grundidee, erweist sich im Ernstfall nicht immer als angenehm und macht den Alltag manchmal schwierig.

Chancen auf mehr Lebensgenuß

Die Genossinnen vergleichen die Realität mit ihren Utopien – die Besucherin vergleicht sie mit herkömmlichen Wohnblocks. Dieser Vergleich fällt allemal positiv aus: Die Holzgalerien rund um das Haus, von denen die knallbunten Wohnungstüren abgehen, bieten Platz zum gemeinsamen Spielen, Wäsche aufhängen, Kaffee trinken. Die barrierefreie Bauweise garantiert auch Rollstuhlfahrerinnen freie Fahrt. Es gibt viele Fenster, hohe Räume, überall Holzfußböden – sogar in einigen Kellerräumen, die gemeinschaftlich zu allem möglichen genutzt werden können. Der Gemeinschaftsraum unterm Dach strahlt freundliche Wärme aus und das Matschfeld rund ums Haus läßt auf einen schönen Garten hoffen.

Ein »Penthäusle« auf dem zweiten Bauabschnitt bietet Wohnraum für ein Seniorenpärchen – in zwei separaten Appartements. So wollten sie es haben und so haben sie es gekriegt. Diese Offenheit für verschiedenste Wohnvorstellungen ist eine Stärke der Wohnungsgenossenschaft *Stadt und Frau* und ein Grund, darauf zu hoffen, daß sie eines Tages doch noch ein Haus in Genossenschaftseigentum überführt.●

MIETERGENOSSENSCHAFT I.G.

Vielfalt in der Gleichheit

Ein Haus wie ein Dorf

Bewohner kämpfen um die Selbstverwaltung »ihres« Hochhauses

Eine Genossenschaft in Gründung ist keine Dauerlösung. Trotzdem wurde die Generalanmietung des Freiburger Hochhauses in der Krozinger Straße 4 durch die Thomas-Armbruster-Mietergenossenschaft vorerst auf unbestimmte Zeit verschoben. Dabei hatten erst kürzlich 75% der Mieter schriftlich einer Übernahme der Vermieterfunktion durch die Genossenschaft zugestimmt.

Inke Suhr, Red. Genossenschaften ● Durch dunkle, enge Eingänge geht es zu den beschmierten Fahrstühlen. Das unwirtliche Treppenhaus ist 14 Stockwerke hoch. Wer hier lebt, huscht in eine der 84 Wohnungen und schließt die Tür hinter sich. Draußen ist feindlich.

Das war früher: Inzwischen hat sich im Hochhaus Krozinger Straße 4 im Freiburger Stadtteil Weingarten einiges geändert. Eine Bewohnergenossenschaft will das Haus übernehmen und Sanierung, Reparaturen und Gartengestaltung selbst in die Hand nehmen. »Es wurde immer schlimmer« erinnert sich der Mieter *Hans Willmann*, »im Fahrstuhl haben sich die Leute nicht angeguckt, keinen hat interessiert, was draußen im Flur passiert«. Und da passiert eine Menge. Ständig werden die Wände vollgesprüht, dreckige Windeln und zerbrochene Flaschen liegen herum.

Hohe Mieterfluktuation

Auch der bauliche Zustand des Hauses ist schlecht. »Im Winter wurde meine Wohnung überhaupt nicht mehr warm, so zog es durch die Fenster«, empört sich Willmann, »die Feuchtigkeit sammelt sich auch zwischen den Scheiben und macht die Fenster blind«. Ein Drittel der Mieter klagt über Schimmel an den Wänden und hartnäckiges Ungeziefer in der Wohnung. Die Unzufriedenheit führte zu einem ständigen Wechsel der Mieter. Allein im Jahr 1995 zog jeder Fünfte aus. Die leerstehenden Wohnungen wurden mit Mietern aus der Notfallkartei des Sozialamtes besetzt, mit Mietern, die auf dem normalen Wohnungsmarkt keine Chancen hatten. Überbelegte Wohnungen, fehlende Freizeitmöglichkeiten für Kinder, das enge Miteinander verschiedener Nationalitäten und der marode Zustand des Hauses – die Mieter fühlen sich von der städtischen Siedlungsgesellschaft, der das Haus gehört, im Stich gelassen. Vandalismus an Briefkästen und der Treppenhausbeleuchtung ist an der Tagesordnung.

Da solche Zustände im Stadtteil kein Einzelfall sind, gründete sich schon 1987 der Verein *»Forum Weingarten«*. Die Leute wollen sich einmischen und für mehr Lebensqualität kämpfen. Ein Stadtteilbüro solle die Bewohner dazu ermutigen, ihre Anliegen selber in die Hand zu nehmen. Verschiedene Initiativen wurden gestartet: Die »Spieloffensive« kämpfte für einen Erlebnisspielplatz und eine kindergerechte Gestaltung der Grünanlagen, Verkehrsberuhigungen wurden durchgesetzt, Sozialarbeiter engagiert, politische und kulturelle Veranstaltungen organisiert.

Der gescheiterte Traum

Nachdem der Stadtteil zum Sanierungsgebiet erklärt worden war, standen Mieterhöhungen bevor. Außerdem gab es Pläne der Verwaltung, die Wohnungen als Eigentumswohnungen zu verkaufen. In der Krozinger Straße 4 hatten die Bewohner weder das nötige Geld, noch die Bereitschaft, es für Wohnungen in solch einem Zustand auszugeben. Um trotzdem über ihr Haus entscheiden zu können, gründeten sie eine Mietergenossenschaft. Die Genossenschaft sollte das Haus kaufen und die Mißstände in den Griff bekommen.

Im April [illegible] konnten auf der Gründungssitzung über ein Viertel der Mieter als Genossenschaftsmitglieder gewonnen werden. Die Genossen rührten kräftig die Werbetrommel und können mit *Gernot Erler* auch einen prominenten SPD-Politiker als Mitglied vorweisen. Trotzdem gestalteten sich die Kaufverhandlungen mit der städtischen Siedlungsgesellschaft schwierig. »Die haben uns überhaupt nicht ernst genommen, als wir denen die Einladung zu unserer Gründungssitzung geschickt haben«, erinnert sich *Michelina Palmisano*, Mieterin und Genossenschaftsmitglied der ersten Stunde. Im Haus allerdings kam die Idee gut an. »Wenn was läuft, kommen alle«, merkten die Genossen. 60 Prozent der Bewohner traten der Genossenschaft bei. Erste Selbsthilfemaßnahmen wurden ergriffen, der Fahrstuhl gestrichen und Hausfeste und Veranstaltungen organisiert. Der Kauf kam trotzdem nicht zustande. Die Mieter brachten die geforderte Summe von vier Millionen Mark nicht auf. »Um so ein Projekt durchzustehen, braucht man viel Engagement und Beharrlichkeit«, deutet *Annette Brox* vom Stadtteilbüro Weingarten die Stimmung bei den zähen Verhandlungen an. Die Mieter formulieren drastischer: »Wir waren ganz schön fertig«.

Ersatzlösung Generalmietvertrag

Trotzdem wurde eine Kompromißlösung gesucht: Die Genossenschaft verhandelte einen Generalmietvertrag, laut dem sie das Haus für 30 Jahre übernehmen kann. Da 75 Prozent der Mieter für die Genossenschaft stimmten, hätte der Mietvertrag ab April in Kraft treten können. Dafür braucht die Genossenschaft aber genug Geld. 65.000 Mark haben die Mitglieder schon selber aufgebracht, für noch einmal soviel suchen sie externe Anleger. »Wir brauchen dringend Unterstützung«, beschreibt Brox die festgefahrene Situation.

Bei der angelaufenen Sanierung reden die Genossen trotzdem schon ein wichtiges Wörtchen mit. Als die Wünsche der Mieter nach wintergartenähnlicher Verglasung der Balkone als angeblich technisch nicht machbar abgelehnt wurden, suchten sie einen eigenen Architekten. Heute führt Hans Willmann stolz die ersten faltbaren Fenster vor. »Vieles können wir ja auch selber machen, zum Beispiel Malerarbeiten und den Garten neu anlegen«, erklärt er. Damit sparen die Genossen eine Menge Geld, so daß der Modernisierungsaufschlag niedriger ausfällt.

Vorerst ist allerdings auch das Anmieten des Hochhauses durch die Genossenschaft gescheitert. Hintergrund dafür ist zum einen die geringe Eigenkapitalzeichnung, die mit 65.000 DM nur etwa die Hälfte des benötigten Startkapitals ausmacht. Entscheidender sind aber viele Unstimmigkeiten mit der Freiburger Siedlungsgesellschaft. Sie will weder die bestehenden angezeigten Mängel in den Wohnungen beseitigen noch die Mietausfälle für die derzeitig verstärkt leerstehenden teuren Zweizimmerwohnungen tragen. Auch eine Beteiligung an den Kosten für deren Umbau, durch den sich die Vermietbarkeit verbessern ließe, lehnt sie ab. Die Folge: Steigt die Genossenschaft in den Mietvertrag ein, wäre das Eigenkapital in kürzester Zeit aufgezehrt, ohne das sich eine Verbesserung der Situation absehen läßt.

Viele kleine Erfolge

Dennoch sind die Bewohner auf die bisherigen Ergebnisse ihres Engagements stolz. Schließlich kann sich auch die Genossenschaft in Gründung die neuen Mieter selbst aussuchen. Wenn die Genossenschaft es schafft, das Haus zu übernehmen, dürften dies zukünftig eine geringere Fluktuation bedeuten. Zumindest in den ersten Jahren der Gründung zogen viel weniger Mieter aus. »Einiges ist bereits besser geworden«, erzählt Hans Willmann, »so ein Hochhaus ist ja wie ein kleines Dorf. Natürlich gibt es Probleme, aber die Leute müssen darüber reden. Wir passen jetzt auf unser Haus auf«. ●

GENOVA WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFT VAUBAN E.G.

Die Mühen der Ebenen

Ökologisch-soziales Bauen läßt sich verwirklichen

Aus der Idee ist inzwischen ein konkretes Projekt geworden: Seit dem 8. September 1998 baut die GENOVA Wohngenossenschaft Vauban e.G. erfolgreich die ersten beiden Häuser mit 36 Wohnungen. Zehn davon sind Sozialwohnungen, die an Mitglieder vermietet werden. Von der Stadt Freiburg wurden zwei Grundstücke zu Marktpreisen (800 DM/qm) gekauft. Bei einer Geschoßflächenzahl von ca. 1,4 entstehen 3.150 qm Wohnfläche und ein Gemeinschaftshaus mit 50 qm. Im August 1999 wird der Einzug gefeiert.

Andrè Heuss, Red. Genossenschaften ● Gegründet wurde die GENOVA Wohngenossenschaft Vauban e.G. im Jahre 1997. Ihr Ziel ist im Modellstadtteil Vauban in Freiburg im ersten Bauabschnitt 36 Wohnungen zu erstellen. Bis zur Fertigstellung des gesamten Stadtteils im Jahr 2005 sollen weitere 80 Wohnungen dazukommen. Die meisten Mitglieder haben von Beginn an den Aufbau der Wohnungsbaugenossenschaft aktiv vorangetrieben: Nach einer intensiven Satzungsdiskussion wurde ein Finanzierungskonzept erarbeitet und schließlich die Genossenschaft von 90 Mitgliedern gegründet. In seiner Satzung ist das Unternehmen verpflichtet, nur auf dem Vaubangelände zu bauen.

Die GENOVA knüpft an die klassisch genossenschaftlichen Ziele der Selbstverantwortung, der Eigenarbeit, des gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens und der Bildung von Gemeinschaftseigentum an. Akzente werden vor allem beim Zusammenwohnen von Jung und Alt gesetzt: Eine weitgehend barrierefreie Bauweise ermöglicht ein selbständiges Wohnen bis ins hohe Alter und fördert Generationen übergreifendes Wohnen.

Vielfalt an Lebensformen

Nicht nur Menschen verschiedenen Alters, sondern auch in unterschiedlichen Lebensformen leben in der Genossenschaft zusammen. Darunter gibt es einzelne, die sich Wohneigentum leisten wollen, und andere, die dies nicht können oder anstreben. Auch sozial und finanziell Benachteiligte werden in das Projekt integriert. Die Vielfalt bringt Vorteile, birgt aber auch Konfliktstoff. Neigungen und Fähigkeiten können sich ergänzen, freiwillige Nachbarschaftshilfe nützt den Bewohnern. Bei Konflikten werden Konsenslösungen angestrebt.

Möglich ist ein solch aufwendiges und kompliziertes Projekt nur, weil sehr viele zu seinem Gelingen beitragen. Das bedeutet die Mitwirkung und gleichberechtigte Mitbestimmung bei der Planung und Gestaltung. Gleichzeitig übernimmt jeder einen Teil der Verantwortung durch persönlichen und finanziellen Einsatz: Die Risiken des Projekts wurden von Anfang an gemeinsam getragen.

Ökologisches Baukonzept

Grundlage der gemeinsamen Aktivitäten ist ein kostengünstiges, ökologisches Baukonzept. Entsprechend sollen die Baustoffe gesundheitsfördernd, energie- und ressourcenschonend sein. Ein verbesserter Niedrigenergiestandard (unter 40 kWh/qma nach Wärmeschutzverordnung) trägt zum Klimaschutz bei. Auch werden Konstruktionen entwickelt, die flexibel sind und Fläche sparen. Das verkehrsreduzierte Konzept des Stadtteils Vauban mit kurzen Wegen und guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr fördert wohnen ohne eigenes Auto: Von den 36 Haushalten des ersten Abschnitts wohnen 35 ohne eigenes Auto.

Der Kostenrahmen des ersten Abschnittes ermöglicht, eine Reihe von Maßnahmen des ökologischen Bauens umzusetzen. Neben einer solarthermischen Anlage und der Regenwassernutzung sind dies vor allem ressourcenschonende Baustoffe (z.B. Kalksandstein, Gipsdielen, Holzfassaden, Holzfenster und Holzfußböden) und der Verzicht auf Verbundwerkstoffe und PVC. Als Beitrag zum aktiven Klimaschutz wird der in Freiburg-Vauban vorgeschriebene Niedrigenergiestandard um 20% unterschritten.

Der erste Bauabschnitt mit Solaranlage und Niedrigenergiestandardkurz vor der Fertigstellung

Beteiligung an der Planung

Schon im Planungsprozeß bestimmen die Bewohner aktiv mit. Organisiert wird dies in Bewohnerversammlungen, Arbeitskreisen, im Genossenschaftsrat und durch Vertreter der Bewohner im Projektsteuerungsteam. Dabei gilt es so manches Spannungsverhältnis zwischen Ökologie und persönlichen Anspruch zu lösen. Ökologisches Bauen und Leben erweist sich so als gemeinsamer Lernprozeß. Auch zwingen baurechtliche, technische und finanzielle Rahmenbedingungen auf dem Weg zur Verwirklichung der ökologischen und sozialen Ziele dazu, Kompromisse zu schließen.

Wichtiges Element im Planungsprozeß ist die gleichberechtigte Mitbestimmung der späteren Bewohner bei zahlreichen Fragen der Gestaltung. Sowohl die Architektur (Stellung und Gestaltung der Baukörper, Fassaden, Farben etc.) als auch die Ausgestaltung der einzelnen Wohnungen (Grundrißaufteilung, Badgestaltung, Fußböden usw.) waren Themen. Das Gesamtbauwerk verteuernde individuelle Lösungen wurden nur begrenzt berücksichtigt: Wenn Bewohner vom Standard abweichend z.B. ein zusätzliches Bad oder eine andere Holzsorte beim Holzfußboden wünschen, wird dies realisiert. Für die Mehrkosten erfolgt aber eine separate Rechnungsstellung.

Gemeinschaftsstützende Architektur

Von der Architektengruppe P.I.A. aus Karlsruhe wurde ein sehr flexibles Grundrißkonzept entwickelt. Die Geschosse sind aufgeteilt in sogenannte Kernbereiche mit Bad und Küche und Schaltzimmer, die je nach Einigung der einzelnen Haushalte der einen wie der anderen Wohnung zugehören können. Durch Unterschiede in der Größe der Kernbereiche und unterschiedlicher Zuteilung der Schalträume werden Wohnungen zwischen 45 und 120 qm Wohnfläche mit ein bis fünf Zimmer realisiert. Die Verbindung übereinander liegender Wohneinheiten ermöglichen zwei 145 qm große Maisonettewohnungen.

Fortsetzung nächste Seite

WOHNUNGSBAUGENOS IN DEUTSCHLAND

Vielfalt in der Gleichheit

Generationsübergreifendes gemeinschaftliches Eigentum

Von der Reaktion auf Wohnungsnot zur Gruppenversorgung für Selbstnutzer

Die Idee genossenschaftlichen Wohnens wurde und wird von den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppierungen aufgegriffen. Arbeitervereine, Kommunen, Kirchen, Parteien, Post, Bahn und viele andere Träger und Gruppen haben Wohnungsbaugenossenschaften gegründet und geprägt. Auch heute ist die Vielfalt neuer Ansätze riesig. Gemeinsames Kennzeichen sind das demokratische Prinzip, ein »Mensch eine Stimme«, und der Fördergedanke: Nicht die Kapitalverwertung, sondern preisgünstiges, soziales und/oder ökologisches Wohnen stehen im Vordergrund.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Insgesamt gibt es rund 36 Millionen Wohnungen in Deutschland. Von diesen sind 40% selbstgenutztes, individuelles Eigentum. Von den Mietwohnungen wiederum befinden sich 10% der 22 Millionen in der Hand von Genossenschaften: Rund fünf Millionen Menschen leben in Genossenschaftswohnungen. Meistens gehören sie zu den mittleren und unteren Einkommensgruppen. Denn die Durchschnittsmieten sind dort niedriger als in kommunalen Wohnungen, die schon niedriger liegen als in herkömmlichen Mietwohnungen. Gleiches gilt für die Mietnebenkosten.

Laut Statistik des Bundesverband Deutscher Wohnungsunternehmen (GdW) bewirtschaften die 2.020 Wohnungsbaugenossenschaften in Deutschland mit 3,3 Millionen Mitgliedern rund 2,2 Millionen Genossenschaftswohnungen. Für sie gilt der Mietvertrag als Dauernutzungsvertrag. Da der Dauernutzungsvertrag so gut wie unkündbar ist, genießen die Mitglieder einen besonders ausgeprägten Mietschutz. Seit 1949 wurden zudem zwischen 500.000 und 600.000 Wohnungen von Wohnungsbaugenossenschaften als Neubauwohnungen in Form von Eigentumswohnungen erstellt.

Ehrenamtliches Engagement

Die 2.020 Wohnungsbaugenossenschaften lassen sich in große und kleine unterscheiden. Das ist insofern wichtig, weil sich erst ab einer bestimmten Größe, etwa 700 bis 800 Wohnungen, eine kleine Geschäftsstelle trägt. Etwa 1.000 kleine Wohnungsbaugenossenschaften haben weniger als 500 Wohnungen in ihrem Bestand. 300 von diesen verfügen sogar über unter 100 Wohnungen. Bei dieser Größenordnung gehört viel Selbstverwaltung und ehrenamtliches Engagement zur Selbstverständlichkeit, da hier eine professionelle, bezahlte Geschäftstätigkeit aus Kostengründen normalerweise ausgeschlossen ist.

Die ersten Wohnungsbaugenossenschaften entstehen schon vor der Jahrhundertwende seit dem Jahr 1862. Auch in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg gründen sich zur Bewältigung der Wohnungsnot erneut viele genossenschaftliche Wohnungsunternehmen. Anschließend kommen die Gründungen praktisch zum erliegen. Neugründungen sind dann vereinzelt wieder Ende der siebziger bzw. Anfang der achtziger Jahre im Zusammenhang mit den neuen sozialen Bewegungen zu beobachten. Andere Formen des Umgangs mit Eigentum und des Zusammenlebens stehen hier als Motive im Vordergrund. Wegen des hohen Kapitalbedarfs hält sich deren Zahl aber sehr in Grenzen. Zentren dieser Gründungen sind Großstädte wie Berlin und Hamburg.

Das Eigenheimzulagegesetz

Erst nach 1990 zeichnen sich neue Entwicklungen ab. In Ostdeutschland paßten sich 800 genossenschaftliche Wohnungsunternehmen an das bundesdeutsche Genossenschaftsrecht an. Außerdem müssen die Kommunen aus ihrem Wohnungsbestand 15% in Form privaten oder genossenschaftlichen Eigentums »privatisieren«. Gleichzeitig werden einige ehemalige Werkswohnungen in Wohnungsbaugenossenschaften transformiert. Auf diese Weise sind in der Zeit zwischen 1991 bis 1997 rund 120 neue Wohnungsbaugenossenschaften zu verzeichnen, vorwiegend in den neuen Bundesländern.

Diese kleine Gründungswelle setzt sich zwei Jahre lang auch in Westdeutschland fort, weil nach dem 1. Januar 1995 gegründete Genossenschaften staatliche Bauförderungen in Anspruch nehmen können. Viele Politiker feierten deshalb den § 17 Eigenheimzulagegesetz als Durchbruch. Erstm[illegible] ist es seitdem möglich, daß ein Mitglied, das Genossenschaftsanteile erwirbt, hierfür auch eine Zulage des Staates bekommt.

Die entsprechenden Bestimmungen sehen vor, daß Genossenschaftsanteile ab 10.000 DM bis maximal 80.000 DM eine jährlich[illegible]prozentige Grundförderung für acht Jahre erhalten. Zusätzlich wird in dieser Zeit pro Jahr eine Kinderzulage in Höhe von 500 DM pro Kind gewährt. Die Gesamtförderung einschließlich der Kinderzulage darf die Summe der gezeichneten Anteile allerdings nicht überschreiten. Sie beläuft sich im Minimum bei der Anteilszeichnung von 10.000 DM auf 2.400 DM, bei 80.000 DM auf 19.200 DM. Mit der Kinderzulage liegt bei zwei Kindern je nach Höhe der erworbenen Anteile die Verzinsung bei rund 13%.

Ermöglichung von Spekulation

Auf den ersten Blick werden die Chancen kollektiver Selbsthilfe hierdurch gestärkt. Verbunden mit der Förderung ist allerdings die Verpflichtung, in die Satzung das Recht auf Einzeleigentum aufzunehmen. Die genossenschaftliche Idee der Eigentumsbindung ohne Spekulation wird auf diese Weise unterlaufen. In der ersten Phase beschäftigte viele überzeugte Genossenschafter deshalb die Frage, ob die Eigentumsorientierung in Kauf genommen werden dürfe oder nicht.

Eines der ersten Häuser der Familienheim Baugenossenschaft aus dem Jahre 1930 in der Komturstraße/Rennweg (siehe hierzu Seite 6) Beate Förster

Anfang 1998 umfaßt die Anzahl der Neugründungen schließlich 145, überwiegend eigentumsorientiert. Viele von ihnen werden allerdings davon überrascht, daß zu Beginn des Jahres 1998 die Bedingungen für die Eigenheimzulage nur noch auf in der jeweiligen Genossenschaft wohnende Mitglieder beschränkt ist. An die vierzig Initiati[illegible] brachen deshalb die Gründung wieder ab, so daß zur Zeit in Westdeutschland etwas über 100 neue Wohnungsbaugenossenschaften existieren, von denen 50 eigentumsorientiert sind.

Grundsätzlich ist die Eigentumsor[illegible]tierung nicht als genossenschaftswidrig abzulehnen. Historisch betrachtet, bauten Genossenschaften neben Mietwohnungen immer auch für privates Wohneigentum. Insofern muß diese neue Gründungswelle nicht als Verstoß gegen den Genossenschaftsgedanken angesehen werden. Vom GdW selbst wird allerdings der genossenschaftliche Wohnungsbau präferiert, der generationsübergreifendes gemeinschaftliches Eigentum schafft.

Altengerechter Wohnungsbau

Alten- und behindertengerechter Wohnungsbau ist schon seit längeren ein Schwerpunkt des genossenschaftlichen Wohnens. Hintergrund dafür stellt das sogenannte Dauernutzungsrecht dar, das die Mitglieder weitgehend unkündbar macht. Dadurch tritt bei älteren Wohnungsbaugenossenschaften fast immer eine Überalterung ihrer Bewohner auf. Die durchschnittliche Überalterung (Alterspyramide) ist schon so weit fortgeschritten, wie sie die bundesdeutsche Gesellschaft erst im Jahre 2.030 erreichen wird. Deshalb ist in den letzten fünf bis zehn Jahren schon viel für die Versorgung und Pflege von älteren und behinderten Mitgliedern getan worden.

Dagegen findet ökologisches Bauen in den meisten traditionellen Wohnungsgenossenschaften kaum seinen Niederschlag. Die Mehrheit des Bestandes sind mehrgeschossige Häuser für finanziell schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen. Der Durchschnittsbestand ist deshalb teilweise schon relativ alt. Wurde doch die älteste noch bestehende deutsche Wohnungsbaugenossenschaft bereits 1871 in München gegründet. Über 100 Wohnungsbaugenossenschaften feierten schon ihr Hundertjähriges. Vor diesem Hintergrund besteht eine ökologische Orientierung nur bei einzelnen Projekten.

Bodenreformerische Wirkungen

Die Mieten in den meisten Genossenschaften erweisen sich als sehr günstig. Sie verfügen teilweise über Altbauwohnungsbestände aus der Vorkriegszeit. Diese sind fast durchweg entschuldet. Für den Neubau liegen die Kosten allerdings in etwa ähnlich hoch wie bei anderen Unternehmen. Aufgrund der bei den Genossenschaften üblichen Kostenmiete gibt es deshalb starke Differenzierungen von DM 3,00 bis weit über DM 10,00 Grundmiete. Durch den umfangreichen Altbaubestand liegen die Mieten bei den Wohnungsgenossenschaften im Durchschnitt jedoch bei DM 6,50 ohne Nebenkosten. Weil die Bestände so lange gehalten werden, kommt es nicht zu preissteigernden Wirkungen auf Grund und Boden und damit auf die Miete. Darin liegt grundsätzlich auch ein bodenreformerisches Element.●

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Alle Wohnungen werden über Laubengänge erschlossen. Sie sind fast immer über einen Aufzug für beide Häuser barrierefrei erreichbar. Durch die Einbeziehung von Gemeinschaftsräumen wie Gemeinschaftshaus, Gästezimmer, Waschküche etc. konnte der individuelle Wohnflächenbedarf vermindert und gleichzeitig Wohnqualität gewonnen werden: Die kompakten Baukörper genügen dem Anspruch flächensparenden Bauens.

Kreative Finanzierung

Die Gesamtkosten für Bauabschnitt eins einschließlich Grundstück, Bau- und Planungskosten, Stellplätze, Bauzeitzinsen, Verwaltungskosten betragen ca. 10,5 Mio. DM. Die Finanzierung weist einen hohen Eigenkapitalanteil von rund 45% aus. Das Eigenkapital besteht vor allem aus Genossenschaftsanteilen, ergänzt durch Eigenleistung und Zuschüsse. Die Bewohnerinnen und Bewohner müssen bei der Bewerbung um eine Wohnung 30.000 DM Anteile einzahlen. Nach sechs Nutzungsjahren weitere 30.000 DM.

Die Sozialwohnungen werden vom Land mit einem zinsverbilligten Darlehen und von der Stadt mit einem Kaufpreisabschlag beim Grundstückspreis von 25% gefördert. Dieses Darlehen macht ca. 15% der gesamten Finanzierungssumme aus. Weitere 35% werden über das KFW Programm CO 2 Minderung finanziert. Die Miete variiert einkommensabhängig zwischen 9,25 DM/qm und 13,50 DM/qm Kaltmiete.

Im Februar 1998 wurde sehr kurzfristig die erst 1996 eingeführte Genossenschaftsförderung nach § 17 Eigenheimzulagengesetz abgeschafft. Die ursprünglich vorgesehene Eigenkapitalbeschaffung mit Genossenschaftseinlagen erfuhr so einen harten Einschnitt. Entsprechend ist die GENOVA gezwungen, ihr Finanzierungskonzept zu erweitern. Im zweiten Bauabschnitt werden etwa 50% der Wohnungen zwar von ihr gebaut, dann aber an selbstnutzende Eigentümer verkauft. Das erweiterte Konzept sieht den Verkauf der Wohnungen zu den Erstellungskosten bei gleichzeitiger wirksamer Vermeidung von Spekulation vor: Im Falle des Auszugs des Selbstnutzers greift eine grundbuchlich gesicherte Rückkaufsregelung zu festgelegten Preisen zu Gunsten der Genossenschaft.●

LEITFADEN

Abfälle beim Bauen vermeiden

Mehr als die Hälfte der 285 Millionen Tonnen Abfälle, die in der Bundesrepublik jährlich anfallen, entstehen im Baubereich. Durch das seit Oktober 1996 in Kraft getretene Kreislaufwirtschaft- und Abfallgesetz bleibt dies nicht ohne Konsequenzen. Dort wird vorgeschrieben, daß der Vermeidung von Abfällen der höchste Stellenwert einzuräumen ist, auch vor der Wiederverwendung und Wiederverwertung von Stoffen. Ein aktuell erschienener Leitfaden erleichtert die Vermeidung von Abfällen im Wohnungsbau.

Themenschwerpunkte sind Nachhaltiges Bauen, Baustoffwahl und Transportwege, Verpakkungen, Entsorgung unvermeidbarer Abfälle und Konzepte integralen Abfallmanagements. Hilfreiche Tips und Hinweise für alle Planungs- und Bauphasen werden anschaulich dargestellt. Ansprechpartner des Leitfadens sind öffentlich rechtliche Körperschaften des Entsorgungsbereichs, Umweltministerien und -ämter, Verbände der Architektur und des Handwerks sowie die eigentlichen Bauherren. Der »Leitfaden Abfallvermeidung beim Bauen« kann kostenlos (gegen Versandkosten bei bis zu fünf Exemplaren DM 7,--) bestellt werden:
Forum Vauban e.V., Merzhauser Straße 170/37, D-79100 Freiburg.

Burghard Flieger

Anzeige

Neue Arbeitsplätze im Dritten Sektor

In der Diskussion um die Zukunft der Arbeitswelt richten sich vielfältige Hoffnungen auf die Beschäftigungspotentiale des Dritten Sektors. Die Tagung informiert über Perspektiven des Dritten Sektors in Europa und will politischen Akteuren konkrete Vorschläge zur Stärkung dieses Bereiches unterbreiten.

Freitag, 3. 9., und Samstag, 4. 9. 1999
Deutsches Architektur Zentrum
Köpenicker Str. 48/49, 10179 Berlin
Um Anmeldung wird gebeten
Tel. 030-28534-211, Fax -109, E-Mail: reiter@boell.de

Eine gemeinsame Veranstaltung von: Heinrich Böll Stiftung, Bertelsmann Stiftung, Koordinierungsstelle Ost-West der BAG Arbeit, die tageszeitung (taz) und InDiCo3

BEWEGUNGSARCHIVE – MEHR ALS LINKE ALTPAPIERSAMMELSTELLEN

Die Gedächtnisse der Bewegung

Linke und soziale Bewegungen sind – dies unterscheidet sie von Organisationen oder gar Parteien – schnellebig. Was vor fünf oder sechs Jahren aktuell und heiß debattiert war, ist heute meist schon wieder vergessen oder für sich heute Politisierende unbekannt. Erst recht gilt das für weiter zurückliegende Ereignisse oder Debatten. Ein kollektives Gedächtnis bildet sich kaum aus, die Vermittlung historischer Ereignisse sozialer Bewegungen verbleibt in individueller Hand – kenne ich jemand der mir was erzählt, habe ich Glück, wenn nicht, habe ich eben Pech.

von Bernd Hüttner

Die Geschichtslosigkeit der Linken ist also so notorisch wie bekannt, der Zugriff auf ältere Dokumente fast unmöglich, Jüngere machen die Fehler der Alten, ohne die Geschichte zu kennen. Zwar gibt es immer wieder Ansätze der Geschichtsvermittlung und einige Bücher, die eine Geschichtsschreibung versuchen (und damit auch festschreiben) (1), der Reichtum an Erkenntnissen bleibt unaufgearbeitet, ebenso die kollektive Diskussion *individueller* befreiender und verletzender Erfahrungen, die wir gemacht haben (2).

Gleichzeitig ist die bislang in der Linken produzierte Textmenge riesig und unüberschaubar. Wo ist sie zugänglich? Kein Privatmensch hat Platz für die Aufbewahrung auch nur eines Teils dieses Papierberges. Wer Zeitschriften aufbewahrt, gilt schon fast als komischer Kauz und als gründlicher Sammler und Aufbewahrer muß man sich von anderen beim Anblick der Buchreihen immer mal wieder den Standardspruch »Hast du das alles gelesen?« anhören, denn man natürlich wahrheitsgemäß verneint.

Aber manchmal sucht man oder frau doch einen bestimmten Text, möchte wissen, wann denn jetzt diese und jene Demo, Kampagne oder Debatte war oder was es denn mit den Ford-Streiks 1973 oder der Anti-IWF-Kampagne 1987/88 auf sich hat. Oder frau möchte wissen, welche Adresse denn die Schweizer Frauenzeitschrift »Emanzipation« hat, aus der ein Text in einem anderen, gerade gelesenen Artikel zitiert wird. Dann gibt es, wenn man selbst die gewünschte Information nicht griffbereit hat, nur die Möglichkeit, sie anderswo zu suchen. Dies können zum einen das Internet (das für Recherche-Zwekke immer wichtiger werden dürfte) oder auch politische MitstreiterInnen und FreundInnen sein. Erfolgversprechender sind Institutionen, die sich für die Sammlung von solchem Material zuständig erklären. Sie dokumentieren die Geschichte sozialer Bewegungen und Kämpfe, zumindest in ihren die Totalität ja bei weitem nicht erfassenden schriftlichen Ausdrücken. Sie sind jenseits der persönlichen Erinnerung von Einzelpersonen oder der Zeugnisse dritter (etwa der Staatschutzbehörden oder der herrschenden Presse) die Quellen der Geschichtsschreibung. Oder sind Bewegungsarchive doch nur riesige linke Altpapiercontainer, die niemandem nutzen?

Archive

Die Archive die hier interessieren, sind zu unterscheiden in Bewegungsarchive und Uni-Bibliotheken bzw. ähnliche, institutionalisierte Archive. Sie unterscheiden sich in inhaltlicher Ausrichtung, institutioneller Unabhängigkeit und Sammelschwerpunkten erheblich.

Bewegungsarchive – Sie zählen sich meist in ihrem Selbstverständnis zur im weitesten Sinne sozialen und linken Bewegung, von ihnen gibt es ungefähr zwei Dutzend in Deutschland und weitere in Österreich und der Schweiz. Sie sammeln nahezu alles zu ihren Themen und verfügen, da diese am einfachsten zu archivieren sind, über einen relativ großen Bestand an Zeitschriften; meist auch an Büchern, Flugblättern und Plakaten. Wer also eine bestimmte Quelle, z.B. eine bestimmte alte Zeitschriftenausgabe sucht, hat gute Karten. Wer sich mit dem Wunsch »Kopiert mir alles zu Anti-Akw-Bewegung« an ein Bewegungsarchiv wendet, macht sich die Archivleute nicht zum Freund. Kontaktaufnahme ist am besten persönlich vor Ort angeraten. In jedem Archiv kann auch mitgeteilt werden, ob und wo es noch andere gibt.

Feministische Bewegungsarchive – Das größte Frauenarchiv Deutschlands soll sich beim Feministischen Forschungs-, Bildungs- und Informationszentrum (FFBIZ) in Berlin befinden. Seit 1978 werden dort Dokumente zu Frauenleben und -wirken in Berlin, der Bundesrepublik und der Welt gesammelt (Danckelmannstrasse 15 und 47, D-14059 Berlin). *belladonna* in Bremen verfügt über ein großes Archiv (Sonnenstrasse 8, D-28203 Bremen). In Kassel befindet sich *Ariadne*, das Archiv der deutschen Frauenbewegung (Sommerweg 1, D-34125 Kassel), ein Feministisches Archiv gibt es in Freiburg (Adlerstrasse 12, D-79098 Freiburg) und in Bonn (Dorotheenstr. 20, D-53111 Bonn. Den Schwerpunkt »Frauen und Dritte Welt« hat *Frauen-Solidarität*, die gleichnamige Zeitschrift und Bibliothek (Berggasse 7, A-1090 Wien, Email: fsoli@magnet.at).

Institutionalisierte Archive und Bibliotheken – Universitätsbibliotheken haben meist einen annehmbaren Bestand an linker Literatur. Da das Sammeln von Literatur aus akademischer Produktion zu ihren Aufgaben gehört, verfügen sie hierzu über große Bestände. Wenn man oder frau also ein Buch sucht, ist der Gang zu einer Universitätsbibliothek erfolgversprechender, als der in ein Bewegungsarchiv. Desweiteren gibt es Spezialarchive zu sozialen Bewegungen: Die Freie Universität Berlin soll über ein *APO-Archiv* verfügen und in Stuttgart unterhält die Bibliothek für Zeitgeschichte eine Sammelstelle für unkonventionelle Literatur (Gaisburgstrasse 4a, D-70182 Stuttgart) und sammelt dort einschlägiges, nach 1968 erschienenes Material. Ein weites Feld sind die themenspezifischen Archive. Von ihnen gibt es eine unüberschaubare Anzahl, deswegen seien hier nur einige ausgewählte genannt. Für Internationalismus z.B. lohnt eine Anfrage beim *Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen* (BUKO) (Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg). Das BUKO-Archiv ist Teil des 1998 gegründeten Netzwerkes der Nord-Süd-Archive. Beide bieten einen Kopierservice gegen Unkostenerstattung an. Das Hamburger *Institut für Sozialforschung* verfügt über ein Archiv und eine Bibliothek, die vor allem Material zu Nationalsozialismus, Gründung der BRD, Gewalt und Zivilisation (Bibliothek) bzw. Protest, Widerstand und Utopie in der Bundesrepublik (Archiv) sammeln (Mittelweg 36, D-20148 Hamburg, www.his-online.de). Das HIS-Archiv verfügt über eine Vielzahl an Material aus der Zeit vor 1968.

Auch viele andere Einrichtungen verfügen meist unbekannterweise über ein Archiv. Dies können Infoläden, Zeitschriftenredaktionen, Eine-Weltläden, Frauenzentren oder Organisationen sein. Meist freuen sie sich über Nachfragen. Die Nutzung der Bewegungsarchive ist unterschiedlich, wird das eine sehr viel von heute politisch aktiven genutzt, berichten andere, daß sie nur dann aufgesucht werden, wenn die Geschichte sozialer Bewegungen, und damit die eigene Geschichte oder Praxis, an der Universität Thema ist, und die InteressentInnen Material für ihre Hausarbeit suchen. Alle Archive suchen noch Material. Zuviel wird von Privatmenschen und Institutionen einfach sang- und klanglos weggeworfen, findet nicht den Weg in ein Archiv und ist damit als Quelle verloren. Gerade ältere und/oder seltene Publikationen (ja genau, die Frauenzeitschrift bei der sie von 1983 bis 1986 mitgemacht haben), oder jene mit nur lokaler Verbreitung, sind begehrt.

Antiquariate

Informationen aus Büchern, die heute nicht mehr im Handel sind und die mensch besitzen will – kann in Archiven ja oft nicht einmal Material ausgeliehen werden – können über Antiquariate beschafft werden. Sie verkaufen gebrauchte, vergriffene und noch im Handel befindliche Bücher und sind aber für die zielgerichtete Suche eher nutzlos, ist doch das dortige Angebot im Voraus nicht genau einzuschätzen. Sie sind eher eine gute und unterschätzte Möglichkeit, *billig* an Literatur zu kommen. Antiquariate lassen sich in zwei Gruppen aufteilen. Die, die mensch wie eine Buchhandlung aufsucht und die sog. Versandantiquariate.

Erste finden sich in jeder Stadt, auch kleineren. In ihnen finden sich meist nur Bücher. Ein Rundgang durch *alle* lohnt sich und mensch merkt schnell, wer welche Schwerpunkte und dementsprechend das bessere Angebot hat. Gerade Antiquariate, die nicht so häufig von Linken frequentiert werden, sind manchmal wahre Fundgruben. Die Preise sind meist ungefähr die Hälfte des Neupreises. Hier findet sich auch mal ein Buch von Foucault für vier Mark oder die sagenhafte linke Zeitschrift aus den 70ern für 50 Pfennig das Stück.

Versandantiquariate bieten Bücher, Zeitschriften und Broschüren, manchmal auch Plakate und mehr an. Mensch bekommt von ihnen kostenlos per Post einen Katalog ins Haus geschickt. In ihm sind die im Antiquariat vorhandenen Bestände systematisch (nach Themen und/oder nach Alphabet) aufgeführt und mensch bestellt per Post und gegen Rechnung. Sie sind, bedingt durch den Aufwand der Katalogerstellung etwas teurer. Ihr Vorteil ist, daß mensch beim Katalogblättern in der Badewanne sitzen kann. Gute, der linksradikalen Bewegung verbundene und deshalb empfehlenswerte Versandantiquariate sind *Anares Nord* (Schwerpunkt Anarchismus; Adr.: Postfach 1[illegible], D-31305 Uetze) und *Schwarzer Stern* (Hermannstrasse 78, D-44263 Dortmund, bitte jeweils Rückporto beilegen). Sie nehmen die Arbeit auf sich, alle zu verkaufenden Titel in einem Katalog zusammenzufassen und arbeiten mit Bewegungsarchiven zusammen. *AurorA* ist eigentlich eine linke Versandbuchhandlung, hat aber insofern interessante antiquarische Titel im Angebot, als sie regelmäßig Restauflagen von Büchern, die von den Verlagen aus dem Programm genommen werden, anbietet (Knobelsdorffstrasse 8, D-14059 Berlin). Für *Che und Chandler* gilt dasselbe. Die Versandbuchhandlung hat ihren Schwerpunkt bei traditionell-linker und DDR-Literatur und betreibt das Versandantiquariat *Walter Markov* (Breite Str. 47, D-53111 Bonn). Die bislang genannten sind meist relativ billig und bieten viele Titel aus linken und bewegten Zusammenhängen und zu ebensolchen Theorien an. Etablierte linke (Versand-) Antiquariate sind etwas bis sehr teuer (z.B. *Antiquariat Karl Marx*, Jordanstrasse 13, D-60486 Frankfurt/M.). Durch die Einrichtung des *Zentralen Verzeichnisses Antiquarischer Bücher* (ZVAB) im Internet (www.zvab.com) gibt es die Möglichkeit, in den Katalogen von Dutzenden von Antiquariaten zu suchen. Für Buch-Junkies ein absolutes Must.

Verzeichnisse

Verzeichnisse sind ein wichtiges Mittel der Recherche. Sie beziehen sich auf den *aktuellen* (Still-) Stand der Bewegung und bestehen aus einer Adressensammlung mit mehr oder weniger ausführlichem Beiwerk. Einige wenige sollen zum Schluß noch genannt werden. 1986, 1989 und 1990/91 erschien jeweils ein *Verzeichnis der AlternativMedien*, herausgegeben vom ID-Archiv im IISG in Amsterdam. Diese waren sehr umfangreich (über 1500 Adressen), sind aber heute veraltet. Einen *Reader der Alternativmedien* enthalten die *Bunten Seiten*, die hier nicht näher vorgestellt werden müssen. Das im Herbst 1998 erschienene Buch *Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht. Anarchismus und libertäre Presse in Deutschland* von Bernd Drücke dokumentiert die Geschichte der schnellebigen autonomen und anarchistischen Presse und enthält von den Titeln, die im Sommer 1998 noch erschienen, auch die Adressen (Verlag Klemm/Oelschläger Ulm, 640 S., 59 DM).

Umweltbibliotheken sind vor allem ein ostdeutsches Phänomen. Dort waren und sind sie Bestandteil der Opposition. Ein sehr aktuelles Verzeichnis der Umweltbibliotheken (mit vielen West-Adressen) hat soeben die *Grüne Liga* veröffentlicht (www.umweltbibliotheken.de; gegen 4 DM Porto bei Grüne Liga, Friedrichstr. 165, D-10117 Berlin).●

Anmerkungen

1) Hier sind vor allem die verschiedenen Geschichtstitel und Dokumentensammlungen zu nennen, die im *ID-Verlag* erschienen sind

2) Eine sehr rühmliche Ausnahme für das Feld der Autonomen ist das 1995 erschienene »Lesebuch zum Autonomie-Kongreß« (Bezug: über *AurorA)*

Größere Bewegungsarchive

Archiv der sozialen Bewegungen, Schulterblatt 71, D-20357 Hamburg
Alhambra-Archiv, Hermannstr. 83, D-26135 Oldenburg
Umweltzentrum, Scharnhorststrasse 57, D-48151 Münster
Archiv für alternatives Schriftum, Schwarzbergerstrasse 147, D-47266 Duisburg
TTE-Bücherei, Alte Feuerwache, Melchiorstrasse 3, D-50670 Köln
Papiertiger, Cuvrystr. 25, D-10997 Berlin
Metropoletan-Archiv, Eberhardshofstr. 11, D-90429 Nürnberg
Gruppe 2, Fasanenstrasse 142, D-82008 Unterhaching (bei München)
Archiv der sozialen Bewegung in Baden, Wilhelmstrasse 15, D-79098 Freiburg
Infoladen, Koburgerstr. 3, D-04277 Leipzig
Studienbibliothek, Quellenstr. 25, CH-8005 Zürich
ID-Archiv im IISG, Cruquiusweg 31, NL-1019 AT Amsterdam, www.iisg.nl~id/
Derzeit im Aufbau:
NOTSTAND, Universitätsstr. 150, D-44801 Bochum, www.free.de/notstand
Projekt Archiv, Am Förderturm 27, D-46049 Oberhausen

Anzeige

Dies ist nicht die Freiheit, die wir meinen !

Spektakel

mit Politik & Kultur

u.a.:
Podiumsdiskussion: „50 Jahre BRD - **Kontinuität oder antifaschistischer Staat ?"; Arbeitsgruppen** zu Frieden, Feminismus, AntiFa, linker Geschichte, Kabarett, Konzert und **viel Spaß !**

Vom 10. bis 12. September 1999

JungdemokratInnen/ Junge Linke NRW
Kieler Str. 29c 42107 Wuppertal Tel.: 0202/4938354,
EMail: jdnrw@online.de WWW: http://www.spektakel99.de

UN-KRIEGSVERBRECHERTRIBUNAL:

Anklage gegen politische Nato-Spitze?

Gibt es für einige Beteiligte am Kosovo-Krieg nach Ende der Kriegshandlungen ein böses Erwachen? Angeklagt vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ist zwar bisher lediglich Serbiens Präsident Slobodan Milosevic. Aber auch die politische Spitze der Nato könnte ins Blickfeld von Chefanklägerin Louise Arbour geraten. Kanadische Professoren trafen gestern mit Arbour zusammen, um zu erreichen, daß auch gegen 67 Verantwortliche aus den Nato-Staaten (Regierungschefs, Außen- und Verteidigungsminister sowie Nato-Funktionäre) wegen Mord und anderer Verbrechen ermittelt wird.

Von Christian Rath, Freiburg ● »Man kann nicht Frauen und Kinder in Belgrad töten, in der theoretischen Hoffnung, damit das Leben von Frauen und Kindern in Pristina zu retten«, betont Michael Mandel, der Sprecher der kanadischen Professoren. Sie werfen der Nato nicht nur vor, einen illegalen Krieg (ohne Erlaubnis des UN-Sicherheitsrates) zu führen. Ihr Hauptvorwurf zielt auf die Auswahl der Ziele. »Selbst in einem legalen Krieg dürfen keine zivilen Ziele bombardiert werden«, so Mandel unter Berufung auf die Genfer Konvention. Sie untermauern ihr Anliegen durch eine von der jugoslawischen Regierung stammende Liste mit zivilen Opfern des Krieges und zerstörten Fabriken, Kliniken, Medieneinrichtungen.

Eingesetzt wurde der UN-Strafgerichtshof 1993, um alle Verletzungen des Völkerrechts auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens seit 1991 zu verfolgen. Die Anklägerin Louise Arbour ist formal völlig unabhängig. Um ihre Anklagen gegen serbische, kroatische und bosnische Beschuldigte mit Beweismaterial unterlegen zu können, ist sie aber auf die Kooperation der Nato-Staaten angewiesen. Schon deshalb wird ein Vorgehen gegen die Nato-Verantwortlichen vermutlich nicht opportun sein. Der serbische Oppositionelle Vojin Dimitrijevic, Direktor des Menschenrechtszentrums in Belgrad, glaubt jedoch, daß die Autorität des Strafgerichtshofs in Serbien davon abhängt, daß nicht nur in eine Richtung ermittelt wird.●

Quelle: Kölner Stadtanzeiger

INTERNATIONALES TRIBUNAL / EUROPÄISCHES TRIBUNAL IN VORBEREITUNG

Öffentliche Verurteilung der Kriegsschuldigen angestrebt

In den USA laufen die Vorbereitungen für ein Internationales Tribunal durch das »International Action Center« auf Hochtouren. Bereits am 31. Juli 1999 wird das Eröffnungshearing zur Anklage in New York in der »Dubinsky Hall« des »Fashion Institute of Technology« stattfinden. Dabei wird die von dem ehemaligen US-Justizminister Ramsey Clark erarbeitete Anklage verlesen und die Ausgangsbeweislage dargelegt.
Am 3. Juli 1999 trafen sich in Berlin Vertreter von Friedensgruppen und -organisationen sowie Einzelpersönlichkeiten. Sie beschlossen die Vorbereitung eines Europäischen Tribunals gegen den NATO-Krieg und eine entsprechende nationale Tagung vom 28. bis 31. Oktober 1999 in Berlin. Am 31. Juli findet in Berlin die nächste Beratung interessierter Friedensgruppen statt.

Die amerikanischen Freunde planen nach ihrem Eröffnungshearing am 31. Juli in einem fortlaufenden Prozeß weitere breit angelegte öffentliche Anhörungen über die Ausgangsbeweislage und neues Tatsachenmaterial. Diese Veranstaltungen werden von Aktivisten vor Ort in vielen Städten der USA organisiert werden. Die amerikanischen Partner haben die Hoffnung, daß gleiches in allen NATO-Ländern geschieht. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn auch in Deutschland, ausgehend von der zentralen Veranstaltung Ende Oktober, derartige dezentrale Veranstaltungen in vielen deutschen Städten durchgeführt würden.

Europäisches Tribunal

Am 3. Juli hat sich auch in der Bundesrepublik eine Gruppe von Friedensorganisationen vereint, die ähnlich wie das International Action Center und Ramsay Clark in den USA eine öffentliche Verurteilung des Natokrieges und der Kriegsschuldigen anstrebt. Das entspricht auch der besonders aktiven Rolle, die die Bundesrepublik im Verein mit den anderen europäischen NATO-Staaten bei der Vorbereitung und Durchführung des Krieges spielte und spielt.

Die Tribunalidee wurde seit Mai gleichzeitig von verschiedenen europäischen Partnern entwickelt, die sich an die deutschen Organisationen mit dem Vorschlag gewendet hatten, dabei eng zusammenzuarbeiten. Die Vorschläge wurden auch auf dem »Kasseler Friedensratschlag«, der Zusammenkunft der Friedensgruppen der Bundesrepublik Deutschland, aufgegriffen. Zu den Initiatoren zählen z.B. die Menschenrechtsorganisation und der Antifaschistische Bund Bulgariens, die Humanistische Ärzteorganisation Tschechiens, die Schweizer Friedensbewegung, eine Gruppe von 20 Vertretern und Richtern des Obersten Verwaltungsgerichts Griechenlands und eine italienische Gruppe von Persönlichkeiten. Auch Vertreter der russischen Duma sowie Polens zählen dazu. Von der Vielzahl vertretener Organisationen aus der Bundesrepublik – und gewissermaßen stellvertretend für das Anliegen aller – sei die erst im Ergebnis des Krieges entstandene Organisation »Mütter gegen den Krieg« hervorgehoben. Inzwischen gibt es zahlreiche Kontakte zu Friedensgruppen anderer Länder, die auch eigene nationale Veranstaltungen und Tribunale über den Krieg vorbereiten.

Beim Berliner Treffen am 3. Juli 1999 wurde beschlossen, ein gemeinsames Europäisches Tribunal zu veranstalten und die Friedensbewegung mit diesem Projekt wieder stärker zu vernetzen. Sie will eine wirksame Gegenmacht gegen die Politik werden, eine Neue Weltordnung auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen sowie zur Verhinderung weiterer drohender Kriege und neuer Runden des Wettrüstens beitragen.

Rechtsanwalt Professor Erich Buchholz sprach auf dem Treffen zu völkerstrafrechtlichen Aspekten der Tätigkeit eines Tribunals. Er führte unter anderem aus, daß sowohl nach den von der UN-Vollversammlung bestätigten Nürnberger Prinzipien, wie auch nach dem Statut des ad-hoc-Jugoslawien-Tribunals, wie des Statuts eines Internationalen Strafgerichtshofs von Rom 1998 Kriegsverbrechen im weiteren und engeren Sinn, Völkermord u.a. Verbrechen gegen die Menschlichkeit strafbar sind, worunter auch die NATO-Aggression gegen Jugoslawien fällt. Auf einem Europäischen Tribunal werden Kläger aus verschiedenen Ländern die Verbrechen des Krieges offenlegen.

Es wurde eine Reihe von Expertengruppen zur Rolle der NATO und ihrer neuen Strategie, zur Wahrung des Völkerrechts sowie der Menschenrechte, zu den Aufgaben der Medien, die sich praktisch wie eine kriegführende Partei verhielten, sowie zur Rolle der Geheimdienste konstituiert, die einer komplexen Klage zuarbeiten. Eine besonders wichtige Rolle spielt eine Gruppe zur Erhebung von Kriegsverbrechen in diesem Krieg, von personellen und materiellen Schäden, Schäden an Ökonomie, Kultur und Umwelt.

Für den 31. Juli wird zu einem nächsten Treffen in Berlin zur Vorbereitung der Tagung vom 28.-30.10.99 aufgerufen. Kontakt: AG Tribunal, c/o GBM, Weitlingstr. 89, D-10317 Berlin, Tel. (0 30) 559 49 69, Fax 555 63 55, e-mail: gbmev@t-online.de, Spendenkonto: GBM, Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Kto-Nr. 13192736, Stichwort: Frieden

Internationales Tribunal

Aus dem amerikanischen Memorandum:
Das *International Action Center* gibt hiermit bekannt, daß die Vorbe reitungen für das Internationale Kriegsverbrechentribunal offiziell eingeleitet worden sind. Wir begrüßen und ermuntern alle, die sich an den Untersuchungsarbeiten beteiligen möchten.

Das Eröffnungshearing zur Anklage wird am 31. Juli in New York in der Dubinsky Hall des Fashion Institute of Technology stattfinden. Zur Zeit ist der ehemalige US-Justizminister *Ramsay Clark* mit der Zusammenstellung einer aus mehreren Anklagepunkten bestehende Klageschrift befaßt, in der *William J. Clinton, Madeleine Albright, William Cohen* und mehrere US- bzw. NATO-Generäle wegen ihres Anteils am Krieg gegen Jugoslawien als Angeklagte namentlich genannt werden.

Im Folgenden werden 23 Untersuchungsbereiche aufgeführt, in denen Ermittlungen erforderlich sind. Seien sie bitte so freundlich und übermitteln Sie dem International Action Center per E-mail (iacenter@iacenter.org) oder fax (212-633-2889) alle relevanten Untersuchungen oder Erkenntnisse, die geeignet sind zu relevanten Informationen hinzuführen. Alle dem IAC eingesandten Untersuchungen sollten mit der entsprechenden Nummer des jeweiligen Untersuchungsbereichs gekennzeichnet sein. Bitte teilen Sie auch Ihren Namen mit, sowie ihre Telefonnummer und Email-Adresse, falls Rückfragen erforderlich sind.

Die Anklage wird sich auf Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschheit und Kriegsverbrechen beziehen. Sie stützt sich auf Kriegsrecht, die Hager und Genfer Konventionen, das Statut des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals, die Charta der Vereinten Nationen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

Die Untersuchungsbereiche sind:

1. Untersuchungen über konzertierte Aktionen zur Zerschlagung Jugoslawiens und zur militärischen Beherrschung des Balkans.
2. Untersuchungen über Aktionen zur wirtschaftlichen und militärischen Zerstörung Jugoslawiens.
3. Sammlung von Informationen über die Zerstörung von Einrichtung von wesentlicher Bedeutung für das wirtschaftliche Leben in ganz Jugoslawien.
4. Untersuchungen über die gezielte Bombardierung und Zerstörung von lebenswichtigen zivilen Einrichtungen: Krankenhäusern, Elektrizitätswerken, Wohngebieten, Brücken, Wasserwerken und anderen Versorgungsstrukturen.
5. Sammlung von Informationen über Schäden an Kulturdenkmälern, einschließlich historischen und religiösen Stätten.
6. Informationen über wahllose Bombardierungen in ganz Jugoslawien
7. Zeugenaussagen zum Einsatz von verbotenen Massenvernichtungswaffen (einschließlich Klusterbomben und abgereichertem Uran) und zur wahllosen Verursachung von Tod und unnötigem Leid sowohl bei Militärpersonen als auch bei Zivilisten.
8. Beweise für die Angriffe auf Einrichtungen in Jugoslawien, die gefährliche Substanzen oder Kräfte bergen.
9. Prüfung der gegen internationales Recht gerichteten Obstruktionspolitik (obstruction of justice) und der Umgehung der UNO-Charta durch Führung eines Angriffskrieges gegen das Volk von Jugoslawien als Mittel zur Durchsetzung der Macht der USA und anderer westlicher Mächte.
10. Ermittlungen über die Manipulation der NATO durch die Vereinigten Staaten zwecks Absicherung langfristiger US-strategischer Ziele, der Beherrschung Rußlands und der anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, Osteuropas und wirtschaftlicher und politischer Zonen Südasiens sowie der Eingrenzung oder in der Region vorhandenen Verteidigungskapazitäten, die US-imperialistischen Zielen hinderlich sein könnten.
11. Ermittlungen über die Verfälschung (corruption) der verfassungsmäßigen Befugnisse (constitutional power) des Kongresses als ein Mittel der Führung eines rechtswidrigen Krieges und der Verübung von Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschheit sowie von Kriegsverbrechen und anderen schweren Verbrechen.
12. Ermittlungen über die Zerstörung der Umwelt.
13. Studie über das Anschwellen der Flüchtlingsströme infolge eines Flächenbombardements.
14. Prüfung einer systematischen Politik des Schürens von mörderischer Gewalt und der Finanzierung und Bewaffnung der UCK-Milizen.
15. Die auf 78tägige Bombardierungen folgende Aufteilung des Kosovo in 5 »Kontrollzonen« als Mittel der Durchsetzung einer vorsätzlichen Teile- und-Herrsche-Politik gegenüber dem Balkan im Besonderen und gegenüber Osteuropa, Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken und Südasien im Allgemeinen.
16. Gegen das jugoslawische Volk gerichtete Politik des Entzugs wesentlicher Medikamente, von Trinkwasser, von Nahrungsmitteln und anderen Mittel des Lebensunterhalts.
17. Untersuchungen über die systematische Manipulation, die Kontrolle und die Behinderung von Presse- und Medienberichterstattung zwecks Mobilisierung öffentlicher Unterstützung ihrer militärischen und politischen Ziele.
18. Überprüfung der permanenten militärischen Präsenz der Vereinigten Staaten und der NATO im Balkan, der Kontrolle über seine Erzlagerstätten und der geopolitischen Beherrschung der Balkanregion.
19. Studie über die Wiederaufbauverträge in Jugoslawien nach dem Kriege, den wirtschaftlichen Einfluß der Vereinigten Staaten und anderer NATO-Länder.
20. Zusammenstellung von Beispielen der Verbreitung haltloser Gerüchte, Lügen und Entstellungen durch Personen des öffentlichen Lebens zur Verteidigung der Kriegspolitik.
21. Analyse der Rambouillet-Verträge
22. Präsident Clinton, der Kongress und das Pentagon taten sich zusammen, um unter Ausnutzung des Kriegs in Jugoslawien den Trend zum Militarismus in breitem Umfang zu verstärken, einschließlich der starken Erhöhung des Militärhaushalts. Das führt nicht nur zu weiteren Kriegen sondern ist auch ein krimineller Einschnitt in Ausgaben für Sozialprogramme zur Hilfe für arme und arbeitende Menschen in den USA.
23. Versuch der USA und NATO, Präsident Slobodan Milosevic und andere Spitzen der jugoslawischen Regierung durch Flugzeugbomben und Raketen zu ermorden.

Wenn Sie zusätzliche Fragestellungen haben oder Informationen über die Funktionsweise des Untersuchungsvorhabens benötigen, wenden Sie sich bitte an Sarah Sloan beim International Action Center: (212) 633-6646

ÜBER DAS KRIEGSVERBRECHERTRIBUNAL

Wir stellen uns ein massenhaftes Volkstribunals über den Krieg gegen Jugoslawien vor. Das Wesentliche daran ist, daß wir ein internationales Forum entwickeln, welches die USA und NATO für ihre kriminellen Akte zur Verantwortung zieht.

Eine Untersuchungskommission über Kriegsverbrechen, welche die US/NATO Kriegsführung gegen Jugoslawien untersucht, kann die Bemühungen von Organisationen und Aktivisten in vielen Ländern zu einem Ganzen zusammenschließen. Erforderlich ist das öffentliche weltweite Zusammentragen von Beweisen in einer Form, durch welche die Bemühungen von Tausenden von Leuten einbezogen werden. Augenzeugenberichte, Sachverständigenaussagen von Ärzten, Wissenschaftlern und Juristen werden dazugehören. Wir werden die öffentlichen Stellungnahmen der Führer der NATO-Länder untersuchen, in denen sie ihre Gründe für den Krieg beschreiben. Die Rambouillet-Verträge als ein zu den Bombardierungen führendes NATO-Ultimatum werden sorgfältig untersucht und analysiert werden. Die Untersuchung erfaßt auch die Profiteure kriegsbedingter Geschäftsverträge und neuer Möglichkeiten der Kontrolle über die Ressourcen in der Region. Die Internationale Kommission wird die Berichterstattung in Zeitungen, Magazinen und Zeitschriften sowie in Fernseh- und Radiosendungen und anderen öffentlichen Unterlagen prüfen.

Die Anklage wird von dem ehemaligen US-Justizminister Ramsey Clark erarbeitet werden. Sie wird sich auf internationales Recht, internationale Abkommen, zu deren Unterzeichnern die NATO-Länder gehören, sowie auf die UNO-Charta stützen. Die Anklage wird Anfang Juli vorliegen. Die Verlesung der Anklage sowie die Darlegung der Ausgangsbeweislage werden in einer ganztägigen Anhörung in New York am Samstag, den 31. Juli stattfinden.

Daran werden sich in einem fortlaufenden Prozeß weitere breit angelegte öffentliche Anhörungen über die Ausgangsbeweislage und neues Tatsachenmaterial anschließen. Diese Veranstaltungen werden von Aktivisten vor Ort in vielen Städten der USA und hoffentlich in allen NATO-Ländern organisiert werden.

Wir werden dabei behilflich sein, dieses Vorhaben durch Internet und Email zu unterstützen. Es wird die Verwendung von Videofilmen einbeziehen und Satellitenverbindungen nutzen. Millionen von Menschen können beteiligt und über die Kriegsziele, die Auswirkungen und die nächste Konfliktphase aufgeklärt werden.

Nach mehreren Monaten von Massenanhörungen wird die Untersuchungskommission ein abschließendes Kriegsverbrechertribunal einberufen. Die Kommission wird international angesehene Juristen, Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschafter, Führer von Bürgerrechts- und Frauenorganisationen, Parlamentarier und andere auffordern, die Gesamtheit des Beweismaterials zu überprüfen und ein öffentliches Urteil zu sprechen.

Viele Gruppen und Einzelpersonen in der ganzen Welt haben bereits umfangreiches Beweismaterial über NATO-Verbrechen zusammengetragen und aufbereitet.

Das internationale Vorhaben der Zusammenstellung von Unterlagen und der Veranstaltung von Anhörungen über Kriegsverbrechen verwendet und arbeitet mit dem bereits von vielen Gruppen von Anwälten, Juristen, Friedensgruppen und Nichtstaatlichen Organisationen zusammengestellten Material sowie mit neuem Material.

Das Gremium unter der Bezeichnung *»Internationales Tribunal für Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien«* ist eine von den USA durch den Sicherheitsrat initiierte politische Waffe. Schon seine Existenz stellt eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und der Souveränität der Nationen dar. Dieser Scheingerichtshof wurde 1993 als Teil der Bemühungen zur Rechtfertigung westlicher Einmischung auf dem Balkan eingesetzt. Er ist in keinerlei Beziehung Teil des Internationalen Gerichtshofs, der seit 50 Jahren in Den Haag seinen Sitz hat.

Dieses *»Internationale Tribunal für Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien«* ist mit mit US-beeinflußten Ernennungen bestückt. Es gibt keine vergleichbare Einrichtung, die fähig wäre, US/NATO-Kriegsverbrechen zu ahnden. Nunmehr werden 300 weitere Ermittler von NATO Ländern zusätzlich zur Verfügung gestellt, um serbische Kriegsverbrechen im Kosovo zu untersuchen. Ermittler zur Untersuchung der NATO-Verbrechen im Kosovo werden nicht zur Verfügung gestellt. Dieser Sachverhalt offenbart die eigentliche Agenda des Tribunals.

Ganz so wie der offizielle NATO-Sprecher Jamie Shea stolz verkündet hat: »Wir (die NATO-Länder) sind die wichtigsten Unterstützer des Kriegsverbrechertribunals (für das ehemalige Jugoslawien). Die NATO finanziert das Internationale Kriegsverbrechertribunal.« Washington brandmarkte Präsident Milosevic als Kriegsverbrecher, lange bevor die tatsächlichen Ereignisse, deren er beschuldigt wird, im Kosovo eintraten. Am 18. Juli 1998 stimmte der US-Senat einer Entschließung zu, den jugoslawischen Präsidenten Milosevic als Kriegsverbrecher anzuklagen.

Im letzten Jahr sabotierte die US-Regierung internationale Bemühungen in Rom/Italien, ein wirklich unabhängiges Internationales Kriegsverbrechertribunal zu errichten. Washington war gegen jeden Versuch, einen Gerichtshof oder irgendeine Art von internationalem Mechanismus einzusetzen, wo militärisches oder politisches Personal der USA ebenfalls wegen Kriegsverbrechen angeklagt werden könnte.

Die einzige Verfahrensweise, die für eine echte öffentliche Untersuchung der Ereignisse im Zusammenhang mit den NATO-Bombardierungen Jugoslawiens offen ist, ist eine breit angelegte, Menschen an der Basis einbeziehende Aktion von unten. Eine solche internationale Aktion kann Millionen von Menschen über den weitergehenden Krieg aufklären, der eben jetzt in Vorbereitung ist.

Wir begrüßen Ihre Unterstützung für diese Aktion. Seien Sie bitte so freundlich und kontaktieren Sie unser Büro über Telefon (212) 633-6646, Fax (212) 633-2889 oder E-mail iacenter@iacenter.org.

Mit freundlichen Grüßen
Sara Flounders und Brian Becker

International Action Center
39 West 14th Street #206, New York, NY 10011
phone 212-633-6646, fax 212-633-2889
e-mail iacenter@iacenter.org,
website www.iacenter.org

EINE NACHLESE

Ein Desaster: Umweltverbände & Krieg

Es bleibt einem/-r wohl nicht viel erspart in der letzten Zeit: »Neue Mitte« (Schröder) wie »Linke« versuchten sich gegenseitig darin zu überbieten, ihr Handeln – bomben oder der Protest dagegen – mit den Geschehnissen im Dritten Reich zu legitimieren, um dann dort zu landen, wo die politische Rechte seit Mitte der 80er Jahre hin will: den Nationalsozialismus als »Epoche« (E. Nolte), als Geschichte, die vorbei ist, abzuhaken. Nur so ist ein positiver Bezug auf die deutsche Geschichte möglich.

von Andreas Hechler (JungdemokratInnen/Junge Linke) ● Durch den permanenten Vergleich mit Auschwitz wird dessen Einzigartigkeit relativiert und erscheint als ein Ereignis, das immer und überall auftrat, auftritt und auftreten wird. Die Stilisierung von *Milosevic* zum »Balkan-Hitler« erfüllt die gleiche Funktion, die *Saddam Hussein* als »Wiedergänger Hitlers« (*H.-M. Enzensberger*) Anfang der 90er erfüllte: der Mythos des antifaschistischen Widerstands in Deutschland bekommt neue Nahrung bei gleichzeitiger Militarisierung der Außenpolitik. »Nie wieder Auschwitz« ist jetzt von denen zu vernehmen, die noch vor einem halben Jahr begeistert der antisemitischen »Friedenspreisrede« von *Martin Walser* – in selbiger wendet sich Walser gegen eine Instrumentalisierung von Auschwitz (allerdings nicht für, sondern gegen deutsche Interessen) – stehende Ovationen bereitet haben.

Der Stoiber-Biedenkopf-Freund *Ulrich Beck* lieferte neben dem rot-grünen Kriegssoziologen *Jürgen Habermas* den notwendigen Analyse-Cocktail für die freiwillige Selbstgleichschaltung der bürgerlichen Presse: Der »militärische Humanismus der NATO« lasse den Nordatlantikpakt »sozusagen als militärischen Arm von amnesty international« handeln. Aber das »Vernunftbomben gegen Milosevic« (U. Beck) ist genauso »human«, wie die Festung Europa und das Abschieben von Flüchtlingen (u.a. in genau diese Region: Mit der Zerstörung von Menschenleben soll also eine vorher geleugnete Katastrophe verhindert werden).

Bei so viel breiter Zustimmung zum NATO-Einsatz in der Bevölkerung muß man/frau wohl froh sein um jede Stimme, die sich dagegen richtete. Jedoch ist das Ziel der GegnerInnen nicht grundsätzlich die individuelle und gesellschaftliche Emanzipation von Menschen, und genau da liegt dann auch das Dilemma. Der etablierten Umweltbewegung geht es seit jeher so viel um Menschenrechte, wie es der jetzigen Bundesregierung darum ging und geht: überhaupt nicht. Alleiniges Ziel und Interesse der Betrachtungen ist eine wie auch immer geartete »saubere Umwelt« und ein Naturschutz, der nicht Menschen in den Mittelpunkt stellt, sondern eine »intakte Natur«.

Folglich heißt es in einer Presseerklärung des **Deutschen Naturschutzring** (DNR), dem Dachverband des BUND, Naturschutzbund, BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) und anderen Verbänden, daß man sich »angesichts der zunehmenden Umweltzerstörungen *[sic!]* für einen Stop der NATO-Luftangriffe in Jugoslawien« ausspreche. Das von der BRD unterzeichnete »Umwelt-Kriegs-Übereinkommen« verbiete »eine Kriegführung, die ausgedehnte, langanhaltende und schwere Schäden der natürlichen Umwelt verursacht und dadurch *[sic!]* die Gesundheit und das Überleben der Bevölkerung gefährdet.«. Der indirekte Bezug auf das Überleben von Menschen durch eine »natürliche Umwelt« ist zynisch angesichts der Bombardierung (!) von Menschen. Die neue BUND-Vorsitzende *Angelika Zahrnt* hat schon angekündigt, »Kooperation, wo immer es möglich ist«, und so hat der BUND-Bundesvorstand beschlossen, sich zum derzeitigen Kriegskurs der Bundesregierung nicht zu äußern. Auch Schweigen kann ein Verbrechen sein.

Die Gruppen **TUN** und **RAGE** aus der »radikalen« **Tierrechtsszene**, die stetig daran arbeitet, Tierunterdrükkung zum Hauptwiderspruch – aus denen sich alle anderen Herrschaftsverhältnisse ableiten – zu machen, und nur noch Tiere wahrnimmt, bedauern, daß »Wild und »Haustiere« *[...]* von Bombensplittern getroffen *[werden]* und niemand *[...]* ihnen angesichts des großen Leids, das dieser Krieg auch *[sic!]* den Menschen zufügt« hilft. Aber Rettung naht: »Eine Schweizer Stiftung hat nun 8 Mutige gefunden, die vor Ort nach dem Rechten sehen wollen und insbesondere auch den geschundenen Tieren helfen wollen.« Menschen mit einem Herz für Tiere, ein Glück. Die von der Szene hochgehaltene Phrase »Für die Befreiung von Mensch und Tier« erscheint hier einmal mehr als Farce: um Menschen geht es nicht. Je mehr die (vermeintlichen) Interessen von Tieren ins Blickfeld rücken, umso mehr werden die Interessen von Menschen vernachlässigt.

Es gibt aber auch Umweltschutzgruppen, die sich angesichts der aggressiven Hegemonialpolitik der westlichen Welt von ihrer bornierten Fixiertheit auf Naturschutz gelöst haben und den NATO-Einsatz kritisieren, *ohne* über die dabei entstehenden Umweltschäden zu lamentieren. Die **Grüne Liga Berlin** und die **Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit** (BSÖ) lehnen den NATO-Einsatz klar ab und – welch Lichtblick – **Robin Wood** hat in Berlin sogar eine öffentlichkeitswirksame Aktion gegen den Einsatz gemacht. Die Gruppe **Landfriedensbruch**, ein bundesweiter Zusammenschluß aktiver UmweltschützerInnen, forderte alle UmweltschützerInnen auf, »sich diesem Krieg zu widersetzen« und nicht mit dieser Kriegsregierung zu kooperieren: »Mit dem Krieg sollen Mensch und Natur dem Einflußkreis der NATO-Staaten zugeführt werden, um beide für eigene Zwecke verwerten zu können.«. **Greenpeace** hält die Begründung des NATO-Einsatzes für unglaubwürdig wegen der anderen Krisengebiete und Menschenrechtsverletzungen, in die die NATO nicht interveniert, wie z.B. Kurdistan. Diese Argumentation eignet sich zwar, um aufzuzeigen, daß es der NATO nicht um Humanität geht, ist aber ein Einfallstor für weitere Einsätze. »Da würden wir ja auch gerne...« würde jeder NATO-Scherge darauf antworten. Die Logik der Militarisierung und die Abschottung Europas – das Aufnehmen von Flüchtlingen ist das allererste, wenn es um »Humanität« geht – wird nicht kritisiert.

Die wenigen tausend AlbanerInnen, die bislang in die BRD eingeflogen wurden, sind angesichts der gesamten Flüchtlingszahl dagegen nicht mehr als eine Beruhigung fürs soziale Gewissen, das von Kirchengruppen mit Decken und Gartenmöbeln versorgt werden darf. Um so zynischer erscheint da *Fischer*, der medienwirksam durch ein albanisches Flüchtlingscamp in einem Nachbarstaat läuft und sich für »offene Grenzen« ausspricht – dort, nicht in der BRD!

Während die einen bei den Grünen nicht schnell genug ihre angeblichen Ziele über Bord schmeißen können, sorgen die anderen für Integration. *Angelika Beer* heult von schlaflosen Nächten und die Kriegsgegner *Simmert, Buntenbach* und *Ströbele* brechen nicht etwa mit dem Parlamentarismus, sondern rufen auch noch dazu auf, in der Partei zu bleiben. Arbeitsteilung in grün, für (fast) jeden etwas dabei.

Und die Anthros?

Wenn sie nicht gerade wieder mal damit beschäftigt sind, ihnen unliebsame Bücher vorm Erscheinen zu verhindern (1), wird in ihrem Hausblatt **»Info 3. – Monatsmagazin für Spiritualität und Zeitfragen«** in klassisch esoterischer Manier verklärt: Es fände »keine wirkliche militärische Konfrontation« statt, solange nicht die Apaches (amerikanische Kampfhubschrauber, die vom Autor als »fliegende Vernichtungsmaschinen« bezeichnet werden) zum Einsatz kommen. Erst dann hätte man »zum ersten Mal von einem wirklichen Krieg sprechen können«. Das Geschwätz von »Kollateralschäden« und »präzisen Waffen« scheint hier nachhaltig gewirkt zu haben. Rudelführer Rudolf diktierte schon 1924 in einem Vortrag, daß »die Weissen *[...]* eigentlich diejenigen *[sind]*, die das Menschliche in sich entwickeln«, und da die EuropäerInnen ja ohnehin zu einer »höheren Kulturstufe« (*Rudolf Steiner*) hinaufgestiegen seien, sind die Anthros zum Schluß natürlich doch für die NATO-Aggression: »Die Frage ist jetzt, ob das Vermeiden einer direkten Konfrontation mit der serbischen Armee nicht zu noch viel schlimmeren Szenarien führen wird.«. Apaches marsch!

Noch durchgeknallter in Sachen Spiritualität ist die **Naturgesetzpartei**. Als wirksame Strategie für »Frieden, Harmonie und Wohlstand« wird die »Transzendentale Meditation und das yogische Fliegen« empfohlen. Das Erlernen dieser »Technologien des Bewußtseins« sei die »wirksamste Hilfe für den Frieden«. Außerdem wird vorgeschlagen, sich an seinen Bundestagsabgeordneten zu wenden und ihn zu fragen »warum die Regierung diese hervorragenden Techniken nicht einsetzt«.

Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung – die jeden kritischen Kopf in einen permanenten Ausnahmezustand versetzen müßte – offenbart sich das Desaster, das wahlweise »Berliner Republik« oder rotzfrech »Normalisierung Deutschlands« genannt wird: Ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf einen souveränen Staat, eine freiwillig gleichgeschaltete Presse, die, wie der Großteil der hiesigen Bevölkerung, dazu applaudiert und GegnerInnen des NATO-Einsatzes – von rechtsextrem bis umweltfreundlich –, die größtenteils anti-emanzipatorisch argumentieren. Die Bundeswehr, die nach dem Zusammenbruch des Ostblocks in eine Legitimationskrise kam, arbeitete seitdem an ihrem Imagegewinn. Mit Erfolg: Der nächste Krieg kommt bestimmt, wenn einer dieser Untermenschen es wagt, »die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands *[zu]* beeinträchtigen« (Verteidigungspolitische Richtlinien) oder die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen« (ebd.) zu gefährden. ●

Debatte zu Perspektiven emanzipatorischen Umweltschutzes unter: www.thur.de/philo/uvu.html

1) Der Alibri-Verlag hat gerade eine Klage vom »Bund der Freien Waldorfschulen« in Höhe von 40.000 DM wegen der Bücher »Rasse Mensch«, »Waldorf Connection« und »Erlöser« am Hals.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anzeige

Politische Ökologie

Politische Ökologie Nr. 59

Wa(h)re Wildnis
Reise Spezial '99

„Natur pur" – der Trip in die Wildnis ist für viele zivilsationsmüde Städter das einzig wahre Urlaubsmotto. Nicht umsonst stehen Natur- und Abenteuerreisen hoch im Kurs.
Doch ist die touristisch genutzte Ware mit der wahren Wildnis überhaupt vereinbar?
Wieviel Wildnis wollen wir Menschen und wieviel Wildnis braucht die Natur?
Die Politische Ökologie begibt sich auf Spurensuche nach der Wildnis in uns. Denn in der heutigen Zeit lauert das Wilde nicht mehr im Wald oder in der unberührten Natur sondern vielmehr in unseren Köpfen.

Außerdem im Heft:
Reise Spezial '99
mit
● vielen ausgewählten Reiseangeboten
● beispielhaften touristischen Projekten
● nützlichen Kontaktadressen
● Literaturtips
Ein unverzichtbarer Ratgeber für all diejenigen, die beim nächsten Urlaub die ausgetretenen Pfade nicht zu Lasten der Natur verlassen wollen.

Ausführliche Inhaltsangaben aller Ausgaben finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.oekom.de

Jetzt für DM 19,80 überall in der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei:
● ökom GmbH
● Waltherstr. 29, Rgb.
● 80337 München
● Tel.: 089/544 184-0;
● Fax: 089/544 184-99
● E-mail: info@oekom.de YCO

DIE MEINUNG ANDERER – BARNIMER BÜRGERPOST:

Sieger auf allen Seiten

Sieg! Jubelt die NATO. Milosevic ist in die Knie gezwungen.
Sieg! Jubelt die UCK. Der Kosovo ist unser.
Sieg! Jubelt Milosevic. Die NATO konnte ihren Knebel-Vertrag von Rambouillet nicht durchsetzen.

von Gerd Markmann ● Auch wenn es schon immer zum Kriegsgeschäft gehörte, die Kriegsergebnisse zum eigenen Vorteil zu interpretieren, der Kosovo-Krieg weist eine Besonderheit auf. Denn alle, die hier jubeln, jubeln durchaus zurecht.

Milosevic kann sich zurecht als Sieger fühlen. Seine innenpolitische Situation ist gefestigter denn je. Der Opposition wurde durch den Kriegszustand jedwede Handlungsmöglichkeit geraubt. Die jugoslawische Armee wurde durch den Luftterror nicht besiegt. Militärisch hätte Jugoslawien noch lange durchhalten können. Und jeder bekanntgewordenen »Kollateralschaden« stärkte Milosevics Position. Der Kriegsgegner NATO konnte sein offizielles Kriegsziel, Milosevic zur Unterzeichnung des Rambouilletvertrages zu zwingen, nicht erreichen. Die Besatzungstruppe im Kosovo läuft unter offizieller UNO-Ägide und ist auf die Unruheprovinz beschränkt. Bedingungen, denen Milosevic schon vor dem Krieg zugestimmt hatte. Zwar herrscht Milosevic jetzt über ein zerstörtes Land. Aber der Blick an den Golf zeigt, daß ein Diktator damit leben kann. Sehr gut sogar.

Auch die UCK jubelt zurecht. Die Flucht der Albaner aus dem Kosovo brachten ihr Zulauf wie nie zuvor. Innerhalb der UCK haben nun die extremsten Gruppen das Sagen. Außerhalb der UCK existiert keine ernstzunehmende politische Kraft. Der gemäßigte Rugova hat kaum Aussicht auf ein Come back. Auch wenn die Untergrundkämpfer gegen die jugoslawische Armee wenig Chancen hatten, stoßen sie jetzt als Sieger in die geräumten Gebiete vor, ähnlich wie beim jugoslawischen Truppenabzug im Oktober vorigen Jahres. Nur daß sie jetzt darauf bauen können, daß die Jugoslawen nicht wiederkehren. Die Entwaffnung der UCK, von der die NATO jetzt spricht, wird wohl nur symbolischen Charakter haben. Während einige ihrer Führer zu Provinzstatthaltern von NATO's Gnaden avancieren, wird die UCK insgesamt als bewaffneter Unordnungsfaktor erhalten bleiben. Die NATO wird auf lange Sicht gebraucht, um die jugoslawische Armee fernzuhalten. Dennoch ist absehbar, daß die UCK zumindest in Teilen irgendwann auch mit den Besatzern in Konflikt kommt.

Schließlich und endlich jubelt auch die NATO zurecht. Oder zumindest doch die USA. Die eigentlichen Ziele wurden erreicht. Rambouillet und Menschenrechte waren doch eh nur vorgeschoben. Die in Amsterdam beschlossene neue NATO-Strategie wurde am Beispiel Kosovo durchexerziert. Weder räumliche noch völkerrechtliche Begrenzungen schränken künftig einen Einsatz der NATO ein. Den Erzfeinden Rußland und China – und allen anderen – wurde waffentechnologische Überlegenheit demonstriert. Im Falle Chinas gar der direkte Angriff geprobt. Auf Jahrzehnte fixierten die NATO-Bomben Ex-Jugoslawien als einen
Flickenteppich unterentwickelter und miteinander verfeindeter Klein- und Kleinststaaten. Als regionaler Machtfaktor existiert Jugoslawien nicht mehr. Jeglicher Anflug wirtschaftlicher Konkurrenz wurde weggebombt. Der Balkan gehört nunmehr unzweifelhaft zur Einflußsphäre des Westens. Zudem steht mit Milosevic nach Saddam Hussein dauerhaft ein zweiter Bösewicht vom Dienst zur Verfügung, den man beliebig mit gezielten Luftschlägen »bestrafen« kann, wenn die Waffendepots mal wieder erneuert werden müssen oder von einer präsidialen Sexaffäre abzulenken ist. Positiver Nebeneffekt: Die Kürzungen in den Rüstungshaushalten haben 10 Jahre nach Ende des Warschauer Vertrages endlich ein Ende.

Sieg! Jubeln alle Staatsführer. Doch den Preis dafür zahlen die vertriebenen und ermordeten Kosovaren, die von NATO-Bomben getöteten oder ihrer wirtschaftlichen Infrastruktur beraubten, in einer radioaktiv und chemisch verseuchten Umwelt lebenden Serben und nicht zuletzt die künftig von verstärktem Sozialabbau und von Steuererhöhungen betroffenen Menschen in den NATO-Staaten. ●

Aus: Barnimer Bürgerpost, e-mail-Ausgabe

TAGUNGSBERICHT

Debatte zu Mitarbeitergesellschaften

Das NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. veranstaltete am 31. Mai 1999 in Frankfurt einen Runden Tisch zum Thema »Mitarbeitergesellschaften – Beiträge zu Flexibilität, Partizipation und sozialer Absicherung« mit 45 TeilnehmerInnen. Damit gelang es, sowohl Gewerkschaftsvertreter, erfahrene Initiatoren von Mitarbeitergesellschaften und VertreterInnen von selbstverwalteten Betrieben zu einer anregenden Debatte zusammenzuführen. (vgl. dazu auch das Schwerpunktthema in CONTRASTE 2/99)

Karin Schröder, Redaktion Stuttgart ● Die Veranstaltung fand im Rahmen des europäischen Projekts »travaille associe et emploi« statt und wurde von der europäischen Kommission gefördert. Weitere Kooperationspartner für den Runden Tisch waren: der DGB-Kreis Frankfurt, das NETZ Hessen (VSBH), der europäische Verband der Arbeiter- und Produktivgenossenschaften (CECOP), die IG Metall Frankfurt, das Bildungswerk Rhein Main e.V., und die Denkfabrik Frankfurt.

Im Rahmen dieser Diskussion wurden Mitarbeitergesellschaften vorerst verstanden als »Unternehmen, die eine Beteiligung von Mitarbeitern praktizieren«. Diese Unternehmen sind in den letzten Jahrzehnten durch Initiativen von drei unterschiedlichen Typen gesellschaftlicher Gruppen und Personen entstanden:

1. ArbeitnehmerInnen, insbesondere in Kleinbetrieben oder aus der Arbeitslosigkeit heraus, haben selbst zur Entstehung von Mitarbeitergesellschaften/selbstverwalteten Betrieben beigetragen.
2. Gewerkschaften oder Betriebsräte versuchen in Krisenzeiten, Mitarbeitergesellschaften als letzte Alternative zur Vernichtung von Arbeitsplätzen ins Leben zu rufen.
3. Einzelne Unternehmer haben aus verschiedenen Gründen (z.B. im Sinne einer neuen Unternehmenskultur, Förderung der Mitarbeitermotivation) die Entstehung von Mitarbeitergesellschaften initiiert.

Im Rahmen der Veranstaltung wollte das NETZ diese Gruppen an einen Tisch bringen, um praktische Beispiele vorzustellen, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Strategien zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen mit Mitarbeiterbeteiligung zu diskutieren.

Flexibilität, soziale Absicherung ...

Anfang der 80er Jahre wurden erste Beispiele publik, wo Belegschaften versuchten, ihre von Schließung bedrohten Betriebe oder Betriebsteile aus eigener Kraft weiterzuführen. Nachdem es einige Zeit um solche Modelle ruhiger wurde, sind seit Mitte der 90er Jahre wieder Versuche unternommen worden, Mitarbeitergesellschaften zu initiieren. Problem damals wie heute sind die schwierigen wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für diese Art von Unternehmen in Deutschland. Der Blick in andere Länder, z.B. Spanien, zeigt interessante Modelle zur Förderung von Mitarbeitergesellschaften und liefert Anregungen für die Diskussion auf nationaler Ebene. (Vorstellung des spanischen Modells in einer der nächsten CONTRASTE)

Viele Versuche, eine Mitarbeitergesellschaft zu realisieren, scheitern, weil die Option der Übernahme durch die Belegschaft zu spät in Betracht gezogen wird. Kurz vor geplanten Massenentlassungen und vor einem drohenden Konkurs sind die Entscheidungsspielräume eng und das Risiko des Scheiterns groß. Dennoch konnten am Runden Tisch erfolgreiche Beispiele für Belegschaftsunternehmen in Deutschland vorgestellt werden:

Beispiele

Bei der FELUWA Pumpen GmbH ist es gelungen, die Arbeitsplätze in der Unternehmenskrise 1995 durch eine Belegschaftsübernahme zu sichern. Mit den Rückständen aus Lohnzahlungen, dem Verzicht auf Sonderzahlungen sowie unbezahlter Mehrarbeit ist es den MitarbeiterInnen gelungen, »ihre Firma« zu übernehmen. Die AG der 60 MitarbeiterInnen hält 95% der GmbH-Anteile.

Die geplante Massenentlassung bei DIGITAL Equipment mündete ebenfalls in eine Mitarbeitergesellschaft. Nachdem in den Vorjahren der Arbeitsplatzabbau mit hohen Abfindungszahlungen an die ausgeschiedenen MitarbeiterInnen erkauft wurde, hätte die anstehende Entlassung von 1.300 MitarbeiterInnen bei entsprechenden Abfindungen den Konkurs bedeutet. Statt dessen kam es dann 1994 zur Ausgründung der Firma DIGITAL Kienzle, in der die MitarbeiterInnen übernommen werden konnten. Eigentümer der ausgegründeten Firma ist die DITEC, eine AG der 1.300 MitarbeiterInnen, die ursprünglich entlassen werden sollten. Diese Gründung einer Mitarbeitergesellschaft wurde durch eine Anschubfinanzierung von DIGITAL Equipment ermöglicht. Die über 120 Millionen DM Umsatz kamen durch ein abgesichertes Vertragsvolumen während der Übergangszeit zusammen. (ausführlich in CONTRASTE 2/99).

Die Pfalz-Flugwerke sollten einem geplanten Kostensenkungsprogramm des Mutterkonzerns zum Opfer fallen. 530 ArbeitnehmerInnen der Betriebsstätte wurden 1997 EigentümerInnen ihres Betriebes. Durch auf 5 Jahre festgeschriebene Liefer- und Leistungsverträge sowie einer Mehrarbeit von 2,5 Stunden pro Woche ist es nicht nur gelungen, die vorhandenen Arbeitsplätze zu erhalten, sondern sie auf 800 auszubauen. Die Beteiligung der MitarbeiterInnen bezieht sich jedoch lediglich auf eine Kapitalbeteiligung, in die unternehmerischen Entscheidungen sind die ArbeitnehmerInnen nicht direkt eingebunden.

... und Partizipation

Auf die Beteiligung der MitarbeiterInnen an den Entscheidungsprozessen im Unternehmen als wichtiges Unterscheidungsmerkmal zwischen Mitarbeitergesellschaften, die von Betriebsräten initiiert werden, oder Partnerschaftsunternehmen, wie sie in der AGP organisiert sind, und selbstverwalteten Betrieben wies Frank Heider in seinem Beitrag hin.

Einer der ältesten und sicherlich bekanntesten selbstverwalteten Betriebe ist die taz, die von Konny Gellenbeck vorgestellt wurde. In der Krise Anfang der 90er Jahre entschieden sich die 246 MitarbeiterInnen 1991 für die Gründung der Genossenschaft. Intern wurde die Basisstruktur und der Einheitslohn aufgehoben, Gremien eingerichtet, eine Ressortaufteilung eingeführt und eine Anwesenheitspflicht von 37,5 Stunden festgelegt. Neben den MitarbeiterInnen konnten nun auch die LeserInnen »ihre taz« kaufen. Inzwischen gibt es insgesamt 4.074 taz-GenossInnen. In der taz spielt die Beteiligung der MitarbeiterInnen eine wichtige Rolle, so wird z.B. der Vorstand durch die MitarbeiterInnen gewählt. 1994 wurde die damalige Chefredaktion durch die MitarbeiterInnen abgesetzt. In Konfliktfällen werden jedoch auch die »Leser-Genossen« in Entscheidungen einbezogen. So gab es im März 98 einen Konflikt um die Anzeigenkampagnen der Bundeswehr sowie der Atomlobby: Der Vorstand sprach sich für eine solche Kampagne aus, die MitarbeiterInnen dagegen. Zur Entscheidungsfindung wurden hierzu die Genossen befragt, die sich mehrheitlich dafür entschieden.

Zum Runden Tisch wird eine ausführlichere Dokumentation der Beiträge erstellt. Interessierte können sie beim NETZ für Selbstverwaltung, Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen, Tel: (04 21) 794 90 44, Fax: 794 90 46, e-mail: netz@aries.de bestellen.●

ZUR NEUGESTALTUNG DES GESELLSCHAFTLICHEN ARBEITSVERMÖGENS – NEUE IDEEN, WEGE UND PERSPEKTIVEN

Sommerseminar Alternative Ökonomie

Das diesjährige TAKAÖ-Sommerseminar wird aus zwei Teilen bestehen:
1. Aus einem Kooperationswochenende mit der Bundesjugendschule des DGB von Freitag den 20. 08.99 18h bis Sonntag, den 22.08.99 15h und
2. Aus einem zweiten Teil mit Arbeitsgruppen zu verschiedenen alternativökonomischen Themen vom 22.08.99 17h – 29.8.99 12h

I. Kooperationswochenende vom 20.-22. August

Vor dem Hintergrund anhaltender Massenerwerbslosigkeit und eines sozialen Sicherungssystems, das an seine Grenzen geraten ist, halten wir es für notwendig, Diskussionsstränge zusammenzuführen, die – wie wir meinen – bislang eher getrennt verlaufen.

- Diskussionen in den **Gewerkschaften** darüber, wie Erwerbsarbeit umverteilt werden kann.
- Diskussionen im **alternativökonomischen Bereich** darüber, wie Arbeit anders zu organisieren und neu zu schaffen ist.
- Auseinandersetzungen über neue Formen des Teilens, der Solidarität und neue Formen des Gemeinsinns.
- Und schließlich die Debatte darüber, wie die **Zukunft des Sozialstaates** in einer Gesellschaft aussehen kann, in der soziale Sicherheit auf diese für immer mehr Menschen wegbrechende Erwerbsarbeit aufgebaut ist. Über neue Leitvorstellungen also für eine soziale Gesellschaft.

Wenn eine Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinne außer Reichweite geraten ist, muß es darum gehen, neue Wege zu beschreiten. Die vorhandene gesellschaftliche Arbeit scheint für alle nicht mehr als »Normalarbeitsverhältnis« organisierbar zu sein. Schon längst sind »Patchworkbiographien« – früher die klassischen Berufsbiographien von Frauen – zur Normalität für viele (Frauen und Männer) geworden.

Auf der Tagung sollen Ansätze zur Diskussion gestellt werden, die in ihrer Breite dazu beitragen sollen, voneinander zu lernen, Synergieeffekte zu erzeugen, Ressourcen zu verbreitern und Chancen in einer neuen Gestaltung der gesellschaftlichen Arbeit zu entdecken. Zur Einführung in die Diskussion sind am Freitag Abend zwei Referate zum Arbeitsbegriff aus gewerkschaftlicher und alternativökonomischer Sicht geplant.

Am Samstag vormittag bilden Impulsreferate zu vier Themenbereichen den Einstieg in eine sicher spannende Auseinandersetzung, die in Arbeitsgruppen am Samstag Nachmittag mit Co-ReferentInnen vertieft wird.

1. Vorhandene Erwerbsarbeit teilen.
2. Neue Erwerbsmöglichkeiten im 3. Sektor schaffen (europäische Beispiele).
3. Gesellschaftliches Engagement fördern (neue Formen gesellschaftlicher Arbeit in selbstbestimmten, gemeinnützig orientierten Zusammenhängen).
4. Die Zukunft des Sozialstaates oder: Neue Leitvorstellungen für eine soziale Gesellschaft

II. TAKAÖ-Sommerseminar

Folgende Arbeitsgruppen werden von Montag den 23.08.99 bis Sonntag den 29.08.99 stattfinden:

AG 1 Kollektives Management: 5 Module zu folgenden Themen 23.-27.8.99

1. Wie lassen sich Elemente einer moralischen Ökonomie betriebswirtschaftlich absichern ? Burghard Flieger
2. Wie müßte die Entwicklung kritischer sozialer Kompetenz aussehen? Gisela Notz
3. Auf welche Weise findet Organisationslernen in der Gründungsphase alternativer Betriebe statt? Günter Metzges
4. Sind Theorien der Selbstorganisation für Selbstverwaltungsbetriebe praktisch nutzbar? Kristina Bayer
5. Alternative (kreative) Vermarktungsformen für Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau, Burghard Flieger

AG 2 Einkaufsgemeinschaften 23. -25. 08.99
Ziel der AG ist es, neue Ideen für Einkaufsgemeinschaften zur Förderung partizipativer, ökologischer und sozial orientierter Betriebe und Projekte zu entwickeln. Zum einen werden praktische Beispiele existierender Einkaufsgemeinschaften vorgestellt. Zum anderen sollen folgende Ideen vertieft diskutiert und weiterentwikkelt werden:

1. Eine »Stromversorgungsgenossenschaft« – die Idee einer Erzeuger-Verbrauchergenossenschaft für Elektrizität aus regenerativen Energieträgern, Hans-Gerd Nottenbohm
2. Eine Versicherung auf Gegenseitigkeit für Freiberufler und andere Selbständige. Vorbereitung: (Pe Sturm angefragt)
3. Telefondienstleistungen, Karin Schröder

AG 3 »Was ist Professionalisierung?« 26. und 27. 08.99
Auch in der alternativen Arbeit der vergangenen Jahre ist der Begriff der »Professionalisierung« umstritten, gefeiert, hinterfragt worden. Das Begriffsspektrum reicht vom kostensenkenden Trick des Kapitals über methodische Aneignungen und inhaltliche Qualifikationen bis hin zu subjektiven Motivationen zum Abzocken. An zwei Nachmittagen soll versucht werden, dieser Begriffsklärung näherzukommen: Was heißt »Professionalisierung«? Rolf Schwendter

23.08.99 Infoaustausch über die Projekte der Anwesenden
24.08.99 Einführung zum »Qualitätsmanagement« Martina Racki
25.08.99 »Neue Leute – neue Themen«: Waldemar Schindowski und Bernd Scheda
26.08.99 »Projektmanagement mit Hilfe des Internet« Waldemar Schindowski, Hannelore Zimmermann

Grundgedanke für die AG ist die Prämisse, daß auch in der alternativen Ökonomie dezentrale, temporäre, Projekte an Bedeutung zunehmen werden. Dabei wird/kann das Internet ein hilfreiches Mittel zum Zweck sein. Welche Möglichkeiten schon heute bestehen, möchten wir gerne zeigen und diskutieren. Vorstellbar ist auch, daß anhand des TAK AÖ selbst, solch ein Beispiel durchgespielt wird. Ergänzend, als [illegible] Nachmittagsangebot: Grundlagen in den unterschiedlichen Computerprogrammen (Z.B.: Word, Exel, Bildbearbeitung, Publishing Programmen...)

27.08.99 Informationsaustausch mit Projekten aus der Region
28.08.99: Fest der DGB Jugendbildungstätte
29.08.99 Vormittags Abreise

Anmeldeschluß: 30. Juli 1999
Das Sommerseminar findet in Kooperation mit der Stiftung MITARBEIT statt.
Für Rückfragen und Angebote zur inhaltlichen Mitarbeit steht zur Verfügung: Dr. Burghard Flieger, Erwinstraße 29, D-79102 Freiburg, Tel.: (07 61) 70 90 23
Anmeldung und organisatorische Fragen zum Tagungshaus: Berthold Happel, Haus der Gewerkschaftsjugend, Königssteiner Straße 29, D-61440 Oberursel, Tel: (0 61 71) 59 03 24, Fax: 59 03 27

BUCHBESPRECHUNG

Startschuß für eine moderne Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften?

Sprint, Hürdenlauf, Staffel – mit solchen Bildern läßt sich gegenwärtig ein großer Teil der genossenschaftswissenschaftlichen Literatur beschreiben. Ein Lehrbuch für das Genossenschaftswesen als Projekt mit langem Atem bzw. als Versuch, über eine lange Strecke, die schnellen Entwicklungen der Realität zu begleiten, fehlte bisher. Insofern ist es Jürgen Zerche, Ingrid Schmale und Johannes Blome-Drees mit ihrer »Einführung in die Genossenschaftslehre« gelungen, eine Lücke im Spektrum der Laufdisziplinen genossenschaftlicher Veröffentlichungen zu schließen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Ziel der neuen Veröffentlichung von Zerche, Schmale und Blome-Drees ist es, einen grundlegenden Einblick in die heutige Genossenschaftswissenschaft zu geben. Einschränkend muß hier hinzugefügt werden: vorwiegend in die deutsche Genossenschaftswissenschaft. Aus Sicht der Autorin bzw. der Autoren dient das Lehrbuch der akademischen Orientierung. Entsprechend werden im ersten Teil wissenschaftstheoretische, im zweiten ordnungstheoretische und im dritten Aspekte einer genossenschaftlichen Betriebswirtschaftslehre dargestellt. Empirisches Datenmaterial und konkrete Ausführungen zu aktuellen Entwicklungen des Genossenschaftssektors (acht Seiten) kommen zu kurz.

Neuland betritt die Autorengruppe vor allem bei dem Versuch, eine »Besondere Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften als Managementlehre« zu umreißen. Manko bleibt hier die nicht angestrebte Umsetzungsorientierung bzw. Anwendungsbezogenheit der Ausführungen. Eindeutig innovativ ist aber die ausführliche Einbeziehung neuer managementtheoretischer Ansätze. Sie werden so für die Genossenschaftslehre fruchtbar gemacht. Dies gilt beispielsweise für die Diskussion der verschiedenen, vorwiegend amerikanischen Motivationstheorien. Auch erfolgt eine Auseinandersetzung mit mehreren Theorien zum Thema Unternehmenskultur. Außerdem werden Überlegungen aus dem Bereich des strategischen Managements bzw. der strategischen Planung auf die Genossenschaftslehre übertragen.

Diese vielfältigen Ansätze müßten in Zukunft allerdings ausgeprägter als bisher für die Praxis nutzbar werden. Da Zerche, Schmale und Blome-Drees den Weg hierfür aufbereiten, ist ihre Veröffentlichung ein hoffnungsvoller Startschuß für einen Marathonlauf, der noch viel Kondition bei nachfolgenden Auflagen erfordert.●

Jürgen Zerche, Ingrid Schmale und Johannes Blome-Drees: Einführung in die Genossenschaftslehre. Genossenschaftstheorie und Genossenschaftsmanagement, (R. Oldenbourg Verlag) München 1998, DM 49,80

müßiggangster

Zeitungen und Zeitschriften gibt es viele. Schön bunte, für jede Abstufung von Intelligenz und Gemütsbewegung, doch selten reißt es einem vom Hocker, was da von dieser farbigen Uniformität geboten wird. Da kann mensch froh sein, wenn der graue Alltag einem durch ein schwarz-weißes Highlight versüßt wird, welches auf den genialen Namen *»müßiggangster«* getauft worden ist.

Mit der Nummer zwei, Frühling 1999, liegt das dritte Heft vor (incl. der Null-Nummer), im Format Din-A-5, und 40 Seiten stark. Im Untertitel heißt die Zeitschrift: Kontemplationsblatt der Glücklichen Arbeitslosen. »Der müßiggangster ist kein Zentralorgan, sondern ein Sammelbecken«, so die Selbsteinschätzung und der Wunsch, das doch ein Blatt von seiner Leserschaft getragen wird. Genial ist schon die Titelseite mit ihrer Schlagzeile: Bündnis für Simulation: Ihr tut, als ob ihr Arbeitsplätze schafft, wir, als ob wir arbeiten!

Die Glücklichen Arbeitslosen, sind eine undogmatische, subversive Arbeitslosengruppe, deren Texte mittlerweile in halb Europa übersetzt und verbreitet werden. Der Gedanke, daß Arbeitslosigkeit und Glück durchaus vereinbare Dinge sind, hört sich ganz an wie ein Relikt aus der guten alten Hippiezeit, wo der Kampf gegen Konsum Religion war (u.a.). Die Technik des Glücks als Post-Dadaistisches Happening. Neben einem Selbstverständnis und der Anleitung für Glückliche Arbeitslose werden Themen wie »Umschulung ins Nichts«, »Krieg als Profitmaschine« und vieles mehr abgehandelt. Gedichte gehören ebenso dazu wie die Interpretation des Märchens von »Hans im Glück«.

Hier entsteht eine starke Anti-Kapitalistische Front. Wenn der Arbeitslose glücklich ist, hat die Arbeit keine Chance mehr – weder als »sozialer Raum« noch als Konsum-Ersatzbefriedigung. Die Werte müßten neu definiert werden. Der *müßiggangster* versucht seinen Teil dazu beizutragen.

müßiggangster sowie das *'Manifest'* sind gegen »Angabe des Grundes und Beifügung einer Spende« über folgende Adresse erhältlich:
Die Glücklichen Arbeitslosen, c/o Im Stall, Kastanienallee 84, D-10435 Berlin.●

jochen knoblauch

Fibel für Staatsopfer

Der Bremer Rechtsanwalt Rolf Gössner veröffentlicht mit seiner »Ersten Rechts-Hilfe« eine Anleitung für einen selbstbewußten Umgang mit Polizei, Justiz und Geheimdiensten.

Rolf Gössner hat allen Grund, gegenüber dem Rechtssystem mißtrauisch zu sein: Seit über 25 Jahren wird er vom Verfassungsschutz beobachtet. Die Erfahrungen mit dem staatlichen Gewaltmonopol wurden zu Gössners Berufung: Unzählige Bücher und Aufsätze zum Thema Innere Sicherheit erschienen in dieser Zeit, inzwischen hat er sich zu einem der profiliertesten Kritiker des praktizierten Systems der Inneren Sicherheit gemausert. Seit 1990 ist Gössner wissenschaftlicher und rechtspolitischer Berater der Grünen im Niedersächsischen Landtag. Auch für die PDS gab er schon seine Meinung ab.

Jetzt liegt ein neues Buch des Rechtssystem-Kritikers vor, das zur neuen Fibel für all jene werden soll, die wegen ihres politischen Engagements mit dem Staat und dem Rechtssystem zu tun bekommen oder einfach so in die Mühlen der Justiz gelangen. »Erste Rechts-Hilfe« heißt der 383 Seiten-Schinken, der in jedem Demo-Gepäck zu schwer wäre, »Rechts- und Verhaltenstips im Umgang mit Polizei, Justiz und Geheimdiensten«.

Die Gesellschaftsanalyse kommt bei Gössner vor den Ratschlägen – und bietet dabei wenig Überraschendes, aber viel Wahres. Den »Deutschen Herbst« 1977 macht Gössner als Wendepunkt und Quantensprung hin zum »Autoritären Sicherheitsstaat« aus. Der Konflikt mit der Roten Armee Fraktion habe die Rechtfertigung für den Staat geliefert, seinen Sicherheitsapparat auszubauen. Danach beobachtet Gössner einen »Herbst ohne Ende«, denn in den 80er Jahren wurde das AntiTerror-Sonderrechtssystem »noch erheblich verschärft und ausgedehnt«.

Auch zwischen 1990 und 1997 macht Gössner den Trend zum »Grundrechte-Zerfall und Demokratie-Abbau« aus und bemüht Zahlenwerk, um Ungleichbehandlungen aufzuzeigen. Bundesweit standen beispielsweise in dieser Zeit 24 Rechtsterrorismus-Ermittlungsverfahren gegen 1.229 Linksterrorismus-Verfahren. Die verschiedenen Polizei- und Sicherheitseinheiten, so Gössner, werden bis heute weiter aufgerüstet. Gössners Schluß: »Der 'Sicherheitsstaat' scheint in dem Maße aufgerüstet zu werden, wie der Sozialstaat abgetakelt wird.«

Gössner will Bewußtsein schaffen für einen Bereich, der noch vor zehn Jahren für die Politisierung der Linken konstituierend war, heute aber gerade noch ein paar Autonome hinter dem Ofen hervorlockt. Die Öffentlichkeit aber, auch die linke, hat sich längst an Sicherheitsnetz, Lauschangriff und Gen-Datei gewöhnt, bevor die neuen Strukturen rechtlich überhaupt abgesichert sind. Auch unter der neuen rot-grünen Bundesregierung entdeckt Gössner keinen hoffnungsvollen Ansatz zu einer grundlegenden »Reform, Entbürokratisierung und Demokratisierung des Polizeiapparates«.

Der neue Ratgeber setzt auf konkrete Rechtsbelehrung mit politischem Unterton. In den acht Kapiteln gibt Gössner Tips für das Verhalten nach einer Verhaftung bei Demonstrationen, bei polizeilichen Alltagseinsätzen, bei Ordnungswidrigkeiten und Strafverfahren oder klärt über Datenschutz-Rechte auf. Nicht nur die vermummte Antifa ist sein Adressat: Das richtige Verhalten bei Verkehrskontrollen ist ebenso Thema wie das Recht auf Akteneinsicht oder der Umgang mit Bußgeldbescheiden.

Gössners Ratschläge lesen sich dabei oft wie die Litanei eines altgedienten Bürgerrechtlers. Bei Anwerbungsversuchen durch den Verfassungsschutz rät er zum Beispiel, Flugblätter zu verbreiten oder Pressekonferenzen zu veranstalten, für Demonstrationbesuche empfiehlt er wasserdichte Kleidung (»Wasserwerfer- und wetterfest«) und ausreichend Proviant. Doch bei der Nachwuchs-Beratung bleibt Gössner nicht stehen. Wie funktioniert eine Verfassungsbeschwerde? Wer hat Anspruch auf Schadensersatz? Wessen Telefon darf abgehört werden, und wie schützt man sich vor unliebsamen Schnüfflern? Wie verhält man sich als Zeuge von Polizeiübergriffen, als Proband eines Massen-Gentests oder als Betroffener einer Hausdurchsuchung? Welche Rechte haben Streikende?

Den Rechtsanwalt will Gössner nicht ersetzen. Für Menschen, die sich um einen »selbstbewußten Umgang mit dem 'Apparat'« (Klappentext) bemühen, will das Buch ein politischer Ratgeber sein, der das Ohnmachts-Gefühl gegenüber den Behörden immerhin abschwächen kann. Gössner hat dafür nichts weiter getan, als sein langjähriges Engagement in Buchform zu gießen. Seine anhaltende Skeptik gegenüber den Überwachungsinstrumenten des Staates mag dem einen als Verfolgungswahn erscheinen – bis man sich selbst gegen solche Staatsmaßnahmen zur Wehr setzen will.●

Christoph Dowe

Aus: taz Bremen Nr. 5880 vom 8.7.1999 Seite 28

Erste Rechts-Hilfe. Rechts- und Verhaltenstips im Umgang mit Polizei, Justiz und Geheimdiensten, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1999, ISBN 3-89533-243-7, Preis: 39,80 Mark

Der Fall eines Gottkönigs

Der Dalai Lama genießt weltweit hohes Ansehen; er gilt als Symbolfigur für Friedfertigkeit und Weisheit sowie als Repräsentant des kleinen, unterdrückten Volkes der Tibeter. 1989 erhielt er den Friedensnobelpreis.

Colin Goldner wirft einen Blick hinter diese Fassade. Er zeichnet das Leben des 14. Dalai Lama seit dessen Geburt (1935) und »Entdeckung« nach. Chronologisch stellt der Autor die verschiedenen Stationen des geistliche und politische Führung der Tibeter in sich vereinenden Gottkönigs dar: Seine Erziehung im Kloster, die Zeit nach dem Einmarsch der Chinesen (1950), die Flucht nach Indien (1959), wo noch heute die exiltibetische Regierung ihren Sitz hat (Dharamsala), sein Aufstieg zum Medienstar und zur Kultfigur der Esoterikszene.

Die analytische Tiefe wird hergestellt durch 18 »Exkurse«, in denen zu bestimmten Aspekten der buddhistischen Lehre, der tibetischen Geschichte oder der Biographie des Dalai Lama Längsschnitte und Hintergrundinformationen geboten werden. Dabei deckt der Autor bislang wenig bekannte Fakten auf: Die Lebensverhältnisse unter der Diktatur der »Gelbmützen«-Mönche waren erbärmlich, durch die Geschichte des Lamaismus zieht sich eine Blutspur, in den Klöstern werden vierjährige Jungen aberwitzigen Übungen unterzogen, die tantrischen Rituale basieren auf einer tiefen Frauenfeindlichkeit. Die Doktrin des tibetischen Buddhismus ist geprägt von menschenverachtenden Vorstellungen über »Karma« und eine angeblich höhere »Gerechtigkeit« alles Seienden (wem es heute schlecht geht, wer krank ist, ausgebeutet und gequält wird, habe dies durch seine vorherigen Leben selbst herbeigeführt) und beherrscht von einem abstrusen, jeden freien Gedanken unterdrückenden Dämonenglauben; die Äußerungen des Dalai Lama zeugen von absolutem Unverständnis für die am Ende des 20. Jahrhunderts anstehenden Fragen, seine »Weisheiten« entpuppen sich als nichtssagende, manchmal sogar peinliche Allgemeinplätze mit teilweise bedenklich rechtslastigem Einschlag.

Ausführlich befaßt sich der Autor mit der Besetzung Tibets durch die Chinesen. Ohne Partei für die Militärdiktatur zu ergreifen, weist er den Exil-Tibetern und ihren weltweiten Unterstützern zahlreiche übertriebene und falsche Behauptungen nach, die in erster Linie dazu dienen, die internationale Spendenfreudigkeit anzukurbeln. Schließlich werden die Kontakte des Dalai Lama untersucht: neben den Großen der Welt finden sich unter seinen »Bekannten« der Okkult-Nazi Miguel Serano, der Terrorist Shoko Asahara und zahlreiche Vertreter verschiedener esoterischer Strömungen.

Nach der Lektüre des Buches werden viele Menschen ihr Bild vom Dalai Lama und dem durch ihn verkörperten Buddhismus revidieren müssen.●

dp

Colin Colder: Dalai Lama – Fall eines Gottkönigs. ca. 420 Seiten, kartoniert, über 40 Abb., ca. 39 DM, Alibri Verlag, ISBN 3-932710-21-5 (erscheint Sommer 1999)

Dokumentation EUREGIA

Über die Fachausstellung und den Kongreß »EUREGIA – Regionalentwicklung in Europa«, die Ende Oktober 1998 in Leipzig stattfanden, liegt jetzt bei der Leipziger Messegesellschaft eine Dokumentation vor.

Unter den Schwerpunkten »Regionalentwicklung im Wettbewerb Europäischer Regionen«, »Soziale Ökonomie und nachhaltige Entwicklung«, »Neues systematisch entwickeln – Gewerbe, Handwerk und Dienstleistungen auf dem Lande« und »Regionalentwicklung in Ost- und Mitteleuropa« enthält die Dokumentation 23 Reden und Erfahrungsberichte aus neun europäischen Ländern. Sie gibt Einblick in die europaweite Arbeit auf diesem zukunftsträchtigen Gebiet und ist ein Beitrag zum internationalen Dialog über die Entwicklung der Regionen.

Zum Preis von 25 DM kann die Dokumentation bei der Leipziger Messe, Projektteam 1, Postfach 10 07 20, D-04007 Leipzig per Post oder unter (03 41) 678 82 82 per Fax bestellt werden.●

dp

Regionalentwicklung

Mit dieser vom Umweltverband Grüne Liga herausgegebenen Broschüre liegt eine ausführliche Dokumentation über Projekte mit regionalem Ansatz im ländlichen Raum vor. Geografischer Schwerpunkt sind die ländlichen Räume der neuen Bundesländer, aus ihnen werden insgesamt 31 Projekte vorgestellt, hinzu kommen noch 8 aus den alten Ländern, vor allem aus Bayern. Das Spektrum der vorgestellten Initiativen ist sehr breit. Es reicht von Einzelvorhaben wie etwa Ökodörfer, über Umweltbildungszentren und Projekte mit sozialem bzw. arbeitsmarktpolitischem Schwerpunkt bis hin zu größeren Programmen von Gemeinden und Landkreisen zur Förderung der lokalen und regionalen Wirtschaft, oder zur Initiierung von mehr Zusammenarbeit unter verschiedenen ländlichen AkteurInnen, wie sie etwa im Rahmen von Landschaftspflegeverbänden praktiziert werden.

Die aufgeführten Beispiele enthalten jeweils eine kurze Beschreibung der jeweiligen Region (Größe, EinwohnerInnen, Verteilung der Erwerbsarbeit bzw. -losigkeit, Stand der integrativen Entwicklungskonzepte) und der Projektschwerpunkte incl. der Adressen der Projektträger. Anschließend werden die Projekte bzw. ihre Bestandteile mehr oder minder ausführlich vorgestellt. Ein Kriterium für die Aufnahme in die angenehm gestaltete Dokumentation war der Aufbau und die Stärkung regionaler Produktions- und Konsumstrukturen, desweiteren sollte nach Möglichkeit ein regionales Warenzeichen vorhanden bzw. in Arbeit sein. So kommt es, daß die Projekte fast durchgängig ihren Schwerpunkt in der Landwirtschaft und den ihr angelagerten Bereichen wie ländliches Handwerk, Tourismus oder Gastronomie haben.

Es wird deutlich, daß einige Projekte schon weit fortgeschritten sind, vieles befindet sich aber noch in der Planungs- und Aufbauphase, ist also noch Zukunftsmusik. Das große Manko der Broschüre ist, daß nirgends das ihr zugrundeliegende Verständnis von »nachhaltig« oder auch »regional« genauer definiert wird, und so die Kriterien für die Aufnahme nicht deutlich genug sind. Die Broschüre leistet – jenseits der Vorstellung von vielen Beispielen – keinen Beitrag zur Debatte über die politischen Dimensionen, den Erfolg oder auch nur die Wirksamkeit von eigenständiger und nachhaltiger Regionalentwicklung. Sie zeigt aber sehr anschaulich, daß die neuen Länder sich mittlerweile in Sachen (nachhaltiger) Regionalentwicklung nicht mehr zu verstecken brauchen und bietet viele Ideen und konkrete Anregungen für die »regionale« Praxis.●

Bernd Hüttner

Tomas Brückmann, Torsten Kell, Bettina Kremberg, Rainer Totzke: Nachhaltige Regionalentwicklung im ländlichen Raum, 19,80 DM (Bezug: Grüne Liga, fon 030/204 47 45)

Expressin' myself!

Jugendkultur, das heißt... Graffitischmierereien an Häuserwänden, schnorrende Punks in der Fußgängerzone. Ecstasy als Partydroge, Skater, die die marmornen Rathaustreppen mit ihren Rollbrettern demolieren. Wenn die Medien-Öffentlichkeit nicht gerade voyeuristisch das Schrill-Exotische der Jugenkulturen bestaunt, dann setzt sie die Problembrille auf.

»Expressin' myself!« setzt die Problembrille zunächst ab. Es fragt nicht danach, welche Probleme Jugendliche machen, sondern danach, welche Probleme sie haben. Mehr noch: Es rückt die Bedürfnisse, Wünsche, Träume von jungen Leuten in den Mittelpunkt und läßt sie selbst zu Wort kommen. »Expressin' myself!« – der Titel ist Programm: In rund zwei Dutzend O-Tönen geben junge HipHoper, Skateboarder, Punks und Techno-Freaks Auskunft darüber, was sie bewegt. In Interviews, Texten, Gedichten, Comics und Fotos. Politik, Alltag, Ästhetik, Sex, Musik, Gewalt – welche Rolle spielen diese Dinge in ihrem Leben? Was macht sie zu Szenen-Mitgliedern? Was denken sie über die Zukunft?

»Expressin' myself!« ist ein Buch der Projektgruppe Jugendkulturen. Sie besteht aus Jugendlichen und Studierenden der Hochschule für Sozialwesen Esslingen samt ihrem Prof.. Bevor sie auf Jugendliche beruflich losgelassen werden, wollten die künftigen SozialpädagogInnen nicht nur theoretische Ergüsse über die Jugend von heute lesen. Über ein Jahr hinweg suchten sie deshalb Jugendliche aus verschiedenen Szenen auf, begleiteten sie, sprachen mit ihnen, hörten ihre Musik, ließen sich Skateboardtricks zeigen, hingen mit ihnen ab, lernten ihre Comics kennen, schossen Fotos von ihnen und ihrem Leben, lasen ihre Gedichte. Heraus kam dieses Buch mit einer Einleitung von prof. Dr. Kurt Möller zur Funktion von Jugendkulturen in der heutigen Erlebnisgesellschaft.●

dp

Expressin' myself! Punks, HipHoper, Technos, Skateboarder. Von der Projektgruppe Jugendkulturen. 120 Seiten, 28 DM, ISBN 3-933773-07-5

Horror oder Heimat?

Anja Tuckermann, u.a. mit dem ARD-Hörfunkpreis ausgezeichnete Berliner Autorin, 1998/99 »Bezirksschreiberin« im jüngsten Bezirk Ostberlins, sprach in dieser Zeit mit Hellersdorfer Jugendlichen über ihren Lebensalltag, ihre Ängste und Träume, Erinnerungen und Zukunftsperspektiven. Der Hellersdorfer Fotograf Nikolaus Becker, der seine Ausbildung bei der DEFA in Babelsberg absolvierte und seit 1985 freischaffend arbeitet, dokumentiert den Bezirk und seine jugendlichen BewohnerInnen im Bild.●

dp

Horror oder Heimat? Jugendliche in Berlin-Hellersdorf. Von Anja Tuckermann & Nikolaus Becker. 140 Seiten, 28 DM, ISBN 3-933773-08-3

Freie Alternativschulen gestern und heute

»Der Geist ist keine Scheune, die man füllt, sondern eine Flamme, die man nährt«, so ein programmatischer Slogan aus der Freien Alternativschulbewegung. Deren Existenz wird in der Öffentlichkeit kaum beachtet. Dabei wurde in Deutschland schon im Jahre 1972 die erste Freie Alternativschule, die Glocksee-Schule in Hannover, gegründet. Ihre programmatischen Leitideen:

- Freiheit für die Kinder statt Bevormundung der SchülerInnen!
- Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung und freie Entfaltung der Persönlichkeit!
- Kinder brauchen Räume und Zeiten, in denen sie nicht ständig von Erwachsenen kontrolliert werden.
- Die Schule muß demokratisiert werden!
- Die Produktivität der Kinder ist der von Erwachsenen gleichwertig.

Seitdem hat sich einiges getan und heute, 1999, gibt es in der Bundesrepublik 34 arbeitende Freie Alternativschulen und 10 Initiativen, die eine Freie Alternativschule gründen wollen.●

dp

Flugschriften 3, Verlag Klemm & Oelschläger, ca. 48 Seiten, 9,80 DM, ISBN 3-932577-11-6

Das Subsistenzhandbuch

Vom norddeutschen Tauschring über die spanische Land- und Hausbesetzerbewegung bis zu den indianischen Bauerngemeinden in Chiapas spannt sich der Bogen dieses Handbuchs der Subsistenz. Mit kritischer Sympathie begegnen die AutorInnen den subsistenten Lebensentwürfen in Nord und Süd, Ost und West, die sich teils als bewußte Widerstandsform und teils als einzig mögliche alternative Überlebensstrategie zur sich globalisierenden Weltwirtschaft begreifen. Über die TrägerInnen der unterschiedlichen Subsistenzkulturen berichtet dieses Buch.

Subsistenz bezeichnet sowohl eine Produktionsform, die der unmittelbaren Lebenssicherung dient, als auch eine geistige, politische Orientierung hin zum Notwendigen und Wesentlichen. Die Arbeit der Hausfrauen und der Kleinbauern/-bäuerinnen stellt die typische moderne Subsistenzproduktion dar. Diese ist aber nicht nur durch einen hohen Grad an Selbstbestimmung definiert, sondern immer auch an Marktbeziehungen geknüpft. Damit ist Subsistenzproduktion durch verschiedene Mechanismen der Ausbeutung in die Weltwirtschaft integrierbar. Die SubsistenzproduzentInnen sind weltweit am meisten von patriarchaler und kapitalistischer Gewalt betroffen. Gleichzeitig wird im gegenwärtig dominierenden Wirtschaftssystem immer mehr Menschen die Sicherung der Subsistenz streitig gemacht: steigende Armut, Obdachlosigkeit und Erwerbslosigkeit sowie damit einhergehend das Gefühl existenzieller Angst und Unsicherheit prägen die meisten Gesellschaften. Die Herausgeberinnen schließen daraus, daß effektiver Widerstand gegen Menschenverachtung und Naturzerstörung im globalisierten Zeitalter vor allem darin bestehen kann, sich die Subsistenzproduktion zurückzuerobern und sie weitestgehend aus den Fängen einer profit- und wachstumsorientierten Geld- und Warenökonomie zu befreien. In diesem Sinne geht es im Subsistenzhandbuch darum, alternative Wege des Wirtschaftens aufzuzeigen, und zwar Wege, die bereits beschritten werden.

Es erzählt von Widerstandsgemeinden in Guatemala, der Rückkehr zigtausender »Entindustrialisierter« aufs Land in Rumänien, Rußland und der Ukraine, von Maya-Gemeinschaften in Chiapas/Mexiko, Tauschringen in Ost- sowie Landkommunen in Westdeutschland, philippinischen Kokosbauern, Südtiroler und Schweizer Eßkastanien-Bewirtschaftung ... Ein Exkurs über den Garten als historische Subsistenzgrundlage sowie über die Rückkehr der Gärten ins städtische Leben runden das Thema ab.

Die Herausgeberinnen Veronika Bennholdt-Thomsen, Brigitte Holzer und Christa Müller gehören zur »Bielefelder Schule«, die sich seit Jahren mit Alternativen zur herrschenden Weltwirtschaft beschäftigt. Die Analyse kolonialistischer Verheerungen, die sowohl in den Peripherien, als auch in den Zentren gewütet haben, verbinden die Autorinnen mit einer antipatriarchalen, feministischen Sichtweise.●

dp

Bennholdt-Thomsen/Holzer/Müller (Hg.): Das Subsistenzhandbuch. Widerstandskulturen in Europa, Asien und Lateinamerika. ISBN 3-85371-143-X, 248 Seiten, br., DM 34,–/ öS 248,– / sFr 31,50

JOBS

Innovative Monatszeitung sucht mutige/n Einsteiger/in mit (Berufs-)Erfahrung in Redaktion, Layout, Organisation, Verwaltung, Akquise und/oder Vertrieb. Unsere Inhalte sind Ökologie, Kultur und Soziales vor dem Hintergrund eigenständiger Regionalentwicklung. Torfkurier Verlag, Große Str. 81, D-28870 Ottersberg (Nähe Bremen)
☎(0 42 05) 77 99 66, Fax 77 99 65

EngagierteR **ErzieherIn** für heiltherapeutisches Kleinheim im Hunsrück gesucht. Dot. nach BAT. Anfragen an ÖGEK e.V.
☎(0 65 44) 93 10

PROJEKTE

Hexen mit und ohne Kind gesucht, die ihre heilenden Visionen vom gemeinsamen Wirken und Werden, Lieben und Lachen, Tun und Lassen in Frauengemeinschaft auf dem Land leben wollen.
Chiffre: Rund

Bauernhof am Stadtrand von Zweibrücken für alternative Gruppen/Projekte frei. Gr. Wohnhaus, ausbaufähige Ställe, 4 Ha. Wiesen.
☎(0 30) 345 44 31

Agenda, Nachhaltigkeit, Mensch-Natur-Technik:
Hat Umweltschutz nix anderes mehr zu bieten?
Doch!
Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit
4-6mal jährlich.
Beiträge zur Theorie emanzipatorischer Umweltschutzarbeit, Praxis, Termine, Einmischung in die aktuelle Umweltschutzdebatte. Umweltschutz als Teil gesellschaftlicher Bewegung.
Abo (einschl. Beilage "Ö-Punkte"): 40 DM/Jahr. Aktuelle Ausgabe: 6 DM in Briefmarken.
Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen

AUSBILDUNG

Suche Ausbildungsplatz zum **Buchhändler**. Bin Diplom-Sozialarbeiter und seit längerem in der Alternativen Literatur-Szene tätig und darum interessiert, auch hauptberuflich in die Buchbranche einzusteigen. In Berlin oder im Nordwesten. Thomas Nöske, 30 J.
☎(0 30) 53 69 85 28

Plakate zum Bestellen

Fluchtursachen bekämpfen - nicht Flüchtlinge

Plakate DIN A 2, 2-farbig
Der Text verweist auf die Fluchtgründe von KurdInnen und fordert eine politische Lösung des Kurdistankonfliktes.

(0,30 DM/Ex.) gegen Vorkasse zzgl. Porto (bis 50 Ex. 6,90 DM, ab 50 Ex. 10 DM Porto)
Kto. Nr:15967660, BLZ: 590 100 66 (Postbank Saarbrücken)

AKTION 3.WELT Saar, Postfach 1133, 66674 Losheim

Gruppe KRISIS
Manifest gegen die Arbeit

Bezug: (Vorkasse)
Krisis-Kreis-Köln, Düsseldorfer Str. 74, 51063 Köln
1 Ex: 6,60 DM (Briefm.), 2 Ex: 10 DM (Schein)
10 Ex: 30 DM (Geldscheine oder V-Scheck)

iz3w

Die Zeitschrift für Politik, Ökonomie und Kultur zwischen Nord und Süd

1999 mit Schwerpunkten u.a. zu:
- Weltwirtschaften
- Global Cities
- Kriege
- Jahrhundert der Lager
- KulturIndustriePolitik
- FernWeh
- Sexualität und Identität

Einzelheft DM 8,- ▸ Abo DM 60,- im linken Buchhandel, in Dritte-Welt-Läden oder beim

iz3w ▸ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Internet: http://www.rolf.de/iz3w

✂ ----------
☐ ich bestelle ein Probeexemplar
Name .....
PLZ/Ort .....
Straße .....
Unterschrift .....
Datum .....

Alle 6 Wochen neu

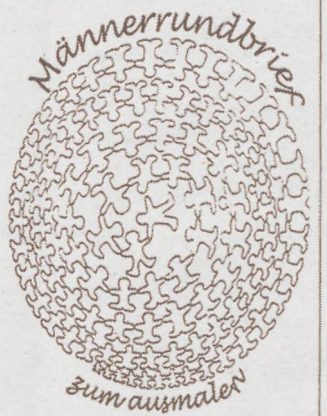
ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Neu: Inhalt per Email
Schickt uns ein Mail mit dem Betreff: Inhaltsverzeichnis - und ihr wißt, was in der neuen ak steht.

kostenloses Probeexemplar oder gleich ein Abo...
analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
Tel: 040-40170174 Fax: 040-40170175
Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

www.akweb.de

Männerrundbrief



Mai '99 6,- Mark

Totgesagte leben länger:
Der neue Männerrundbrief ist da! mit neuer Redaktion.
Aus dem Inhalt:
Männer, Isolation und Sexualität
Subjektivität und Politik
Forschende Männerkritik
Preis: 6,- incl. Porto
Ab 5 Ex. 4,- pro Ex.
Männerrundbrief
c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64
48153 Münster
e-mail: MaennerRB@aol.com

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Zwei neue Dokumentationen des Dritte Welt Hauses Bielefeld

Bestellungen beim Dritte Welt Haus Bielefeld möglichst gegen Vorauskasse: August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Tel. 0521/62802 Fax: 0521/63789

8 DM inklusive Porto — 10 DM inklusive Porto

Fluchtursachen und internationale Politik, Dezember 98 (44 Seiten):
- Das Geschäft mit dem Krieg in Angola
- Die Machtergreifung Kabilas
- Künstlich geschaffene Ethnien in Rwanda
- »Offensichtlich unbegründet« für afrikanische Flüchtlinge
- Flucht vor genitaler Verstümmelung
- Strategien für eine Fluchtpräventionspolitik

Bilanz und Perspektiven der gewaltlosen Konfliktbearbeitung, Mai 99 (50 Seiten):
- Bürgerkriegsökonomien in Afrika
- Rüstungsexporte: legal und genehmigt
- Das Geschäft mit der Nothilfe
- Konfliktrelevanzprüfung bei Entwicklungsprojekten
- Interview mit UNO-Experten Andreas Zumach
- Der gelungene Frieden in Mosambik

Aktionen und Alternativen zu Weltwirtschaft und Globalisierung

Wi(e)der die Klebrillisierungsfalle

...ein 70 Seiten starkes Stück!

Die Broschüre gibt es gegen 5- DM in Briefmarken:

Verdener Umweltwerkstatt, c/o Ökozentrum, Friedensallee 6, 27283 Verden/Aller, Fon 04231/957571

WAS NUN?

Arbeits- und Beschäftigungsförderung – Erfahrungen, Perspektiven, Konzepte

In der aktuellen Ausgabe (Nr. 68):

Zuwendungsempfänger oder Dienstleister? *Vorschläge und Notizen von der Jahrestagung der BAG Arbeit*

Zukunftssicherung jenseits von Globalisierung *Zu einem Buch von Douthwaite und Dieffenbacher*

Orchester auf Abruf *Arbeitslose Berufsmusiker hoffen auf Verlängerung ihrer Maßnahme*

Noch vorrätig: Einige Exemplare der fünfteiligen ***WAS NUN?***-Serie von Alexandra Wagner zu den Empfehlungen der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission
Amerikanisierung der Gesellschaft? • Bürgerarbeit statt Erwerbsarbeit? • Arbeitszwang und eine neue Dienstbotenklasse? • Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung? • Der Mensch als Unternehmer – das Leitbild der Zukunft? (Serie zum Preis von 10 DM)

WAS NUN? *erscheint zehnmal im Jahr*
Einzelexemplar: 2 DM (zzgl. Porto) •
Jahresabonnement: 30 DM • Ab fünf Exemplare Sammelbezug zu ermäßigtem Druckkostenbeitrag

Redaktion: Wiesenstr. 29 • 13357 Berlin
Tel.: 030/4650 7365; Fax: 030/461 2418

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: r.buch@partisan.net; 18546 Saßnitz/Rügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Weddingstr. 1, ☎ (038392) 3 36 49, Fax 3 37 49, E-Mail: a.kuestermann@link-n.cl.sub.de, Internet: www.ruegen-wirtschaft.de/presse-verlag-ostseh; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/hs/contraste; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; 50679 Köln, Redaktion Köln, Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90, E-Mail: h.weinhausen@link-k.de; 53119 Bonn, Redaktion Bonn, Thomas Faßbender, Im Tannenbusch 5, ☎ (0228) 987 52 10, E-Mail: vzs5ek@uni-bonn.de; 60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; 71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; Sozialpolitik: 88142 Wasserburg, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75; Tauschringe: 49504 Lotte-Halen, Klaus Kleffmann, Hasenkamp 30, ☎ (0 54 04) 61 97, Fax 48 22, E-Mail: privatier@t-online.de; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 10777 Berlin, Elisabeth Voß E-Mail: elisv10777@aol.com; Regionalentwicklung und Landwirtschaft: 28309 Bremen, Bernd Hüttner, Zur Dampfmühle 8, ☎ (04 21) 45 16 96

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221)·16 44 89

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Themen 2/99

Kosovo
Antikriegsbewegung in Jugoslawien · Appell antinationalistischer serbischer Oppositioneller · e-mail aus Nisch · Die Linke und der Krieg · Stellungnahmen von WRI und IMI

Mexico
Ergebnisse der Consulta Nacional *von Edo Schmidt*

ICC-Karawane
Eine Fotoreportage *von Boris Scharlowski & Jan Ja Hofmann*

Noam Chomsky
Interview *von David Barsamian*

Bookchin & Kropotkin
Eine Gegenüberstellung *von J. Frank Harrison*

Libertärer Kommunalismus
und Männlichkeit *von Schwarze Feder*

Geschichte
der Hausbesetzerinnen-Presse *von Bernd Drücke*

Riefenstahl-Ausstellung:
Anmerkungen *von Thomas Naumann*

Nachruf
auf Karl Kreuger *von Ralf G. Landmesser*

25 Jahre Edition Nautilus:
Franz Jung *von Martin Droschke* · Aussenseiterkultur *von J. J. Hofmann*

ABO: 30,- DM / Jahr (4 Nummern)

SCHWARZER SFADEN

Postfach 1159 · D-71117 Grafenau
Tel. 07033 - 4 42 73 · Fax 4 52 64
http://www.txt.de/trotzdem
e-mail: trotzdemuSF@t-online.de

Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
5,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 20,00 Mark

Heft 3/1999
Schwerpunkt:

Globalize it! – Beiträge zu einer grenzenlosen Debatte

- **Zukunft: Keine Chance der Politik**
- **Gegenwart: Bürgerkrieg in Chiapas**
- **Vergangenheit: DDR ein Unrechtsstaat?**
- **Interview: Prof. Pernice zur NATO**

Weitere Themen:
- **Multilaterale Abkommen: Aufrüstung der Konzerne**
- **Ausbildung: Studiengebühren**

Forum Recht Abonnement:
Forum Recht Vertrieb
c/o Katharina Ahrendts
Christburger Str. 18
10405 Berlin

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 11 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen.
An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termine: 27.-29.8.99, 1.-3.10.99
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

NETZ

Effiziente Nutzung des Internets
Beim Stichwort »Internet« wird heute häufig zuerst ans »Surfen« zu Unterhaltungszwecken gedacht. Welche Möglichkeiten bieten sich jedoch, das Internet zu professionellen Kommunikations- und Recherchezwecken zu nutzen? Neben dem Umgang mit E-Mail wird die Bedienung von Such- und Metasuchmaschinen, die Nutzung von Internet-Speicherplatz und weiterer zentraler Dienste, wie z.B. FTP trainiert. Im Rahmen des Seminars erhalten die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, sich einen eigenen freien E-Mail-Zugang und einen Speicherplatz im Internet kostenlos einzurichten. Das Seminar richtet sich an alle, die die modernen Möglichkeiten des Internets für ihre tägliche Arbeit nutzen möchten. Das Seminar wird in Kooperation mit der Lehrerkooperative Frankfurt angeboten.
Termin: 24./25.9.99, Frankfurt
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44, Fax 749 90 46
E-Mail: netz@aries.de
Internet: http://www.aries.de

RADIKAL REISEN

Seit vielen Jahren organisieren JungdemokratInnen / Junge Linke Seminare und Austauschprogramme mit politischen Jugendorganisationen, linken Initiativen, Antirepressions- und Menschenrechtsgruppen, Antinationalen und Kulturlinken – in Europa, den USA und ab und an auch andererorts. Mitfahren kann jede und jeder, unabhängig von einer Mitgliedschaft.
Russia: Moskau und Bransk
27.12.99-6.1.2000
The Real World
Zu jeder Reise gibt es ein ausführliches Faltblatt, ein Vorbereitungsseminar und einen Reader mit inhaltlichen Informationen.
Information:
JungdemokratInnen-Junge Linke, Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: info@junge-linke.de
http://www.junge-linke.de

FRAUEN

Bundesweiter Kongress des Autonomen Frauenhauses
Eingeladen sind MitarbeiterInnen aus Projekten, sozialen Institutionen, Behörden, Kliniken, Bildungsstätten, Hochschulen und Interessierte, die sich praktisch und/oder theoretisch mit den Themen Gewalterfahrungen von Frauen und Mädchen und Gewaltbereitschaft von Männern beschäftigen und/oder in diesem Bereich arbeiten.
Termin: 7.-9.10.99, Lübeck
Weitere Informationen:
Frauen helfen Frauen e.V., Adolf-Ehrtmann-Str. 2, 23564 Lübeck,
☎(04 51) 6 60 33, Fax: 62 43 86,
www.autonomes-frauenhaus.de,
e-mail: info@autonomes-frauenhaus.de

MEDIENARBEIT

Internet und Web-Auftritt
Internet-Mythos entzaubert: Was kostet, was bringt der Anschluß ans »Netz der Netze«? Welchen Service bieten Provider und Online-Dienste? Wie findet man Infos in Online-Datenbanken? Was sind »Suchmaschinen«? Keine Angst vor HTML: Wie bereite ich meinen Web-Auftritt vor, und wie schreibe und gestalte ich meine Homepage mit Forms & Frames? Das 4-Tage-Paket macht Sie rundum fit fürs Internet. Windows-Grundkenntnisse Voraussetzung.
Termine: 2.-5.8.99, München oder 23.-26.8.99, Frohburg

Professionelle Online-Recherche
Welche kostenlosen Datenbanken bietet das Internet? Wie findet man Infos mit den »Suchmaschinen«? Sie recherchieren in Adreß- und Literaturdatenbanken und führen eine Zeitschriftenrecherche durch.
Termine: 3.8.99, München oder 24.8.99, Frohburg

Die eigene Homepage
Ihre eigene Seite gestalten mit HTML, Links und Anker setzen, Graphiken einbinden und Tabellen anlegen.
Termine: 4.8.99 oder 6.9.99, München und 25.8.99 oder 11.9.99, Frohburg

HTML für Fortgeschrittene
Termine: 5.8.99 oder 7.9.99, München und 26.8.99 oder 12.9.99, Frohburg

Schreiben für das Internet
Texten fürs Internet verlangt: gute Ideen, klare Sprache und allerhand Kenntnisse des neuen Mediums »Hypertext«. Wie Sie einen solchen Hypertext für Internet oder Intranet verfassen, lernen Sie hier. Kein HTML-Seminar, keine Vorkenntnisse außer Word97 (ersatzweise: Word6.0) erforderlich!
Termin: 10.9.99, Frohburg

Homepage mit »Frontpage«
Professionelles Layout von Web-Seiten mit der Software »Frontpage«: Sie planen die Dokumente und ihre Verknüpfung, wählen Designs, setzen Links und Anker und binden Graphiken ein.
Termin: 2.-3.9.99, München
Information & Anmeldung
Münchener Medienladen, Postfach 19 04 18, 80604 München,
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06,
e-mail: g.hooffacker@link-m.de,
www.hooffacker.de

Kompetenz und Schnittchen Seminar »Pressekonferenz«
Der Saal ist gebucht, die Einladungen sind raus. Doch was gehört in die Pressemappe? Reichen Kaffee und Schnittchen? Wie beantwortet man kritische Fragen? Bei guter Vorbereitung wird die Pressekonferenz für den Gastgeber ein Kinderspiel – dafür sorgt das Trainingsseminar »Die Medien zu Gast«, das die LKD NRW e.V. neu im Programm hat. Am Donnerstag, 16. September, sitzen die Teilnehmer auf beiden Seiten des Konferenztisches: als Zeitungsreporter, die nachbohren, und als kompetente VeranstalterInnen. Der Kurs mit der Kölner Journalistin Marianne Lange richtet sich an ÖffentlichkeitsarbeiterInnen, die gute Pressearbeit machen und Ihre Informationen in die Zeitung bringen wollen.
Termin: 16.9.99, Unna
Information und Anmeldung:
LKD, Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste NRW, Luisenstr. 22, 59425 Unna,
☎(0 23 03) 6 56 18, Fax: 6 50 57.

RHETORIK

Kopfsport: Rhetorik – Fitnesstraining
Sicheres auftreten und gute Argumente sind die Basis von Überzeugungskraft und Erfolg. Fit gemacht werden die TeilnehmerInnen des Rhetorikseminars am 16.-17.8.99 in Unna. Kommunikationsberater Christoph Dahms trainiert: Haltung, Mimik, Gestik, sicheres Argumentieren, Redeaufbau, Umgang mit Streß und Redeangst, richtige Ansprache. Videoauftritte belegen die eigenen Lernfortschritte.
Information und Anmeldung:
LKD, Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste NRW, Luisenstr. 22, 59425 Unna,
☎(0 23 03) 6 56 18, Fax: 6 50 57.

ÖKODORF-INSTITUT

Seminar zur Gemeinschaftssuche / -gründung
Termin: 24.-26.9.99, Hausen/Schwarzwald

Ökodorf-Festival: 6.-12.August in Gemeinschaft bei Mainz.

24.-26.Sept. 99: Seminar der Delphin-Gemeinschaft zur **Gemeinschaftssuche / -gründung** in Hausen /Schwarzwald.
Info: Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen
☎/Fax (0 76 22) 67 13 22

SOMMERCAMPS

Heraus zum 4. anarchistischen Sommercamp!
Nach den letzten drei @-Camps in Hamburg und Berlin werden wir 1999 die Kontinuität der anarchistischen Sommertreffen weitertragen und an die Erfahrungen und Erfolge der letzten Jahre anknüpfen. Deshalb veranstalten dieses Jahr Braunschweiger AnarchistInnen das Treffen vom 30.7.-8.8.99 in der Nähe von Hannover, der Stadt der EXPO 2000.
Info: @-Camp-Vorbereitungsgruppe, c/o Ökoscouts, Madamenweg 168, D-38118 Braunschweig
☎(05 31) 8 29 09, [illegible] 89 66 77
E-Mail: a-camp@gmx.de

KULTUR

Kultur und Konflikt
Im Rahmen der diesjährigen Weimarer Kulturstadtaktivitäten veranstaltet der Fonds Soziokultur zusammen mit deutschen und europäischen Partnern eine internationale Konferenz zum Thema »Kultur und Konflikt«. Ziel ist es, auf innovative Kulturarbeit und neuere künstlerische Ansätze, wie sie vor allem in Kulturzentren und ähnlichen Einrichtungen entwickelt wurden, aufmerksam zu machen und in einen europäischen Dialog zu bringen.
Information & Anmeldung:
Fonds Soziokultur, Birgit Meding, Norbert Sievers
☎(02 28) 201 67 0, Fax 201 67 36
E-Mail: weimar99@aol.com
www.soziokultur.de/shortcut

2. Internationales OpenAirComedyFest
Vom 24. bis 29. August, jeweils um 20 Uhr findet in der Berliner Ufafabrik das 2. Internationale OpenAirComedyFest im überdachten Sommergarten statt. Der *Blonde Emil* präsentiert eine fantastische Mischung internationaler Comedians, um unter dem Zeltdach des Sommergartens kein Auge mehr trocken zu lassen. Mit dabei sind *Alf Poier* (Österreich), *Susanne Pätzold* (BRD), *Kiwi-Connection* (Neuseeland), und *Total Vocal* (BRD). Natürlich wird *Der Blonde Emil* es sich nicht nehmen lassen, selbst auf der Bühne mit gekonnten Parodien zu brillieren.

REGIONALENTWICKLUNG

Region 2000 – Neue Ansätze in der Regionalentwicklung
Das Seminar versucht eine Standortbestimmung der Regionalisierungstrends zwischen Globalisierungsdruck und endogener Regionalentwicklung am Ende der 90er Jahre. Dazu werden neue Modelle bürgerschaftlicher Beteiligung, mobilisierender Aktionsprogramme, wie Agenda 21, und integrierter innovativer Regionalplanung vorgestellt und diskutiert. Die Veranstaltung will Entwicklungsperspektiven für die Region 2000 sichtbar machen.
Termin: 8.-10.10.99, Fulda
Information & Anmeldung:
Akademie der kath. Landjugend, Drachenfelsstr. 23, D-53604 Bad Honnef
☎(0 22 24) 94 65 40, Fax -44
E-Mail: akademie@kljb.org

SONSTIGES

Macht und Ohnmacht
Aktion statt Lethargie, Wut statt Resignation, Tatkraft statt Gleichmut
Wieder einmal sollen Bäume abgeholzt, dem Jugendclub um die Ecke die Gelder gestrichen oder eine Autobahn gebaut werden...
Was tun? Resignation und Passivität? Die da oben machen ja doch, was sie wollen!
Seid Ihr wirklich ohne Macht?
Ein politisches Wochenende für Jugendliche und junge Erwachsene, die es satt haben, über sich bestimmen zu lassen. Menschen, die wissen wollen, welche Alternativen und welche Möglichkeiten es gibt, um zu handeln, bevor die Bäume abgeholzt, die Gelder gestrichen sind oder die Autobahn gebaut ist.
Termin: 24.-26.9.99
Information und Anmeldung:
Umweltbildungshaus Johannishöhe D-01737 Tharandt
☎(03 52 03) 3 71 81

TAUSCHRINGE

Bundestreffen der Tauschringe
Vom 24.-26.9.1999 findet das nächste Bundestreffen der Tauschringe in Rostock statt. Neben dem Erfahrungsaustausch soll eine Podiumsdiskussion zum Thema »Lokale Ökonomie – Zukunftsfähigkeit – Tauschringe« und Gesprächsrunden zur Thematik stattfinden. Geplant sind auch Veranstaltungen zu den rechtlichen Grundlagen der Tauschringe und zur Öffentlichkeitsarbeit.
Nähere Informationen:
»Wi daun wat«, Erich-Schlesinger-Str. 21, D-18059 Rostock
☎(03 81) 405 29 23, Fax 769 81 12

5. Internationaler INWO-Kongreß
Unter dem Titel »Zukunftsfähige Gesellschaft Natürlich – Gerecht« findet in der letzten Augustwoche von Mittwoch bis Samstagmittag der Internationale INWO-Kongreß in Wien statt. Das genaue Kongreßprogramm ist auf den Web-Seiten der INWO-Österreich zu finden: www.inwo.org/at

BAUEN

5. AGÖF-Fachkongreß »Ökologisches Bauen: Energiesparend, emissionsarm und zukunftsfähig?!«
Der Kongreß findet vom 23. bis 25.9.99 in Bremen statt und sieht nach dem gemeinsamen Plenum am Eröffnungstag, zwei Foren vor, die den Schwerpunkten energetische Gebäudeplanung und Sanierung sowie Raumluftqualität und Bauschäden gewidmet sind.
Information & Anmeldung:
AGÖF-Kongreßbüro, R.-Breitscheid-Str. 49, D-90762 Fürth
☎(09 11) 749 90 39, Fax 77 07 64
E-Mail: anbus@t-online.de

SOMMERSCHULE

Entwicklungspolitische Sommerschule
Unter dem Handlungs- und Aktionsdruck des Alltags in Dritte-Welt-Gruppen kommt die intensive Auseinandersetzung mit Themen und Problemen oft zu kurz. In ruhiger Atmosphäre und schöner Umgebung wollen wir uns ausführlich theologisch und politisch weiterbilden und uns mit Schwierigkeiten und Perspektiven von Dritte-Welt-Arbeit beschäftigen.
Termin: 28.7.-7.8.99, Sachsen-Anhalt
Information & Anmeldung:
Institut für Theologie und Politik, Graelstr. 9, D-48153 Münster
☎(02 51) 52 47 38, Fax 52 47 88
E-Mail: itpo@muenster.de
www.comlink.apc.org/itpol

REIHE »GRENZGESPRÄCHE

Genossenschaftliche Selbsthilfe im 21. Jahrhundert
Diese Tagung hat zum Ziel, Problemlösungspotentiale und Zukunft der genossenschaftlichen Selbsthilfe in einer Sozialen Ökonomie Europas auszuloten. Der Erfahrungstransfer zwischen verschiedenen nationalen Entwicklungen und Akteuren des solidarwirtschaftlichen Sektors soll in einem Praxis-Theorie-Dialog dazu genutzt werden, über eine Rückbettung der Ökonomie in die Gesellschaft nachzudenken sowie europäische Netzwerke gegenseitiger Selbsthilfe anzuregen.
In der Tagung sollen folgende Aspekte behandelt werden:

- Neue Formen genossenschaftlicher Selbsthilfe
- Unterschiedliche rechtliche, politische und kulturelle Rahmenbedingungen des Genossenschaftssektors in Europa
- Sozial- und wirtschaftswissenschaftliche und sozialethische Argumente für eine Gemeinwesensökonomie im europäischen Integrationsprozeß des 21. Jahrhunderts
- Chancen und politische Förderung von regionalen und europäischen Netzwerken der Gemeinwesenökonomie

Termin: 27.-29.9.99
Information & Anmeldung:
Oswald-von-Nell-Breuning-Haus, Wiesenstr. 17, D-52134 Herzogenrath
☎(0 24 06) 95 58 20, Fax 46 32
E-Mail: NBH-WA@t-online.de

WILA BONN

Selbst- und Zeitmanagement
Der erste Schritt zur angemessenen Selbsteinschätzung liegt darin, das eigene Selbstbild mit der Wahrnehmung durch Andere zu vergleichen. Die Analyse der persönlichen Arbeitssituation und Alltagsroutine zeigt auf, in welchem Umfang wir uns meist unbewußt Zeitfallen und Zeitdieben unterwerfen. Der Kurs soll helfen, unnötige Streß- und Störfaktoren zu erkennen und zu vermeiden, einen effizienten Arbeitsstil zu entwickeln und damit für sich mehr Entspannung und Zeit zu finden.
Termin: 19.-21.9.99

Selbstdarstellung und Rhetorik
Bei Bewerbungsgesprächen, Kooperationskontakten oder der Vorstellung von Projektideen ist es nötig, daß Sie sich selbst mit Ihrer Kompetenz darstellen und von Ihrer besten Seite zeigen. Denn die Person ist die Botschaft. Wodurch Sie Kompetenz ausstrahlen, welche Elemente neben der Sprache noch dazu gehören, damit Sie authentisch und überzeugend wirken, ist Inhalt dieses Kurses. Sie lernen, wie Sie mit Verunsicherungen gelassener umgehen, wie Sie Inhalte situationsbezogen auswählen und für die jeweilige Adressatengruppe überzeugend gestalten und welche rhetorischen Kniffe Sie souveräner auftreten lassen.
Termin: 17.-19.9.99

»Schlüsselqualifikationen verbessern«
Unter diesem Titel bietet das Bildungszentrum des Wissenschaftsladen Bonn e.V. ein Seminarprogramm für BerufseinsteigerInnen, Studierende und Arbeitssuchende an. Das Training von sozialen, persönlichen und methodischen Kompetenzen jenseits der Fachqualifikation wird für die berufliche Orientierung, Arbeitsplatzerschließung und die aktive Gestaltung der eigenen Arbeit immer wichtiger. Der Wissenschaftsladen Bonn e.V. bietet hierzu zwei- bis dreitägige Trainingskurse an. Die Seminare werden regelmäßig durchgeführt und erfolgen für Gruppen auch auf Bestellung.
Die Arbeitsweise orientiert sich an den TeilnehmerInnen und beinhaltet Kurzreferate, Trainings zu konkreten Situationen, Rollenspiele, Videoaufnahmen mit Auswertung, Feedbackrunden.
Information:
Bildungszentrum des Wissenschaftsladen Bonn e.V., Buschstr. 85, D-53113 Bonn
☎(02 28) 20 16 10, Fax 26 52 87
E-Mail: WilaBonn@t-online.de
www.wilabonn.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg